

## 2.1 Marx in der Theorie der Sozialdemokratie

### 2.1.1 Das Erfurter Programm

Walter Benjamin urteilte rückblickend über die alte Sozialdemokratie: „Der Konformismus, der von Anfang an in der Sozialdemokratie heimisch gewesen ist, haftet nicht nur an ihrer politischen Taktik, sondern auch an ihren ökonomischen Vorstellungen. Er ist eine Ursache des späteren Zusammenbruchs“ (GS I.2, 698, verfasst 1940). Das ist eine Fundamentalkritik von Seiten eines wichtigen deutsch-sprachigen Marxisten. Nun ist die deutsche Sozialdemokratie eine politische Partei wie jede andere auch, sie kann daher politische Taktiken und ökonomische Vorstellungen haben, wie es ihr behagt. Wer eine andere Sicht vertritt, mag sich einer anderen Partei anschließen. Die Sozialdemokratie hatte allerdings ein spezielles Problem, und genau auf dieses spielt Benjamin hier an: sie war die politische Verkörperung des Marxismus. Vertrat sie Gedanken, die von Marx abwichen, schritt Marx zu Lebzeiten ein. Noch Jahrzehnte später bezog sie ihre Gedanken stets auf Marx zurück: entweder musste sie ihre jeweilige Taktik als im Einklang mit Marx'schen Theorien stehend erweisen, oder umgekehrt den Marx'schen Theorien Fehler oder zumindest eine nur beschränkte Reichweite nachweisen. Dies galt jedenfalls solange, bis sie sich von ihm gänzlich lossagte.<sup>2</sup> Aber noch dann war Marx für die Parteitradition einer der belebendsten Autoren, man denke etwa an die Theorien der Jungsozialisten (Jusos). Selbst Eduard Bernstein, auf den der „Revisionismus“ zurückgeht und der in den 1970er Jahren eine Renaissance erlebte, verstand sich als Marxist; war er doch ein Vertrauter von Engels und später sein Nachlassverwalter. Die erste

Sedimentierung der Marx'schen Schriften, der sich die Archäologie der Marxexegesen widmen muss, ist also die Kanalisierung ihrer Rezeption durch das politische Geschick der Massenpartei SPD. Gemäß der methodischen Beschränkung auf Texte, an welchen Weichenstellungen ablesbar sind, werden Schriften von Autoren untersucht, die sich grundsätzlichen theoretischen Themen widmeten und repräsentativ sind. An erster Stelle stehen da Eduard Bernstein

---

2 Im Godesberger Programm von 1959 fehlt jeder Hinweis auf Marx: „Der demokratische Sozialismus“ wurzelt „in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie“ (Abendroth 1964, 129). Ein Mitautor des Programms berichtet: „Wir haben [...] lange darüber diskutiert, ob wir prinzipiell an Marx festhalten, aber die bedeutenden Fehler in seinen Lehren und das Überholte ins Auge fassen oder umgekehrt uns prinzipiell von ihm lossagen, aber das noch heute Fruchtbare in seinen wirklichen empirischen Lehren weiterentwickeln sollten. Wir fanden schließlich diese Alternative nicht ergiebig und sagten uns, unsere Aufgabe sei, uns vor allem mit dem im zwanzigsten Jahrhundert Neuen zu befassen“ (Weisser 1976, 105). Das wäre auch marxistisch möglich gewesen. „In der Theorie des demokratischen Sozialismus in Deutschland hat nach mehr als einem halben Jahrhundert der Revisionismus gesiegt“ (Chr. Gneuss, in: Labeledz 1965, 50; cf. in Bernstein 1976, 13; s.o., Fn. 44).

(1850-1932) und Karl Kautsky (1854-1938), die beiden programmatischen Publizisten der Partei in der Zeit ihres ersten Massenerfolges.

Auf diese geht das Erfurter Programm von 1891 zurück, das als Durchbruch des Marxismus in der Arbeiterbewegung gilt.<sup>3</sup> Das Gründungsdokument von 1875, das Gothaer Programm, war von Marx scharf kritisiert worden (MEW 19, 15 ff.). Als 1890 das Verbot der SPD aufgehoben wurde und die Partei sich wieder legal der Arbeit im Parlament widmen konnte, gab sie sich erstmals ein offen marxistisches Programm. Dieses war für die Bewegung so wichtig, dass es sogar als Neuauflage des kommunistischen Manifestes angesehen wurde.<sup>4</sup> Diese vier Druckseiten stammen allerdings aus einer Zeit, als der dritte Band des Marx'schen *Kapitals* (redigiert und herausgegeben von Engels im Jahre 1894) noch nicht erschienen war, ganz zu schweigen von den Marx'schen Frühschriften, die erst im Laufe der 1930er Jahre erschienen.

Dennoch war dieses Programm ein Fanal, mit dem der Marxismus seinen großen Erfolgsgang eröffnete.<sup>5</sup> Es ist repräsentativ für das, was damals unter Marxismus verstanden wurde, und immerhin wurde es noch vom greisen Friedrich Engels absegnet. Die Anerkennung des in ihm vertretenen wurde später zum Streitpunkt zwischen Revisionisten und Orthodoxen. Es beginnt mit den Sätzen:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grundbesitzern werden“ (*Erfurter Programm*, zitiert nach Abendroth 1964, 95).

Wie schon Hegel zugeben musste (1821, § 182 ff.), ist die bürgerliche Gesellschaft das Kraftzentrum der modernen Entwicklung geworden, obwohl sie chaotische Folgen zeitigt und eine soziale Ungleichheit erzeugt.<sup>6</sup> Marx hat diese Diagnose radikalisiert. Sie findet sich nun auch im Erfurter Programm wieder, je-

---

3 Zur Entstehung siehe MEW 22, 594 ff.; Miller 1964, 179 ff.; Grebing 1966, 10 f.; Abendroth 1964, 28 ff.; Beyer 1975; Lehnert 1983, 80 ff.; Fricke 1987, 214 ff.; auch MEW 19, 238.

4 So schrieb etwa Lenin 1899: „Wir fürchten uns nicht im geringsten zu sagen, dass wir das Erfurter Programm nachahmen wollen: an der Nachahmung dessen, was gut ist, ist nichts Schlimmes“ (Werke 4, 229; cf. A. Weiss 1965).

5 Engels freute sich seinerzeit, „dass die Marx'sche Kritik voll durchgeschlagen hat“ (MEW 38, 183).

6 „Die bürgerliche Gesellschaft bietet [...] das Schauspiel ebenso der Ausschweifung, des Elends und des [...] physischen und sittlichen Verderbs dar“ (Hegel 1821, § 185). „Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet, so [...] vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer [...] auf der einen Seite, wie auf der andern Seite [...] die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse“ (§ 243). „Es kommt hierin zum Vorschein, dass bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, [...], dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“ (§ 245; Haltern 1985).

doch in popularisierter Fassung. Was genau geht dabei eigentlich verloren? Um es vorwegzunehmen: Das Programm missdeutet Sätze, die Marx auf hoher Abstraktionsstufe als allgemeinste Logik des Produktionsprozesses entwickelt hatte, als Beschreibungen der unmittelbaren Gegenwart – und gibt sie so preis.<sup>7</sup> Verloren geht dadurch die wissenschaftliche Tiefendimension. Geben wir einige Beispiele. Marx und Engels hatten beschrieben, wie der Grundantagonismus der bürgerlichen Gesellschaft, der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Klassen Arbeit und Kapital, die vorigen Klassengegensätze in sich aufsaugt: „Die bisherigen kleinen Mittelstände [...] fallen ins Proletariat hinab“ (MEW 4, 469). Ging es hier um die historische Entstehung des Proletariats (cf. MEW 23, 180 ff., 741 ff.), so sieht es im zitierten Abschnitt des Programms so aus, als ginge es um zeitgenössische Arbeiter in Kleinbetrieben.<sup>8</sup>

Indem das Programm eine historische Aussage als Beschreibung der Gegenwart deutet, erlaubt es, den Aufweis moderner Mittelklassen als Marxwiderlegung hinzustellen (Bernstein 1899, 83/94 ff., cf. 2.1.2, 2.4.7). Ähnlich ist die Freisetzung „überschüssiger Arbeiter“ bei Marx keine Beschreibung einer kontinuierlichen Entwicklung „wachsender Zunahme“, wie das Programm will:

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt“ (in Abendroth 1964, 95); sondern eine *Tendenz*, die nur unter bestimmten Bedingungen manifest wird. Sind die Löhne hoch und die erwarteten Profite niedrig, wird der Kapitalist weniger investieren, daher auch weniger Arbeitskräfte brauchen. In diesem Fall werden tatsächlich Arbeitskräfte freigesetzt.

Doch diese Freisetzung hat zweierlei zur Folge: erstens sind Arbeitslose nun gezwungen, auch für weniger Geld zu arbeiten. Dies drückt die Löhne und erhöht so die Profitchancen des Unternehmers, was sich in Investitionen und damit neuen Arbeitsplätzen auswirken kann. Zweitens wird der Unternehmer versuchen, seine Produktionstechnologie zu verbessern. Um mehr Gewinn herauszuschlagen, muss er entweder billiger oder mehr produzieren. Mit einer neuen Methode können sich seine Profitchancen zusätzlich erhöhen (cf. 2.1.6). Besonders bei durch hohe Arbeitslosigkeit verursachten niedrigen Löhnen wird er also investie-

7 Das lag weniger am mangelnden Sinn für „Dialektik“, wie der westliche Marxismus wollte, sondern am vereinfachten Ökonomieverständnis (cf. Kautsky 1887, dessen Lektüre nach Mohl 1867, 9 von Freund und Feind als verlässlicher Ersatz einer Kapital-Lektüre angesehen wurde). Bernstein und Kautsky hatten zwar Umgang mit Marx und Engels, doch waren sie weder Philosophen noch Ökonomen noch Politiker, sondern Publizisten.

8 Das Manifest meint die „kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern“ (MEW 4, 469), die Produktionsmittel besaßen und somit keine „freien Arbeiter“ waren. Der Arbeiter muss seine Arbeitskraft zu Markte tragen, weil er sonst nichts hat (2.4.6).

ren. Dies kann zu weiteren positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt also keineswegs „immer“ zu, sondern in wirtschaftlichen Aufschwüngen kann die Zahl auch zurückgehen. Allerdings wird die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze „tendenziell“, also über die Konjunkturzyklen hinweg, niedriger als die Zahl derer, die durch Rationalisierungen auf der Strecke bleiben, da eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit durch eine Verbesserung der Produktionstechnologie die Arbeitsintensität des einzelnen Produktes verringert (MEW 23, 657 ff.).

Diese Tendenz muss nicht zu jedem Zeitpunkt gegeben sein, sie wirkt sich aber über die Zeit hinweg auf die Gestalt der Sozialverhältnisse aus. Der Tendenz-Charakter der Marx'schen Gesetze ist als Beschreibung von Momentanzuständen gründlich missverstanden. Obwohl sich gewiss viel verändert hat, ist die Tendenz noch heute nachweisbar (Sassen 1988, 136). Nur wer sie vom jeweiligen Augenschein abhängig macht, muss sie in regelmäßigen Abständen als „widerlegt“ hinstellen.<sup>9</sup> Auch in der folgenden Stelle stecken Umdeutungen:

„Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten [...] bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“ (in Abendroth 1964, 95).<sup>10</sup>

Die Hinzufügung des Passus „Zunahme der Unsicherheit der Existenz“ hatte Engels verfügt, da er um die Verbesserung der Situation der Arbeiter im Deutschland der Gründerzeit wusste (MEW 22, 231). Ausdrücke wie die „wachsende Zunahme [...] des Elends“ erinnern dennoch an die Verelendungstheorie von Malthus und anderen. Marx hatte sie zwar in jungen Jahren vertreten (MEW 40,

---

9 Dies erinnert an folgenden Witz: jemand fragt, ob der Blinker funktioniere. Die Antwort lautet: ‚geht, geht nicht, geht, geht nicht ...‘ – auch hier hat der Proponent die Wirkweise eines Blinkers nicht verstanden. „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. [...] Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert“ (MEW 23, 673 f.). Aus dieser Rückkopplung hat Goodwin 1972 eine Theorie des „growth cycle“ modelliert, wobei er allerdings den Einfluss der Gewerkschaften eliminierte. Lederer 1931 erklärte die Arbeitslosigkeit dagegen mit der Monopolisierung.

10 Im Original: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Marx, MEW 23, 790 f.).

476; MEW 4, 476), aber schnell wieder abgelegt.<sup>11</sup> Sie besagt, dass die Arbeiter stets nur soviel Lohn bekommen, wie zur Erhaltung ihres *Existenzminimums* notwendig ist. Diese These schien leicht durch den Verweis darauf zu widerlegen, dass der Lebensstandard der Arbeiter in Deutschland um 1900 gewachsen war. Die Ausbeutung kann allerdings auch dann steigen, wenn der Reallohn steigt: sie bezieht sich beim reifen Marx auf das *Verhältnis* zwischen Produktivitäts- und Lohnzuwächsen. Steigt die Produktivität schneller als der Lohn, wie zu erwarten ist (2.1.6), so zieht der Kapitalist einen höheren Anteil an Mehrwert aus der gekauften Arbeit als zuvor. Die Rate der Ausbeutung ist somit trotz des höheren Lohnes gestiegen (3.2.2, Fn. 27; MEW 23, 631; Shaikh 1986c). Die Lohnhöhe ist nicht durch das absolute Existenzminimum begrenzt, sondern durch den variablen Wert der Arbeitskraft, der sich nach den zu seiner Reproduktion notwendigen Gütern richtet. Was notwendig ist, entscheiden soziale Auseinandersetzungen. Das impliziert „ein moralisches Element“ (MEW 23, 185, 230, 286, 559; MEW 16, 9; MEW 19, 252), das hier verloren geht.

Auch der Begriff des „Monopols“ wird in der vorhandenheitssemantischen Deutung unscharf. Zwar hat die Klasse der Kapitalisten per Definition das Monopol an Produktionsmitteln (MEW 3, 317; MEW 23, 249), doch das ist nicht zu verwechseln mit dem speziellen ökonomischen Begriff des Monopols. Innerhalb eines Industriesektors können sich durch aggressive Preispolitik, forcierte Konzentration sowie politische oder natürliche Marktschranken zeitweilig Monopole bilden, die die Konkurrenz in dieser Industrie für einige Zeit ausschalten (MEW 4, 158 ff.; MEW 25, 454, 627 ff.). Doch Voraussetzung eines solchen Monopols ist die Konkurrenz (MEW 4, 163 f.; MEW 23, 654 f.). Im ökonomischen Sinn sind „die“ Produktionsmittel daher nicht das Monopol „einer“ Gruppe von Kapitalisten, da die Kapitalisten durch die Konkurrenz untereinander keine homogene Gruppe bilden. Der historische und der ökonomische Monopolbegriff werden vermengt, wenn „das“ Monopol als Deskription eines Momentanzustandes gelesen wird. Diese Reduktion praktizierten auch Hilferding und Lenin, indem sie das „neue Stadium“ des Monopolkapitalismus ausriefen (2.2.6). Das ersparte den Marxisten fortan die Marxlektüre (2.3.3).

Die Vereinfachung betrifft in allen Beispielen denselben Aspekt: es gibt in dieser Darstellung nur noch eine Ebene. Es wird sinngemäß ausgesagt: so ist es, und so wird es sein. Das Schlüsselwort dafür ist die „Naturnotwendigkeit“. Hier wird eine Notwendigkeit behauptet, ohne sie noch auszuweisen. Über ihre Verlaufsform wird präjudiziert, sie ähnele derjenigen in der „Natur“. Mit dieser naturhaften Entwicklung wird auf den damals triumphierenden Darwinismus angespielt. Kautsky war zeitweilig Anhänger des Darwinismus, Bernstein von Eugen

---

11 MEW 6, 411; Abendroth 1964, 35; Rosdolsky 1969, 330 ff.; Shaikh o.J. Durch die „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts“ (MEW 23, 790) hat sich die Armut global erhöht (Baratta 2002, 1086; U. Neumann 1999).

Dühring.<sup>12</sup> Schon Engels hatte die Entwicklungen von Natur und Gesellschaft einander angenähert (MEW 20, 307 ff.). Kautsky und Bernstein gingen später dazu über, die historische Entwicklung durch eine naturgeschichtliche zu ersetzen, Kautsky beispielsweise in seiner Ethik (1906), Bernstein in seinem Glauben an ein „friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus“. Die Verschiebung des Fokus von der Gesellschaft zur Natur ermöglichte zudem den Schulterschluss mit sozialdarwinistischen Tendenzen (2.1.4).<sup>13</sup> Das politische Handeln, dem Marx das Licht des Begriffes aufstecken wollte, ist durch eben jenen „Begriff“ überflüssig geworden.<sup>14</sup> Das beklagte Benjamins Eingangszitat.

In dem veränderten Naturbegriff (cf. MEW 23, 649; Schmidt 1960, Dahmer 1994) steckt aber auch ein verändertes Wissenschaftsverständnis. Marx wollte mit seinen Modellen weder eine Abbildung der zeitgenössischen Verhältnisse noch eine Vorwegnahme der zukünftigen geben, sondern eine Analyse der Kräfte, die hinter den gegenwärtigen Erscheinungen standen und sich in diesen mani-

12 Zu Bernstein Gay 1954, 193; Coletti 1971, Gustavson 1972, Meyer 1977, Carsten 1993, Steger 1997; zu Kautsky Lenin 1918, Korsch 1929, Matthias 1957, Steenson 1978, Salvadori 1979, Kolakowski 1981 II, 43 ff.; Vranitzky 1981 I, 305 ff.; Mende 1985, Gilcher-Holtey 1986, Geary 1987, Schelz-Brandenburg 1992; Koth 1993, Häupel 1993. Zu Marx' Verhältnis zu Darwin Mozetic 1987, 117 ff.; insgesamt Lichtheim 1961, McLellan 1979, Howard 1989, 65 ff.

13 Bebel 1879, 289 ff.; Woltmann 1899, Raddatz 1975, 288; Heyer 1982. Die bis dahin noch verbliebene SPD-Fraktion stimmte 1933 beispielsweise dem Euthanasieparagraphen zu (Weingart 1988, Mosse 1990).

14 Die parteiamtliche Programmauslegung erläutert: „Die kapitalistische Gesellschaft hat abgewirtschaftet [...] die unaufhaltsame ökonomische Entwicklung führt den Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise mit Notwendigkeit herbei“ (Kautsky 1892, 140), und damit auch den Sozialismus: „So gewiss als das Proletariat schließlich zur herrschenden Klasse im Staate werden muss, ebenso gewiss ist der Sieg des Sozialismus“ (231; siehe schon Bebel 1879, 379 ff., 407 ff.). Kautsky will den Eindruck vermeiden, „dass den Ausgebeuteten eines schönen Tages ohne ihr Zutun die gebratenen Tauben der sozialen Revolution in den Mund fliegen werden“. Doch genau darauf läuft es hinaus: „Wir halten den Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft für unvermeidlich, weil wir wissen, dass die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit Zustände erzeugt, welche die Ausgebeuteten zwingen, gegen das Privateigentum anzukämpfen“, da sie ihnen „nur die Wahl lassen zwischen tatlosem Verkommen oder tatkräftigem Umsturz“ (111). Es ist scheinbar nichts weiter zu tun als diesen politischen „Sieg“ zu erringen: „Die sozialistische Produktion ist also die naturnotwendige Folge des Sieges des Proletariats“ (229). Dieser „Sieg“ schien einfach zu haben: „Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben“ (Bebel 1891 auf dem Parteitag, zitiert nach Lehnert 1983, 83). Zuerst der Zusammenbruch, dann die Machtübernahme, dann der Sozialismus; alles folgt mit Naturnotwendigkeit aufeinander. Wo bleibt dabei die politische Praxis, jenseits der inneren Organisation der Partei? Ex post bestätigt Kautsky die theoretische Praxisverbauung: „Die Herbeiführung der Revolution [...] erschien mir [...] unmöglich. Sie konnte nur das Werk gewaltiger historischer Ereignisse sein, auf die die Partei keinen Einfluss hatte“ (in: *Der Sozialist* 5.4, 55). „Eine Revolution machen wollen ist [...] Thorheit“ (Lassalle 1987, 198).

festierten. Für die Unterscheidung von „Wesen und Erscheinung“ braucht man nicht erst Hegels Logik (Werke 6, 17 ff.). Einfache Beispiele können klarmachen, dass dies in vielen Wissenschaften so praktiziert wird: Wir sehen jeden Morgen die Sonne aufgehen, und doch wissen wir, dass sich in Wirklichkeit die Erde um die Sonne dreht.<sup>15</sup> Für die Anerkennung dieses Faktums muss man kein Hegelianer sein. Schon im Bereich der Natur folgt daraus kein Determinismus, denn die Erdanziehungskraft hat ihr Gegenstück in der Fliehkraft. Um ihrer willen müssen keineswegs alle Dinge am Boden kleben als wären sie aus Stein. Recht verstanden, kann man das Gesetz von der Erdanziehungskraft nicht durch fliegende Schmetterlinge widerlegen. Theorie und Erfahrung liegen auf unterschiedlichen Ebenen. Um sie aufeinander zu beziehen, bedarf es methodisch kontrollierter Vermittlungsstufen. Marx gab ein Modell des allgemeinen Funktionierens des Kapitalismus auf höchster Abstraktionsstufe. Im methodischen Abstieg vom Abstrakten zum Konkreten bedarf eine Beschreibung der zeitgenössischen Verhältnisse der schrittweise Einschaltung immer materialreicherer spezifischer Bedingungen, unter denen dieser Prozess jeweils vor sich geht.<sup>16</sup>

Genau diese Vermittlungen fehlen dem Erfurter Programm. Wer die von Marx dargestellten „Gesetze“ als Beschreibungen der unmittelbaren Erscheinungen der Gegenwart missversteht, macht sie „anfällig für empirische Widerlegungen“ (Holzey 1994, 11), wenn sich andere Phänomene zeigen. Dies gilt neben den Aussagen über Konzentration und Arbeitslosigkeit auch für die über Krisen, den tendenziellen Fall der Profitrate oder die Arbeitswerttheorie. Marx' Ansatz war einfach: Nur wenn verstanden ist, welcher Logik die jeweiligen Kräfte folgen, kann ihr längerfristiges Zusammenspiel interpretiert werden.

Weil der Abstraktionsgrad hoch ist, kann keine exakte Voraussage der Zukunft vorgenommen werden. Es geht vielmehr um Spielräume, die der Entwicklung durch diese Gesetze gesteckt sind. In diesen Spielräumen muss die Politik der Arbeiterbewegung mit möglichst effektiven Strategien ansetzen.<sup>17</sup> Im Pro-

15 Die Ökonomie „hat eine Ähnlichkeit mit dem Planetensystem, das immer dem Auge nur unregelmäßige Bewegungen zeigt, aber dessen Gesetze doch erkannt werden können“ (Hegel 1821, § 189 Anm.; cf. MEW 23, 335; Sheehan 1985). Die Rede von Wesen und Erscheinung stiftet noch keine „dialektische Methode“ (Simon-Schäfer 1974, 224).

16 MEW 13, 631 ff.; MEW 25, 33; cf. Hegel, Werke 4, 413 und Werke 16, 78; Sweezy 1942, 11 ff.; Rosdolsky 1969, 43 ff. und in Euchner 1972, 9 ff.; Eberle 1974 und Jánoska 1994.

17 Das traditionelle Marxverständnis war oft angemessener als destruktive Posen späterer Seminar marxisten. Rosa Luxemburg etwa hat den Tendenzcharakter erfasst: „Der Kampf des Mittelbetriebes mit dem Großkapital ist nicht als eine regelmäßige Schlacht zu denken, wo der Trupp des schwächeren Teiles [...] immer mehr zusammenschmilzt, sondern als ein periodisches Abmähen der Kleinkapitale, die dann immer wieder rasch aufkommen, um von neuem durch die Sense der Großindustrie abgemäht zu werden“ (1899, 28, cf. Bebel 1879, 380 f.). Probleme bereitet erst die Frage, was das für die Analyse und die politische Praxis bedeutet. Manche Verkürzungen entstammen nicht philosophischen „Verständnisfehlern“, sondern der Pragmatik.

gramm dagegen wird die Tätigkeit der Sozialdemokratie abhängig gemacht von erwarteten „Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden“. Weil das Privateigentum an Produktionsmitteln „unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung“, könne nur „die Verwandlung“ desselben „in gesellschaftliches Eigentum“ noch abhelfen. Wie genau das geschehen sollte, galt vorerst nicht als wichtig, da die Partei sich zunächst auf die politische Arbeit und Bildung konzentrieren müsse. Doch gerade durch die naturalisierte Vorstellung dieser Umwandlungen erlangte die Partei ein großes Vertrauen auf die „historische Notwendigkeit“, die auf ihrer Seite stünde. Dies war allerdings nur dann plausibel, wenn tatsächlich „Krisen, Konflikte, Katastrophen“<sup>18</sup> im vorhergesagten Maße eintraten. Marx sah sich zum vertieften Studium der Ökonomie veranlasst, als er sich in seinen eigenen Revolutionserwartungen zweimal verschätzte (1848 und 1857). Die Ausarbeitung einer eigenen ökonomischen Theorie war eine Reaktion darauf. Die Krisenprognose des Programms überspringt genau jene Theorie (cf. 2.1.5).

In den konkreten Forderungen des Programms, die Bernstein verfasste, spielt die Krisenrhetorik kaum noch eine Rolle: gefordert werden „zunächst“ gleiches Wahlrecht, demokratische Gesetzgebung, „Volkswehr“ statt stehendem Heer, freie Meinungsäußerung, Gleichstellung der Frau, Privatisierung der Religion, Schulpflicht, Arbeitsschutz, daneben gibt es Forderungen zur Rechtspflege und Besteuerung. Doch diese Forderungen hätten auch ohne Krisenprognose verfochten werden können, ohne das Weltbild, dass die Produktionsmittel irgendwann einmal zu vergesellschaften seien. Dem Pessimismus in der Erwartung der ökonomischen Zukunft entspricht so ein Optimismus in der Einschätzung des politisch Möglichen. Bei Marx sollten kleine, in ihrer Wirkung begrenzte Schritte den Weg zu den großen ebnen. Sie konnten diese aber nicht ersetzen, da sie mittelfristige Gegenreaktionen hervorrufen würden.<sup>19</sup>

Im Programm klappte zwischen großen und kleinen Schritten, zwischen dem naturalisierten Krisenszenario und den liberalen Forderungen nun eine merkwürdige Lücke. Marx' allgemeiner theoretischer Gegenstand „Gesellschaft“ fiel durch diese hindurch (cf. 2.4.1). Das machte sich in der Fehlbestimmung des besonderen Gegenstandes „Deutschland um 1900“ bemerkbar. Den konkreten Verhältnissen wird im Programm unvermittelt eine Autonomie der Politik gegenüber der Wirtschaft, ein Primat der Politik übergestülpt.<sup>20</sup>

---

18 Ein Ausspruch Kautskys von 1902, nach Gay 1954, 238, vgl. Hofmann 1979, 182.

19 MEW 16, 5 ff., 146 ff.; MEW 17, 440 f. „Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, in dem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist“ (Luxemburg 1899, 7).

20 Cf. 2.2.6, 2.3.3, 2.6.2. „Man redet sich und der Partei vor, ‚die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein‘, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse und diese alte Hülle [...] gewaltsam sprengen müsse [...] Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle

Spätere Entwicklungen in der Sozialdemokratie lassen sich auf die hier erfolgten Weichenstellungen zurück beziehen. Die den Forderungen und der Taktik unverbunden gegenüberstehende Programmatik wurde als Widerspruch empfunden, der gelöst werden musste. Drei wesentliche Folgeströmungen lassen sich von diesem Knotenpunkt aus verfolgen. Der „Revisionismus“ (2.1.2) gab die Krisen- und Vergesellschaftungsrhetorik ganz auf: er revidierte die theoretischen Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik zu einer neuen, nachträglichen Grundlegung, die die bislang geübte Praxis prinzipialisierte. Die Verhältnisbestimmung von Theorie und Praxis wird grundlegend gewandelt. Die Konsequenz zieht sich bis in die Philosophie des 20. Jahrhunderts. Argumentationsmuster wie die Instrumentalisierung der Ethik für die Sozialtheorie sind noch heute gängig (2.4, 3.1). Doch erst eine sozialdemokratische Politik, die ihre theoretische Grundlegung von einer materialen Begründung durch die politische Ökonomie auf „Ethik“ umgestellt hatte, brauchte plötzlich „normative Fundamente“ zur Rechtfertigung – ihrer Politik, und nun auch ihrer Ethik.

Die zweite Gruppe, die „Orthodoxie“, versuchte, den Widerspruch so lange wie möglich zu glätten (2.1.4). Kautsky wollte nachweisen, dass die bestehende Taktik der Sozialdemokratie mit den Marx'schen Theorien in Einklang stünde. Auch diese Strömung hat weit ausgestrahlt, etwa wenn es darum ging, eine bestehende Praxis als „marxistisch“ auszuweisen. Hierbei kam es zur regelrechten Instrumentalisierung der Dialektik. Diese musste oft dazu herhalten, Unzusammengehöriges zusammenzubringen, und wurde infolgedessen arg fetischisiert. Dies galt für sozialistische Staaten wie auch für den Hegelmarxismus im Westen, welcher seine marxistische Terminologie, wenn sie auf die jeweils gegebenen Verhältnisse nicht recht passen mochte, nicht etwa durch eine strenge Analyse der Gegenwart, sondern durch fragwürdige Anleihen bei Hegel zu rechtfertigen suchte. Eine letzte Gruppe versuchte, die Praxis der Vergesellschaftungsprogrammatik anzugleichen. Sie konnte dabei keinen gesonderten Wert auf die be-

---

Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volks hinter sich hat [...] Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle andern Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren [...] heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen [...] Eine solche Politik kann nur die eigne Partei auf die Dauer irreführen“ (Engels, MEW 22, 234; cf. Kautsky 1893). „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. [...] Aber das Faktum, dass man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemüthlich-friedlichem Weg die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft“ (235). Noch deutlicher wird der voreilige Primat der Politik im Entwurf, wo nicht nur von „zwei feindlichen Heerlagern“ die Rede ist, sondern von „Unterwerfung“, „Herrschaft“, „Knechtschaft“, „Abhängigkeit“ etc. (nach MEW 22, 596 f.). Engels kritisierte, dies bringe „den falschen Schein hinein, als habe die politische Herrschaft jener Räuberbande das verursacht“ – es sei aber „eine ökonomische Tatsache, die ökonomisch zu erklären ist“ (231).

sonderen Verhältnisse legen, unter denen diese Verwirklichung geschehen sollte. Trotz interner Differenzen kann man unter diese Gruppe Rosa Luxemburg, Lenin und Trotzki rechnen (cf. 2.2). Außer in den Realsozialismus strahlte sie in die radikalen Teile der Studentenbewegung, den Linksterrorismus sowie den Dritte-Welt-Kommunismus (McLellan 1979) aus. Alle drei Gruppen sind nur auf der Grundlage der vom Marxismus der II. Internationale ausgehenden Weichenstellungen angemessen zu verstehen. Sie zeugten neue Interpretationen, gingen dabei jedoch von derjenigen aus, die hier stellvertretend am Erfurter Programm kritisiert wurde. Betrachtet wir die Folgen in der Sozialdemokratie.

### 2.1.2 Der Revisionismus

„Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.“ (Bernstein 1897, 556)

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich in den Jahren nach 1890, in denen ihre Mitgliederzahl stets wuchs, auf eine politische Arbeit innerhalb der im Kaiserreich bestehenden Möglichkeiten eingelassen. Das bedeutete vor allem, dass die Fraktion im Parlament arbeiterfreundliche Vorstellungen einzubringen suchte und die angewachsenen Gewerkschaften unterstützte.<sup>21</sup> Durch die stets drohende Gefahr einer erneuten Illegalisierung einerseits, durch innere Zerstrittenheit über den langfristigen politischen Kurs andererseits wurde die Partei zunehmend auf diesen parlamentarischen Weg *festgelegt*. Sie konnte zwar bis 1914 viel für die Verbesserung der sozialen und politischen Lage der Arbeiter und somit zur Modernisierung des Kaiserreichs erreichen, entgegen der anhaltenden Ablehnung seitens der Oberschichten und der zeitweiligen Verweigerungshaltung der Reichstagsfraktion, die einen regelrechten „Immobilismus“ der Sozialdemokratie bewirkte.<sup>22</sup> Doch die mit diesem Erfolg verbundene Etablierung brachte die Parteiführung zunehmend in Konflikt mit der radikalen Rhetorik ihres Programms. Theorie und Praxis stimmten nicht mehr überein.

Eduard Bernstein, jahrzehntelang Exilant und dabei unter anderem Privatsekretär von Engels, unternahm es nun, ausgehend von der bestehenden Praxis eine *neue* Theorie auszuarbeiten, die diese Praxis begründen sollte. Die programmatische Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ (1899), um dessen Abfassung ihn August Bebel gebeten hatte, stellt diese Absicht klar heraus: es sei eine „Einheit zwischen Theorie und Praxis herzustellen“ (46/50). „Theorie“ meint hier natürlich – wie noch bei Horkheimer (1937) – die Theorie von *Marx*: „Die deutsche Sozialdemokratie erkennt heute als die theoretische Grundlage ihres Wirkens die von Marx und Engels ausgearbeitete und von ihnen als ‚wissenschaftlicher Sozialismus‘ bezeichnete Gesellschaftslehre an“ (29/29).

---

21 „Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wollten die Gewerkschaften in solidarischer Aktion ihrer Mitglieder für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter kämpfen“ (Grebing 1972, 101).

22 Ullmann 1996, 206; vgl. Grebing 1966, 105, insgesamt Roth 1963, D. Groh 1973.

Diese Grundlage sei nun aufgrund der geübten Praxis zu „berichtigen“ (39/42): „Es ist nicht genug, dass die Praxis die Theorie korrigiert, die Theorie – wenn sie [...] einen Wert haben soll – muss sich dazu verstehen, die Bedeutung der Korrektur anzuerkennen“ (40/43). Da der „wissenschaftliche Sozialismus“ (29/ 29, 202/238; Engels, MEW 19, 228) vornehmlich eine ökonomische Theorie war, war Bernstein gezwungen, sie auf dem Gebiet der „reinen Doktrin“ zu widerlegen, um dann für die „angewandte Wissenschaft“ (31/31) alternative Modelle vorzuschlagen. Er widerlegt allerdings nicht die Marx'sche Theorie, sondern deren vereinfachte Lesart im Erfurter Programm, dessen Mitverfasser er war:

„Wäre die Gesellschaft so konstituiert oder hätte sie sich entwickelt, wie die sozialistische Doktrin es bisher unterstellte, dann würde allerdings der ökonomische Zusammenbruch nur die Frage einer kurzen Spanne Zeit sein können. Aber das ist eben, wie wir sehen, nicht der Fall. Weit entfernt, dass die Gliederung der Gesellschaft sich gegen früher vereinfacht hätte, hat sie sich vielmehr, sowohl was die Einkommenshöhe als was die Berufstätigkeit anbetrifft, in hohem Maße abgestuft und differenziert“ (79/89).

Solche Beobachtungen werden als Falsifikation einer Theorie gewertet, die erwartet, dass die Gesellschaft sich stetig sozial polarisiert, und die nahe Krisen ankündigt. Nach Marx ist die Beschreibung einer konkreten Gesellschaftsform jedoch nur unter der Einschaltung vielfacher Vermittlungsstufen möglich. Eine Konfrontation einfacher Beobachtungen mit einer Theorie ist nur dann möglich, wenn beide auf einer Ebene liegen. Das ist zwar im Erfurter Programm, nicht aber bei Marx' Aussagen über wirtschaftliche Klassen und Krisen der Fall. Für Marx war Wissenschaft deswegen nötig, weil bloße Momentanbeobachtungen die Logik des Fungierens gerade *nicht* verraten.<sup>23</sup> Bernstein schiebt diesen Standpunkt auf Marx' Befangensein in den „Schlingen“ (48/53) der Dialektik.

Marx gibt hier allerdings lediglich eine Grundlage des neuzeitlichen Wissenschaftsverständnisses wieder – und Bernstein gibt sie preis. Dieser Versuch einer „Widerlegung“ ist seither aus der Diskussion nicht mehr wegzudenken. Er hatte nicht nur ideengeschichtliche (Coletti 1971, Gustavson 1972), sondern auch reale Voraussetzungen: Nach der „Großen Depression“ von 1873 bis 1896 zog das wirtschaftliche Wachstum auch in Deutschland wieder an.<sup>24</sup> Aus historischen Gründen schnellte es im Kaiserreich besonders rasch empor. Die industrielle Revolution hatte Deutschland verspätet erreicht, bedingt vor allem durch die Kleinstaaterei bis 1871. Als es aber erreicht wurde, konnte es binnen kurzer Zeit den neuesten Stand der Technik zum Anschlag bringen und damit billiger produzieren als andere Länder, ohne dafür große Entwicklungskosten investiert zu haben. Der Staat tat das seinige, um das Wachstum zu begünstigen. Das konnte er sich

23 „Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen“ (MEW 25, 825, cf. MEW 32, 553). Marx steht „in der großen Tradition der Vernunftphilosophie“, da bei ihm die „Wirklichkeit so umfassend und vollständig wie möglich zur Sprache kommt“ (Rohrmoser 1970, 60).

24 Rosenberg 1974, XXIV; Coletti 1971, 22; Mandel 1972, 114ff.; Ullmann 1995, 60.

aufgrund der Kriegsgewinne auch leisten. Im „Entwicklungsland“ Deutschland wurde das Verkehrswesen vom Staat aufgebaut. Durch den staatlichen Eisenbahn- und Flottenbau hatten Teile der Schwerindustrie die zusätzlichen Vorteile eines garantierten Absatzes und monopolisierter Marktanteile.<sup>25</sup>

Bernstein teilt nun Beobachtungen des neuen Booms mit. Das forcierte Wachstum deutet Bernstein allerdings sogleich in eine qualitativ neue Stufe der Logik der Entwicklung um (99/113). In einem späteren Vortrag benutzt Bernstein Kurven: der Marxismus habe eine Kette von Konjunkturzyklen mit insgesamt absteigender Tendenz behauptet, stattdessen sei aber eine insgesamt aufsteigende Tendenz zu verzeichnen (1908, 123). Diese Kurven sind allerdings un spezifiziert. Marx hätte Bernstein sofort zugegeben, dass der „Reichtum der Gesellschaft“ angestiegen sei. Den Kapitalismus macht ja ein stetiges Wachstum aus: immer größere Mengen von Kapital suchen profitable Investitionsmöglichkeiten, immer größere Mengen von Gütern werden produziert und auf den Markt geworfen (2.3.1). Was nach Marx auf lange Sicht tendenziell abnimmt, ist der Anteil der Löhne am Produktivitätszuwachs (eine steigende Ausbeutung) sowie die Profitrate (2.1.6). Bernstein reduziert die Komplexität der Theorie und wird ihr damit nicht mehr gerecht. Er schreibt einzelnen Phänomenen der kapitalistischen Wirtschaft die *neue* Funktion zu, eine krisenfreie Prosperität zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um neue Bewertungen des Kredits, der Aktiengesellschaft und des Kartells. Was ändert er nun im Vergleich zu Marx?

*Kredite* kommen nach Marx zustande, wenn „brachliegendes Kapital“,<sup>26</sup> das Anlagemöglichkeiten sucht, auf Unternehmen trifft, die Geld suchen. Der Gläubiger oder die vermittelnde Instanz der Bank zieht aus diesem Kapitalfluss einen Zins ab, der anteilig aus dem Profit gezahlt wird. Solche Reproduktionskredite sind gleichursprünglich mit den kapitalistischen Banken.<sup>27</sup> Marx schrieb dem Kredit eine der Akkumulation förderliche wie auch destruktive Wirkung zu.<sup>28</sup>

---

25 Rosenberg 1955, Henning 1974, Fischer 1985, Hobsbawm 1989, Ullmann 1995, 95.

26 MEW 25, 80, 263, 331, 514; gemeint ist disponibles Geldkapital, das aufgrund mangelnder Profitabilität in der eigenen Industrie von dem Eigentümer nicht produktiv angelegt wird.

27 Bernstein findet diesen Gedanken daher „nicht gerade neu“ (1899, 100/115). Konsumentenkredite bei der Bank sind eine jüngere Erfindung (bei der Ratenzahlung von Autos oder Häusern), aber in Form des Wuchers (MEW 25, 607) älter als andere Formen wie Handelskredit (Zahlungsaufschub) oder Staatskredit (die vom Staat aufgenommenen Schulden zur Deckung eines Haushaltsdefizits, cf. MEW 7, 13 ff.; cf. insgesamt Pohl 1993; auch 2.3.5).

28 Marx schreibt dem Kredit „doppelseitige Charaktere“ zu: „Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts“, aber zugleich auch „die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerstehendes, aber momentan (in A) festgelegtes Vermögen kann ein Kredit aufgenommen werden, um das Geld sofort in einen anderen Zweig (B) zu investieren. Das Geld hat sich scheinbar verdoppelt – der Kapitalbesitzer bezieht, abzüglich der Zinszahlungen, Einkünfte aus zwei Anlagen desselben Kapitals. Doch eine Hälfte (B) besteht aus

Bernstein legt ihnen nun die neue Eigenschaft bei, *nur noch* eindämmend auf die Ausbreitung einer Krise einzuwirken (100/114): Kommt ein Unternehmen in Schwierigkeiten, kann es sich durch Kredite über Wasser halten und muss nicht sofort bankrott gehen. So richtig dies ist, so wenig darf dies dazu verleiten, „allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten“ (99/114). Denn Firmen können nach wie vor bankrott gehen; ein solcher Bankrott kann sogar schlimmere Folgen haben: wenn der Bankrotteur große Kredite aufgenommen hat, kann er seine Bank möglicherweise mitruinieren, womit eine Kettenreaktion ausgelöst würde. Solange das Profitmotiv der Motor des Wirtschaftens ist, können Kredite die Logik des Fressen und Gefressenwerdens nicht aufheben. Obwohl sie kurzfristig Krisen eindämmen können, wie Bernstein gegen Rosa Luxemburg zunächst richtig meint, sind finanzielle Verflechtungen zugleich Faktoren der Ausbreitung einer Krise, da nun ein Glied das andere mitreißen kann.<sup>29</sup> Kredite beschleunigen das kapitalistische Wachstum, indem sie die Umschlagszeiten verkürzen. Sie steigern so aber zugleich die Ursache der Krisen.<sup>30</sup> Die durch den anarchischen Charakter des Geldmarktes entstehenden monetären Krisen, die in den 1990er Jahren wieder verstärkt auftraten, sind damit noch gar nicht angesprochen (2.3.5). Auch sie zeigen, dass die Entwicklung des Kreditwesens Krisen nicht aufheben kann. Bernstein und Luxemburg rissen den Doppelcharakter des Kredits in gut und böse auseinander.

---

Schulden, die irgendwann abzuzahlen sind. Dieses Kapital ist „fiktiv“; zwar wirkt es, aber nur als negatives (MEW 25, 413 f., 483; MEW 40, 370; der Gewinn aus Kapital B war für Keynes zentral, da es scheinbar aus dem Nichts entsteht). „Beschleunigung“ (MEW 25, 452) meint, dass sich das Kapital nun schneller von A nach B bewegen kann, als wenn es seine Umschlagszeit hätte abwarten müssen. Es muss nicht das Ende des Produktionszyklus von Kapital A abwarten. Dies vermittelt die Ausgleichung der Profitrate (451) zwischen verschiedenen Industrien. Zudem vergesellschaftet der Kredit bereits die Produktion, da er viele kleine Kapitale zu einem großen zusammenfasst (454). Um es für alle zu nutzen, bedürfte es der politischen Umwälzung, die Bernstein unterschlägt (Schimkowsky 1974, 194). Solange sie unterbleibt, kommt es durch die Trennung von Geldbesitzer und Unternehmer zu verantwortungslosem Umgang mit Kapital: Geld wird zum „Glücksritter“ (456), der Casinokapitalismus zum „reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem“ (457), der „spekulierende Großhändler riskiert“ (455) gesellschaftliches Eigentum – zur Zeit der globalisierten Finanzmärkte und Staatsbankrotte ein bekanntes Phänomen.

- 29 Luxemburg hatte gegen Bernstein 1897 die destruktive Rolle der Kredite betont: „Wenn die Krisen [...] aus dem Widerspruch zwischen der Expansionsfähigkeit [...] der Produktion und der beschränkten Konsumtionsfähigkeit entstehen [zur Unterkonsumtionstheorie siehe 2.1.5], so ist der Kredit [...] das spezielle Mittel, diesen Widerspruch so oft als möglich zur Eruption zu bringen. ([...]) So ist der Kredit, weit entfernt, ein Mittel [...] auch nur zur Linderung der Krisen zu sein, ganz im Gegenteil ein besonderer mächtiger Faktor der Krisenbildung“ (1899, 19 f.).
- 30 Sie erhöhen die organische Zusammensetzung des Kapitals (2.1.6; MEW 23, 655; MEW 25, 451 ff.; vgl. Fritsch 1954, 100 ff., Brunoff 1976, 77 ff.; K. Kim 1999, 70 ff., 2.3.5).

Auch die *Aktiengesellschaft* ist im Kapitalismus bald aufgetreten. Sie besorgt eine Streuung der Kapitalaufkommen, indem viele Kleinkapitale sich zu einer Aktiengesellschaft vereinen (als „kombinierter Kapitalist“, MEW 23, 353). Diese spezifische Form des Geldverleihes kürzt um die Transaktionskosten des Bank- und Finanzsektors, ist jedoch nur bei langfristig angelegten Projekten möglich.<sup>31</sup> Marx sah auch in ihnen einen dynamischen Faktor: sie machen Größenordnungen von Projekten möglich, die Einzelne aufgrund des hohen Kapitalaufkommens kaum je hätten finanzieren können, und tragen somit zur Zentralisierung bei.<sup>32</sup> Zwar treiben sie das kapitalistische Wachstum an, doch bringen sie auch Nachteile: für kleinere Kapitalisten sind sie eine Bedrohung, da die Konkurrenz durch solche Großunternehmen erschwert wird („Je ein Kapitalist schlägt viele tot“, MEW 23, 790) und die Kapitalintensität der Produktion ins Ungeheure wächst.<sup>33</sup> Auch die Aktiengesellschaften haben also einen Doppelcharakter. Bernstein allerdings sieht in ihnen nur eine, und zwar eine *neue* Kraft, die nicht eine „Zentralisation der Vermögen“ nach sich ziehe, sondern dieser gerade entgegenwirke (75/85). Dies widerstreitet der im Erfurter Programm behaupteten gesellschaftliche Polarisierung (78/88).<sup>34</sup> Sie sind aber keine neue Erscheinung. Auch gegen das Wirken wirtschaftlicher Zentrifugalkräfte sagen sie nichts aus.

- 
- 31 Der „shareholder-value“ schaut mehr auf kurzfristige Kursgewinne als auf die langfristige Profitabilität. Die New Economy-Blase etwa ist geplatzt (Brenner 2002).
- 32 „Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie solange warten müssen, bis die Akkumulation einige Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Zentralisation dagegen hat dies, vermittelt der Aktiengesellschaften, im Handumdrehn fertiggebracht“ (MEW 23, 656; cf. Shaikh 1983c).
- 33 Während „die Zentralisation so die Wirkungen der Akkumulation steigert und beschleunigt, erweitert und beschleunigt sie gleichzeitig die Umwälzungen in der technischen Zusammensetzung des Kapitals, die dessen konstanten Teil vermehren auf Kosten seines variablen Teils und damit die relative Nachfrage nach Arbeit vermindern“ (MEW 23, 656) und die Profitrate senken – die beiden Marx’schen „Gesetze“ (MEW 23, 640 ff.; MEW 25, 221 ff.).
- 34 „Die Aktie stellt in der sozialen Stufenleiter die Zwischenglieder wieder her, die aus der Industrie durch die Konzentration [...] ausgeschaltet wurden“ (Bernstein 1899, 82/93). Steigende Aktienbeteiligungen bedeuten keinen ‚Volkskapitalismus‘. Die Aktienkurse können kurzfristig nur weitersteigen, solange stets neue Käufer auf den Markt drängen. Die Beteiligung nichtkapitalistischer Gruppen bedeutet keine Abmilderung wirtschaftlicher Gegensätze. „Die Leute, die ihre Jobs verlieren, sind – Shareholder“ (W. Uchatius in: *Die Zeit*, 23.3 2000). „Für die Arbeiter bedeutet der Kauf von Aktien eine Verringerung ihres Reallohnes [da sie entweder aus diesem bezahlt oder als sog. ‚Investivlohn‘ ausgezahlt werden, CH] und die Gefahr, durch Kurschwankungen Verluste zu erleiden [man denke an die T-Aktie, CH]. Die Kleinaktien haben jedoch für die Großaktionäre eine beachtliche [...] Bedeutung. So können [...] auch kleinste Geldsummen für die Ausdehnung und die Intensivierung des Produktions- und Ausbeutungsprozesses mobilisiert werden, wobei die starke Splitterung des Aktienkapitals den Großaktionären die Beherrschung einer Aktiengesellschaft erleichtert. Ferner [...] werden] die Arbeiter durch Kleinaktien, insbesondere durch Beteiligungsaktien, ideologisch und ökonomisch an die kapitalistischen Unternehmen“ gebunden (Becher 1976, 216 f.).

Sie erlauben vielmehr eine zusätzliche Konzentration, da die Kapitalisten so nicht nur über Eigenkapital, sondern zudem über Leihkapital verfügen. Marx spricht von der „Attraktion und Repulsion“ (MEW 25, 218) der Kapitale *zugleich*.<sup>35</sup> Bernstein isoliert die „Spaltung schon konzentrierter Kapitale“ (1899, 75, 85). Funktional hebt er damit den marxistischen Theorieunterbau aus. Bezüglich der Kartelle isoliert er jedoch gerade das Gegenteil, die Vergesellschaftung. Erneut wird aus einem Komplex einander bedingender und entgegenwirkender Kräfte, die zusammen eine Gesamttendenz induzieren (weniger die berühmte „Konzentration“ als vielmehr die Erhöhung der Kapitalintensität der Produktion), bei Bernstein ein Entweder-Oder, von dem er sich für eine Variante entscheidet und die andere damit für erledigt hält. Er reißt die theoretische Einheit von Marx auseinander (cf. Kautsky 1899, 80; Coletti 1971, 24).

*Kartelle* schließlich sind Übereinkünfte von Unternehmen meist innerhalb einer Industrie, um durch Preisabsprachen oder Revierverteilungen den Markt unter sich aufzuteilen. Die Unterdrückung der Kämpfe soll die Preise stabil halten. Im Falle staatlicher Mitwirkung wird dies Interventionismus und Protektionismus genannt. Bernsteins Verweis auf die Kartelle steht der von ihm vertretenen Diffusionstendenz des Reichtums entgegen: Eine hinreichend effektive Absprache ist nur zwischen Markttriesen möglich. Zudem schreibt er ihnen eine krisenmindernde Kraft zu, da sie fähig seien, „der Produktionsanarchie Einhalt zu tun“ (105/121f.). Dies ist im Sinne der *Krisenreaktion* richtig beschrieben. Aber gerade darum kann dies kein Mittel der *Krisenprävention* sein. Maßnahmen wie das Herunterfahren der Produktionskapazitäten oder Kurzarbeit sind bereits ein Ausdruck der Krise. Dass ein ganzer Industriesektor seinen Ausstoß herunterfährt, um als „Gegenmittel gegen die Überproduktion“ (108/12) zu wirken, setzt nicht nur einen staatlich verhängten Schutzzoll zur Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz voraus, sondern auch eine massive Absatzkrise. Die „Vorzüge der Organisation“ können die Krise also nicht verhindern, sondern sie setzen sie voraus. In Krisenzeiten ist es für größere Unternehmen günstig, den Preiskrieg *weiterzuführen*, um sich lästiger Konkurrenten zu entledigen. Und auch hier gibt es entgegenwirkende Kräfte.<sup>36</sup> Wo sind die Repulsionstendenzen geblieben, auf die

35 „Zugleich reißen sich Ableger von den Originalkapitalen los und funktionieren als neue selbständige Kapitale. Eine große Rolle spielt dabei unter anderm die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien“ (MEW 23, 653).

36 Luxemburg führt dazu richtig aus: „Welches aber ist die Methode, der sich die Kartelle [...] bedienen? [...] die Brachlegung eines Teils des akkumulierten Kapitals [...] Ein solches Heilmittel gleicht aber der Krankheit [...] Beginnt sich der Absatzmarkt zu verringern, [...] dann nimmt auch die erzwungene teilweise Brachlegung des Kapitals einen solchen Umfang an, dass die Arznei selbst in Krankheit umschlägt [...] Beim dem verringerten Vermögen auf dem Absatzmarkt ein Plätzchen für sich zu finden, zieht jede private Kapitalportion vor [...] Die Organisationen müssen dann wie Seifenblasen platzen und wieder einer freien Konkurrenz [...] Platz machen“ (1899, 22 f.). „Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger

Bernstein bei den Aktiengesellschaften solchen Wert legt? Er überspringt die Konkurrenz zwischen Kapitalisten, indem er eine Gesamtheit unterstellt, die in den Genuss der „Vorzüge“ komme. Dies arbeitet den Ideen eines „Generalkartells“ oder „Staatsmonopolkapitalismus“ vor (2.2.6). Doch es verkennt den Charakter von Gesellschaft. Sie ist keine einfache Addition von Einzelinteressen.<sup>37</sup>

Aktiengesellschaft und Kartell, Monopol und Genossenschaften (MEW 25, 456), all diese kooperativen Formen der Produktion sind nach Marx ein *Vorschein* der Vergesellschaftung.<sup>38</sup> Marx wollte damit zeigen, dass die geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht utopisch ist, sondern nur die Exekution eines Schrittes darstellt, welcher von der „alten Gesellschaft“ selbst vorbereitet wird, allerdings an den durch die privatkapitalistische Aneignungsweise gesetzten Schranken scheitert.<sup>39</sup> Dies sollte die Sozialisten zu politischen Aktionen ermutigen. Bernstein dreht die politische Konsequenz um, indem er aus dem Vorschein eine Tatsache macht. Aus einer realen politischen Veränderung ist bei Bernstein eine theoretische geworden. Den auf Eigentumsverhältnissen beruhenden Klassenantagonismus schließt er einfach aus seiner Betrachtung aus – und kürzt damit um den kapitalistischen Charakter von „Gesellschaft“. Obwohl er sich gegen Hegelianismen wandte (1899, 47 ff.), ist er damit selbst zum Hegelianer geworden: er verwischt die Grenzen von Theorie und Wirklichkeit. Aus einer Denkmöglichkeit macht er durch Abstraktion von den Problemen eine Realität.<sup>40</sup> Das ähnelt der Methode, die Marx an den Junghegelianern kritisiert hatte, nur dass sie hier nicht in der Philosophie wurzelt, sondern in einer unausgereiften ökonomischer Theorie. Marx' ökonomische Theorie untersucht das „Bewegungsgesetz“ des Kapitalismus (MEW 23, 15), die Logik des Gesamtprozesses.

---

wenigen, fertigen Großkapitale fiele, [...] wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlimmern“ (MEW 25, 269).

- 37 Für Luxemburg (1899, 52) war Bernsteins Anpassungstheorie „eine theoretische Verallgemeinerung der Auffassungsweise des einzelnen Kapitalisten“ (2.1.5, 2.3.2).
- 38 „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht [...], erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) [...] Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ (MEW 25, 452; cf. MEW 23, 656).
- 39 „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind“ (MEW 13, 9; vgl. 4, 181). Daraus schließt Marx hier: „Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten“ (MEW 25, 456). Der Kapitalismus als Sozialverhältnis sei nicht „ewig“ (MEW 3, 43).
- 40 Es hätten „die Parteikämpfe an Gehässigkeit verloren“ (Bernstein 1899, 153/178), und, reiner Hegelianismus: „Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft“ (155/180). Sie ist es eben nur im Prinzip.

Um zu prüfen, ob seine Beobachtungen tatsächlich etwas Neues und Anderes darstellen, hätte Bernstein einen längeren Zeitraum betrachten müssen. Er unterläuft den Abstraktionsgrad der Theorie. Missversteht man sie als Deskriptionen der Oberfläche, ist sie allzu leicht zu falsifizieren (Fn. 16).

Fassen wir zusammen. Bernstein bestreitet mit einigen Beobachtungen die Erwartungen des Erfurter Programms. Schon in ihm waren Marx'sche Aussagen als auf einer deskriptiv-prognostischen Ebene liegend missverstanden worden. Bernsteins Versuch, durch einige Beobachtungen ihren Geltungsbereich historisch einzuschränken oder zu widerlegen zeigt, dass er ihre Binnenstruktur verkennt. Indem er ihren analytischen Kern preisgibt, verabschiedet er sie schließlich ganz.<sup>41</sup> Was sind nun die Ergebnisse dieser Fehlrezeption?

Bernstein wollte die Theorie der Praxis angleichen. Damit änderte er zugleich diese Praxis selbst: durch das Verschwinden der die unmittelbare Gegenwart transzendierenden Momente der Theorie setzt er sich jetzt verstärkt für Taktiken ein, die zuvor nur bedingt eine Rolle spielten, etwa die Genossenschaften oder die parlamentarische Arbeit. Damit ist der Politik das Korrektiv der Theorie genommen, sie dient nur noch der pragmatischen Bewältigung von Tagesproblemen. *Dieser* Politik der Sozialdemokratie ist die Reflexionsinstanz der Marx'schen Theorie verlustig gegangen.<sup>42</sup> Dies hatte unmittelbare Folgen für die Politik der Sozialdemokratie, mittelbare für das Marxverständnis. In der Politik drohte eine Maßstabslosigkeit für den Kurs in neuen Sachfragen.<sup>43</sup> Wie sollte sich die Arbeiterpartei gegenüber den Kleinunternehmern und Bauern stellen, wie gegenüber den Kartellen, dem Staat, dem Kolonialismus? Was der arbeitenden Bevölkerung kurzfristig Nutzen brachte und daher auch berechtigt war, wurde im Revisionismus in eine *grundsätzliche* Position der Sozialdemokratie umgebogen – mangels einer verlässlichen Korrekturinstanz sogar erfolgreich.<sup>44</sup>

41 „Ob die Marx'sche Werttheorie richtig ist oder nicht, ist für den Nachweis der Mehrarbeit ganz und gar gleichgültig“ (70/78). „Die Wertlehre gibt so wenig eine Norm für die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Verteilung des Arbeitsproduktes wie die Atomlehre eine solche für die Schönheit oder Verwerflichkeit eines Bildwerks“ (73/82) Tatsächlich kann man Werte im Gegensatz zu Preisen nicht einfach „messen“ (69/78). Allerdings kann man sie berechnen. Preisbewegungen sind nur schlüssig zu erklären, wenn man den Wert als Gravitationszentrum unterstellt (Shaikh 1977; 1996, 78 ff.). Marx rechnete ganz selbstverständlich in Werten (siehe 2.1.5, 2.1.6, 2.3.2).

42 „Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen [...] nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen“ (Engels, MEW 22, 234 f.).

43 Der kaiserlichen Politik fehlte die klare Linie ebenso (cf. A. Rosenberg 1955).

44 Der Revisionismus hat später „auf der ganzen Linie gesiegt“ (Carlo Schmidt, in: Bernstein 1976, 13; cf. Fn. 2; Meyer 1977, Miller 1983, Lehnert 1983, Freyberg 1989, Lösche 1992).

So kam es, dass Sozialdemokraten sich nun *für* den Kolonialismus aussprachen, sich von den Kartellen und Schutzzöllen positive Wirkungen versprachen und auch dem monarchistischen Staat immer bejahender gegenüberstanden, da er ihnen gewogen schien. Sogar das sozialdarwinistische Denken damaliger militaristischer Verbände wurde nicht nur akzeptiert, sondern übernommen. Die Frage, für wen im Falle eines Krieges Partei zu ergreifen sei, war aus dieser Perspektive beantwortet – der 4. August 1914 war keine große Überraschung.<sup>45</sup>

Im Ergebnis der unterlassenen Unterscheidung zwischen kurzfristigen Vorteilen für die deutsche Arbeiterklasse aus einer pragmatischen Perspektive und der theoretischen Durchdringung der Situation aus einer distanziert wissenschaftlichen Sicht übernahm der Revisionismus *prokapitalistische* Standpunkte. Der Marxismus hatte auf den Kampf gegen das Kapital und den „Klassenstaat“ verpflichtet, da seiner Theorie nach jede kurzfristige Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft langfristig wenig verbessern konnte. Auf beides hat der Revisionismus verzichtet. Politik hat immer auch eine symbolische Dimension – doch wie weit trägt ein Symbol ohne materiale Grundlage? Wie sollte die programmatische Parteinahme für die Deklassierten noch einsichtig gemacht werden? Schließlich waren im Alltag der Arbeiterschicht Rückschläge und Entbehrungen nach wie vor an der Tagesordnung. Marx' zu den Akten gelegte materiale Begründung sozialdemokratischer Praxis hinterließ ein „Begründungsdefizit“. Bernstein improvisierte eine ökonomische Theorie, in der geistige und moralische Faktoren eine weit größere Rolle spielten.<sup>46</sup> Da nach seiner Auffassung die Krisenanfälligkeit der ökonomischen Sphäre zurückgegangen, die Reichweite der politischen Meisterung auftretender Krisen dagegen gewachsen waren, schien somit die politische Machbarkeit insgesamt gestiegen (37/39). Es ging nun um die Meisterung ökonomischer Probleme mittels des Staates, die theoretische Beantwortung anfallender Fragen mittels

45 „Der nationale deutsche Kapitalismus muss sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann. Nicht an dritter oder zweiter Stelle, sondern möglichst an erster Stelle möchte ich als Sozialist Deutschland sehen“ (Calwer: „Kolonialpolitik und Sozialdemokratie“ von 1907, nach Hofmann 1979, 180 f.; cf. Bernstein 1899, 179/209 f.; Fetscher 1973, 546 ff., 657 ff.). Michels 1910 hat aus der Staatsbejahung der Partei ein „Gesetz“ der Oligarchisierung abzuleiten versucht (cf. Sternhell 1983). Man kann in solchem „nationalen Sozialismus“ (Naumann 1964, 218; cf. 1905) ein Vorspiel des Nationalsozialismus sehen (Dahrendorf 1966, Sternhell 1986, Lauer- mann 1998). Diese These ist von der absurden des „kausalen Nexus“ (Ernst Nolte) abzugrenzen. Das Ebert/Noske-Abkommen von 1920, laut Sebastian Haffner das Verhängnis der Republik, war eine Verlängerung dieser Tendenz.

46 Bernstein, der England gut kannte, wurde von Max Weber zur „protestantischen Ethik“ konsultiert (Lenk 1970, 220). Die Vergeistigung der Phänomene vereint die beiden theoretisch (2.4.6). Norbert Elias untersuchte die höfische Gesellschaft übrigens als verfallende Form, die mit der Symbolizität ihr Ende nur hinauszögern konnte. „Es gilt also zunächst, die objektive Wirklichkeit jenseits der Symbole zu ergründen, bevor man beurteilen kann, ob ihre symbolische Repräsentation angemessen oder ideologischer Natur ist“ (Baumgart 1991, 150).

der Ethik sowie um den Versuch der politischen Einflussnahme mittels des Parlaments. Dieser Prozess wird jetzt „Sozialismus“ genannt (199/233 ff.; Habermas 1990a, 213 ff.) – eine radikale symbolische Umbesetzung dieses Vergemeinschaftungssymbols der Deklassierten. In dem Maße, wie die missdeutete „Naturnotwendigkeit“ abgelehnt wurde, wird nun die Ethik für die Sozialtheorie gespannt. Dadurch wandte sich Bernstein der Demokratie (151/176 ff.) und dem Liberalismus zu (159/185 ff.).<sup>47</sup> Doch das überschätzte die Möglichkeiten der Demokratie im Kaisertum arg (Fn. 20). Für die damalige Zeit verurteilte sich die Sozialdemokratie damit zur Belanglosigkeit. Am Ende des theoretischen Primats der Politik stand der sozialdemokratische Etatismus. Auf dem Weg von Lassalle zu Bernstein und Lenin (2.2.3) wurde Marx damit *übersprungen*.<sup>48</sup> Diese Umstellung der theoretischen Fundamente hatte Folgen, die erneut begegnen werden: die Verabschiedung Marx'scher Theorien und die Ausrufung einer neuen Epoche bei Lenin (2.2.6), eine technizistische Marxlesart (2.4.5) und die Inkriminierung einer zurechtgestellten Dialektik, die eine Gegenbewegung beschwor (2.5.7).

### 2.1.3 Der Neukantianismus als gegenstrebige Fügung

Hinsichtlich der ethischen „Begründung“ des Sozialismus kam dem Revisionismus nun eine gegenstrebige Fügung entgegen: die akademische ethische Theorie hatte sich ihrerseits zunehmend dem Sozialismus zugewandt. Dagegen ist nichts einzuwenden; fraglich ist vielmehr, wie die Ethik gegenüber Marx eine *Opposition* einnehmen konnte. Bereits Friedrich Albert Lange hatte das Augenmerk der Philosophie auf die „Arbeiterfrage“ gelenkt, charakteristischerweise genau zwischen der Gründung der Lassalleschen (1863) und der Bebelschen (1869) Arbeiterpartei.<sup>49</sup> Auch andere Neukantianer, allen voran Hermann Cohen, begannen sich mit dem Sozialismus zu beschäftigen. Viele kamen zu dem überraschenden Ergebnis, dass ein Weg von Kant zum Sozialismus führe:

47 „Sozialismus“ ist nur dann ein „empty signifier“ (Laclau 1996), wenn er freiwillig theorieentleert wird. „Tatsächlich gibt es keinen liberalen Gedanken, der nicht auch zum Ideengehalt des Sozialismus gehört“ (Bernstein 1899, 160/186). So wird der Sozialismus als eigene Strömung schlicht überflüssig. Indem Habermas den impliziten Liberalismus der Kritischen Theorie ausarbeitete, trat er in Bernsteins Fußstapfen (cf. 1990a, 228, 1992, 618).

48 „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus“ (Renner 1918, 12). J.Fischer 1992, 168 ff. setzt „Sozialismus“ mit „Etatismus“ gleich – zurecht, sofern es um die damalige Sozialdemokratie und den späteren Realsozialismus geht. Der Entwurf zum Erfurter Programm hatte sich übrigens vom „sogenannten Staatssozialismus“ abgegrenzt (MEW 22, 596; Engels a.O., 234 f.). Bernstein gab Lassalles Schriften heraus (Lassalle 1892). Es ist unzulässig, den „Schwarzen Peter [...] an Marx und Engels weiterzuschieben, die zu den entschiedensten Kritikern des Lassalleantertums und des sozialdemokratischen Etatismus gehört haben“ (Schneider 1992, 161; cf. 2.2.6, Fn. 75).

49 F.A. Lange 1865. Von ihm führt ein Weg über Karl Höchberg zu Bernstein (MEW 19, 150 ff.). Lassalle ging ethisch wie politisch eher von Fichte aus (cf. 2.5.2, Fn. 28; 3.1.5, Fn. 125). Zum politischen Fichteanismus siehe Henning 1999.

„Gebt den Worten Kants praktische Anwendung, und ihr seid Sozialisten, gebt ihnen eine wirtschaftliche Unterlage, und ihr habt den Sozialismus.“<sup>50</sup> Denkt man an die üblichen Berührungängste und Standesdünkel der damaligen akademischen Oberschicht gegenüber der Arbeiterbewegung, ist diese Offenheit bemerkenswert. Sie blieb bei den Neukantianern kein Einzelfall – Kurt Eisner, Paul Natorp, Karl Vorländer oder Max Adler äußerten sich ähnlich. Dabei ist es zweit-rangig, ob der Weg von Kant zum Sozialismus über den Materialismus (Lange), die Erkenntnistheorie (Max Adler), die Ethik (Cohen, Staudinger) oder die Geschichtsphilosophie (Conrad Schmidt) führte. Wichtig ist, dass diese wichtigen Segmente des Bildungsbürgertums zu einer friedlichen Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft bereit waren.<sup>51</sup> Der Marburger Natorp etwa schrieb:

„Was mir als Ziel vor Augen steht, ist eine friedliche Gestaltung des unvermeidlichen Klassenkampfes auf dem Wege der Verbreitung gründlicher Bildung in den Volksmassen. [...] Voraussetzung dazu ist, dass man auch mit der organisierten Arbeiterschaft Fühlung behufs ruhiger Verständigung auf dem Boden der Wissenschaft und Bildung zu gewinnen sucht.“<sup>52</sup>

Aus der Marx'schen Perspektive ist eine solche Verständigung keineswegs abzulehnen. Selbst die 1848er Revolutionsperspektive ließ eine bürgerliche Revolution und damit den Liberalismus als notwendige Bedingung für den Kommunismus erscheinen. Auch später war Marx einer Bündnispolitik niemals abgeneigt. Die kleinen Schritte, die auf diesem Wege gewonnen werden konnten, hieß er als Schulung und Stärkung der Arbeiterschaft willkommen („die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen“).<sup>53</sup> Von der anderen Seite her sah es A.F. Lange als Aufgabe an, den Arbeitern die nötigen Freiräume zu schaffen, nicht aber, ihre Weltanschauung zu widerlegen oder ähnliches.<sup>54</sup> Systematisch war das

50 A. Poggi: „Kant und der Sozialismus“, Vorländer 1926, 226/Holzhey 1994, 237. „Die Idee des Zweckvorzugs der Menschheit wird [...] zur Idee des Sozialismus“ (H. Cohen 1907, 320).

51 Das Bürgertum bildet keinen erratischen Block: Vertreter der Bildungselite mögen einen besitzbürgerlichen Hintergrund haben wie Simmel und Horkheimer, da sie diesem aber qua Verwaltungselite nicht eo ipso zugehören, sind aus ihrer bürgerlichen Lage nur grobe Rückschlüsse zu ziehen (Bourdieu 1982, Kocka 1988, Gall 1991, M. Hartmann 2002). Die extreme Bürokratisierung wie auch die hohe Durchlässigkeit von Systemtransformationen für Eliten machte den Sozialismus für Intellektuelle durchaus attraktiv.

52 Eine Erklärung Natorps vor dem Universitätsdezernat von 1894, in Holzhey 1994, 14.

53 MEW 1, 378. Bekannt ist Marx' Warnung, eine verfrühte Vergesellschaftung verallgemeinere nur den Mangel (MEW 3, 35). „In demselben Maße, wie bei der Masse die Einsicht von der Unhaltbarkeit des Bestehenden und die Erkenntnis von der Notwendigkeit seiner Umgestaltung von Grund aus steigt, sinkt die Widerstandsfähigkeit der herrschenden Klasse [...]. Diese Wechselwirkung ist evident, und daher muss alles, was sie fördert, willkommen sein“ (Bebel 1879, 408). Etwaige Bildungsreformen sind daher stets hochgradig politisiert.

54 „Die Arbeiter haben sich selbst um die Angelegenheiten ihres Standes zu kümmern“ (Lange, in Holzhey 1994, 125).

gut möglich: Kant hatte eine irreduzible Doppelperspektivität der menschlichen Welt vertreten. Natürliche Vorgänge lassen sich aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive interpretieren, ohne dabei auf höhere Mächte zurückgreifen zu müssen. Unabhängig davon muss sich jeder Mensch mit Zwecksetzungen und moralischen Entscheidungen auseinandersetzen. Dies ist kein ontologischer „Dualismus“, sondern ein methodischer Perspektivismus unter erkenntniskritischer Hintansetzung letzter, unlösbarer Fragen. Kant trennt nicht Welten, sondern Perspektiven. Dies ist nicht das Ergebnis verkürzten Nachdenkens, wie Hegel einwandte, sondern gerade die *unverkürzte* Beschreibung der menschlichen Grundsituation (4.2.1). Karl Vorländer erkannte den Gewinn dieser sauberen methodischen Grenzziehung:

Kants Ethik „schließt eine streng kausale Geschichtsauffassung [...] nicht aus. Im Gegenteil: gerade weil Kant Ideal und Wirklichkeit methodisch auseinanderhält, konnte er mit einer idealistisch gerichteten reinen Ethik eine wesentlich realistische Geschichts- und Sozialphilosophie verbinden“ (Vorländer 1926, 16; siehe auch in Holzey 1994, 86; vgl. Fetscher 1973, 244 ff.).

Bevor eine Ethik in irgendetwas eingebracht wird, muss klar sein, in was genau. Die Ethik kann die Bedingungen ihrer Anwendung nicht selbst erzeugen. Jedes ethische Urteil bedarf einer vorgängigen *materialen* Bestimmung des Gegenstandes. Kant kann daher nicht gegen Marx ausgespielt werden – sie argumentieren auf unterschiedlichen Ebenen. So konnte etwa Cohen problemlos Kant als den „wahren und wirklichen Urheber des deutschen Sozialismus“ bezeichnen<sup>55</sup> und zugleich bekennen: „in der Soc. Dem. gehe ich nach wie vor lieber mit den Alten als mit den Revisionisten aller Nüancen“ (brieflich 1905, nach Holzey 1994, 12). Die Kantische Philosophie besagt systematisch wenig über die Berechtigung der Marx'schen Theorien aus. Diese müssen für sich selber sprechen. Bisher konnte einzig die kurze Blüte des Austromarxismus diese Konstellation fruchtbar machen (etwa Adler 1928).<sup>56</sup> Hier lag eine Interessenkonvergenz sonst eigenständiger Gruppierungen vor. Unterschiedliche Hintergründe hätten zu politischen Koalitionen führen können, ohne hier einen Konflikt heraufzubeschwören.

Was sprach für die deutsche Sozialdemokratie *gegen* eine solche Ethik? Möglicherweise waren es „Nachwirkungen der Theorie Lassalles von der ‚einen reaktionären Masse‘“,<sup>57</sup> die in Deutschland eine sozialdemokratische „Ablehnung von konkreten Kompromissen mit bürgerlichen Parteien“ motivierten. Später – etwa 1914 und 1959 – konnte eine Kooperation so nur als Bruch mit den früheren Prinzipien konzipiert werden (die jedoch nicht von Marx kamen). Der theoretische Konflikt von Ethik und Ökonomie entsteht erst, wenn die Perspektiven einander theoretisch zu nahe gebracht werden. Erst Bernstein, der weder Ökonom noch Philosoph war, glaubte, den Marxismus mit Kant widerlegen zu kön-

55 H. Cohen 1896, 112; auch in Sandkühler 1974, 70, cf. in Holzey 1994, 26, 147 f.

56 Dazu Sandkühler 1970, Bottomore 1978, Leser 1985, Pfabigam 1982, Mozetic 1987.

57 Abendroth 1964, 36; cf. MEW 38, 179.

nen („Kant wider Cant“, 1899, 199/233). Für Bernstein war die Kantsche Ethik ein *Ersatz* für die scheinbar falsifizierte wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.<sup>58</sup> Dieser Angriff auf die theoretische Substanz des Sozialismus bewirkte bei jenem eine unglückliche Abwehrstellung gegenüber Bernsteins politischen Ansichten, die doch nur die des Liberalismus und der Demokratie waren.

Trotzig wurde gerade das gegen Bernstein verteidigt, was dieser zurecht angegriffenen hatte: die naturalisierten, evolutionären Konzepte des Erfurter Programms. Die späteren Kontrahenten Kautsky und Luxemburg waren sich in einem Punkt einig: wenn der Kapitalismus nicht mit „Naturnotwendigkeit“ seinem Ende zusteuere, dann sei das sozialistische Projekt gefährdet – *also* steuere er auf dieses Ende zu. Mit der Entwicklung dieser fundamentalistischen „Parteiwissenschaft“ entstand die Orthodoxie.<sup>59</sup>

### 2.1.4 Die Orthodoxie

„Die Darwinsche Theorie führt zum Sozialismus.“ (R. Virchow 1877)

In heutigen Parteiendemokratien brauchen politische Parteien wenig Theorie. Sie haben konkrete Beschlüsse zu fassen, die in keiner vorgefertigten Theorie voraussehen sind. Sie benötigen eher Sachwissen für spezielle Politikfelder und praktisches Können in der Handhabung der politischen Spielregeln.<sup>60</sup> Theorie dient in der Parteiprogrammatik und Propaganda dem Ziel der Werbung von Mitgliedern oder Wählerstimmen; sie sollte daher möglichst einfach, einleuchtend und schlagkräftig sein. Bei der Sozialdemokratie der 1890er Jahre war dies aus mehreren Gründen anders. Die Wissenschaft hatte in der Parteigeschichte eine große Rolle gespielt, daher hatte man weiterhin den Anspruch, sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu berufen.<sup>61</sup> Daneben war nach den Jahren der Illegalität eine Selbstverständigung über die eigenen Ziele vonnöten.

---

58 So resumieren Alfred Schmidt und Iring Fetscher (in Holzey 1994, 39, 124).

59 Das von Bernstein als Strohhalm erfundene „Zusammenbruchsgesetz“ und seine Negation gingen in verschiedene politische Strategien ein (Kautsky 1899, Groh 1973, Kurz 1991; cf. 2.1.5). „Nimmt man [...] mit Bernstein an, die kapitalistische Entwicklung gehe nicht in die Richtung zum eignen Untergang, dann hört der Sozialismus auf, objektiv notwendig zu sein [...] ohne bestimmtes Endziel [...] kann der proletarische Klassenkampf nicht geführt werden“ (Luxemburg 1899, 88). Wie die DDR-Philosophie war noch Sandkühler in dieser naturalistischen Apologie befangen – man warf dem ethischen Sozialismus „Klassenverrat“ vor (1974, V und XXIII, zur DDR-Philosophie Wrona 1979, Sass 1980, Kapferer 1990, Wilharm 1990, Eichler 1996 und Rauh 2001). „Dass wir uns aber unaufhaltsam dem Anfang vom Ende, der Periode der kapitalistischen Schlusskrisen, nähern, das folgt aus ebendenselben Erscheinungen, die vorläufig das Ausbleiben der Krisen bedingen“ (Luxemburg 1899, 26). Dieser Glaube nährte sich bei Luxemburg aus einer Unterkonsumtionstheorie (2.1.5).

60 Nach ihren schnell veralteten konstituierenden Programmen (Uertz 1981) besaß die CDU jahrzehntelang kein Programm. Erst als Oppositionspartei berief sie wieder eine Programmkommissionen ein.

61 Man kann diesen Szientismus dem damaligen Zeitgeist zuschreiben. Doch vielleicht

Zuletzt war die Voraussetzung der heutigen Theorieunbedürftigkeit keineswegs gegeben: Das Umfeld, in dem die Sozialdemokratie agierte, war keine Parteiendemokratie, sondern eine Monarchie mit konstitutionellem Anstrich. Es musste grundlegend geklärt werden, inwieweit man diese Staatsform mitzutragen bereit war. Bereits Thomas Morus formulierte das Dilemma, zwischen korrumpierender Mitarbeit am Schlechten im Interesse kleiner Verbesserungen und der konsequenteren, doch offensichtlich ineffektiven Totalablehnung zu stehen.<sup>62</sup> Als Partei hatte sich die Sozialdemokratie *nolens volens* auf legitimen Boden gestellt, was rückwirkend diesen „Boden“ selbst erst legitimierte. Dennoch war sie verboten worden und hatte gerade wegen dieses Verbotes an Popularität gewonnen, da dies ihre Entschlossenheit im Bemühen um eine alternative Gesellschaftsordnung nur unterstrich. Die indifferente Lage nach dem Verbot, als sie als Großpartei in die Legitimität entlassen wurde, ließ diese heikle Frage aufbrechen.

Das Erfurter Programm versuchte, Politik und Wirtschaft auseinander zu dividieren.<sup>63</sup> Die Partei stellte sich für die Zeit bis zum erwarteten Machterhalt auf legalen Boden, um nach dem erhofften Wahlsieg selbst bestimmen zu können, was recht und unrecht sei. Sie würde sich keines Rechtsbruches schuldig machen und dennoch „soziale Revolutionen“ durchführen können (Kautsky 1907).<sup>64</sup> Diese Taktik setzte allerdings voraus, dass ein solcher Wahlsieg prinzipiell möglich wäre, dass er irgendwann wirklich errungen wird, und dass so etwas mit der Machtbasis einer Parlamentsmehrheit durchgeführt werden könnte. Das Erfurter Programm versuchte diese Voraussetzungen wissenschaftlich zu begründen durch den entsprechenden Nachweis, dass das Proletariat beständig wachse, da die Zwischenschichten zunehmend wegbrächen; dass der Kapitalismus bald in Krisen gerate, die das Proletariat radikalieren würden; und durch vorgesehene Verfassungsänderungen („Direkte Gesetzgebung durch das Volk“). Genau diese Voraussetzungen wurden jetzt aus den eigenen Reihen bestritten: der Revisionsismus bestritt die ersten beiden Punkte, die Parteilinke den letzten. Die Linke beharrte darauf, dass unter den allgemeinen Bedingungen des Kapitalismus jeder Staat ein „Klassenstaat“ sei, der derlei nicht zulassen könne, zumal unter den besonderen Bedingungen des Kaiserreiches das Parlament gar keine entsprechenden Befugnisse habe, weder für politische Maßnahmen wie die geplante Vergemeinschaftung, noch für entsprechende Verfassungsänderungen, die solche Maßnahmen allererst ermöglicht hätten.<sup>65</sup>

---

waren sozialistische Bewegungen eher Verursacher als Opfer dessen. Bürgerliche Interessen wurden in einer *Gegenbewegung* naturwissenschaftlich artikuliert, so in Haeckels Monistenbund (F. Hartmann 1993) oder im Eucken-Bund (1925; cf. 2.4.5).

62 Morus 1516 wählte einen „dritten Weg“ (Giddens 1998) und imaginierte eine Insel, wo er alles von Grund auf neu entwarf. Kautsky (1888, 1895) war davon fasziniert.

63 „Die Arbeiterklasse [...] kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“ (nach Abendroth 1964, 96).

64 Trotz ihrer anderen Ziele bediente sich die NSDAP bis 1933 einer ähnlichen Taktik.

65 Luxemburg 1899, 74 ff.; Engels, MEW 22, 234; vgl. Abendroth 1969, 42 ff.; Frey-

Der programmatische Sprecher der Partei, Karl Kautsky, musste darauf reagieren. Die Theorie wurde so zum innerparteilichen Politikum. Kautskys Kommentar zum Erfurter Programm hatte die Notwendigkeit eines „Katechismus der Sozialdemokratie“ als „Leitfaden für den Agitator“ betont (Kautsky 1892, 6). Er sah die größte Gefahr darin, dass die Geschlossenheit der marxistischen Weltanschauung Schaden nahm. Entsprechend war nun sein Haupteinwand gegen Bernstein, „dass die Frage des Endziels unserer Politik [...] aufs Engste verknüpft ist mit der Frage der Organisation und Propaganda“ (Kautsky 1899, 184). Bernstein gefährdete sie: Er hatte nach Kautsky die Funktion der Theorie nicht verstanden, welche nötig war, um das Proletariat hinter sich zu bringen, und dafür möglichst geschlossen sein musste. Eine klassische Analyse hat den „Kautskyanismus“ daher eine „Integrationsideologie“ genannt.<sup>66</sup> Kautsky verteidigt die „Wahrheiten“ des Erfurter Programms aus politisch verständlichen Motiven. Für eine Theorie aber reicht es nicht aus, „nur die Resultate der Forschung ohne Begründung und Auseinandersetzung zu bringen“ (Kautsky 1892, 7).<sup>67</sup> Bernstein hatte ja einige Schwachpunkte getroffen, vor allem aber vom empirizistischen Kurzschluss des Erfurter Programms profitiert, welches so leicht zu widerlegen war. Genau diesen wiederholt Kautsky nun noch einmal. Er korrigiert Bernstein in ökonomischen Einzelheiten, bleibt jedoch bei der unmittelbaren Erwartung von Krisen (Laclau 1985, 51). Zwar reichten diese nicht aus, um in den durch die Großbetriebe ermöglichten Sozialismus sanft hinüberzugleiten, denn der „subjektive Faktor“ des proletarischen Kampfes müsse hinzukommen. Doch auch der Kampfeswille des anwachsenden Proletariats entstehe mit „Naturnotwendigkeit“.<sup>68</sup> So hängt alles an dieser Prognose.

Es gelingt Kautsky noch einmal, Bernsteins Einwände relativierend in das Weltbild der Partei einzugliedern: In Zeiten der Prosperität sei die von Bernstein vorgeschlagene Taktik plausibel, nicht aber in Zeiten der Krise (Kautsky 1899, 163). Doch das grundsätzliche Problem, das die deutsche Sozialdemokratie mit der Theorie zu haben begann, und das den Revisionismus erst provoziert hatte, blieb bestehen: Theorie war zu einem Kernbestand sozialdemokratischen Selbst-

---

berg 1975, 30 ff.; Grebing 1970, 108 ff.; Hofmann 1979, 176 ff.; Kolakowski 1981 II, 92 ff. und Vranicki 1983, 294, 326; cf. 2.2.3, Fn. 34.

66 Matthias 1957. Gramsci schwebte etwas ähnliches vor, anders als Kautsky wird ihm dies heute als Vorteil angerechnet (Laclau 1985, 60; Anderson 1979; 2.5.4).

67 „Wer unser Ziel für irrig erklären will, der muss nachweisen, dass unsere Lehre von der ökonomischen Entwicklung eine falsche ist“ (135). So geschah es.

68 Kolakowski 1981 II, 54 f. pointiert Kautskys Absetzung von den Neukantianern: „Die Kantianer sagten: Marx bewies, dass der Sozialismus eine ‚objektive‘ Notwendigkeit ist; wir müssen diese Erkenntnis durch eine Norm ergänzen, die den Sozialismus als Wert festlegt. Kautsky sagte: Marx bewies, dass der Sozialismus eine objektive Notwendigkeit ist, und eines der Elemente, die zu diesem notwendigen Prozess gehören, ist die Erkenntnis des Proletariats von dieser Notwendigkeit und deren Billigung, die beide gleichermaßen unvermeidlich sind; mehr ist nicht nötig“. Die Praxis fällt in beiden Versionen aus der Betrachtung heraus.

verständnis geworden, ohne dass man dem Anspruch auf eine theoriegeleitete Praxis noch gerecht werden konnte. Kautsky anerkannte es und schob es auf den Mangel an fähigen Theoretikern (10, 33). Indem Kautsky die Marx'sche Theorie zu einer Weltanschauung umfunktionierte, trug er allerdings selbst dazu bei.

Marx' ökonomische Theorie wollte die Praxis der Arbeiterbewegung nicht *stiften*, sie konnte nicht begründen, warum es eine Sozialdemokratische Partei geben muss, sondern sie wollte der bestehenden Bewegung Anleitungen geben, wie sie ihren Kampf am effektivsten führen könnte (Rosenberg 1937, Fleischer 1970). Seine ökonomische Theorie hat nur vermittelt mit der Politik zu tun, keineswegs muss sie *geglaubt* werden, um sozialistische Politik machen zu können. Doch für genau diesen Zweck nutzte sie Kautsky. Da sie dies nicht hergab, musste er sie „cum grano salis“ (51) nehmen. Mit Kautsky setzt der oft beobachtete Charakter einer „Großkirche“ des Marxismus ein. In der Orthodoxie ist der Bezug auf einen Text identitätsstiftend, der nach dem Wortlaut des Buchstabens gemessen wird – ganz wie in der „Scholastik“ (11, 33). Wichtig ist nicht, ob Marx' Analysen verstanden werden, sondern ob man sich *selbst* als Marxist versteht. Dabei lassen Marx' Werke durchaus unterschiedliche Anwendungen zu – gerade dann, wenn ihr abstrakter Charakter berücksichtigt wird. Die Applikation eines Satzes kann nicht vorherbestimmt werden, sie ist niemals eindeutig.<sup>69</sup>

Eine Partei kann sich jedoch oft keinen Pluralismus leisten, besonders, wenn sie durch äußeren, vielleicht sogar militärischen Druck im Interesse ihres Überlebens einheitlich zu handeln gezwungen ist. Lenin war darin der rechtmäßige Erbe Kautskys, dass er diese Not zur Tugend machte. Er übersetzte mehrere Werke Kautskys. Als er ihn später heftig angriff (Lenin 1918), drehte es sich um die Deutungshoheit in einer konkreten Situation, nicht um das *Prinzip* der Marxdeutung.<sup>70</sup> Das Prinzip blieb gleich: auch im Leninismus mussten die Marx'sche Theorie und die politische Praxis dogmatisch „versöhnt“ werden, besonders, als die revolutionären Wogen abflauten. Dies geschah, wie in jeder Orthodoxie, theoretisch. Die Theorie selbst sollte etwaige Widersprüche zwischen ihr und der praktischen Wirklichkeit glätten. Sie versuchte dies in der „wissenschaftlichen“ Prognose des Geschichtsverlaufs, welcher dem Marxismus letztendlich recht geben würde. So entstand die marxistische Geschichtsphilosophie: Kautsky deutete den Marxismus als „materialistische Geschichtsauffassung“ (1895, 1927).

69 Die ökonomischen Gesetze stecken nur den Rahmen für das historische Geschehen ab – zwischen dem *18. Brummaire* (MEW 8) und dem *Kapital* (MEW 23) besteht damit kein Widerspruch. Marx' historische Analysen treffen besondere Verhältnisse und können daher schlecht als Gesetze für andere Phänomene dienen, wie es Lenin 1917 mit der „Kommune“, Thalheimer 1930 mit dem „Bonapartismus“ versuchte (sowie Lohmann 1980, 261 mit Schelling).

70 Die Revolution rückte bei Kautsky gerade dadurch aus dem Bewusstsein, dass sie zum Bekenntnis geworden war: „Die Sozialdemokraten sind eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei“ (nach Laclau 1985, 59; s.u., Fn. 14). Vor allem dagegen wandte sich Lenin der Politiker, indem er das Selbsthandeln betonte (2.2.1).

Materialistisch waren Marx' historische Untersuchungen insofern, als er bei seinen Analysen den Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse mitberücksichtigte (G. Cohen 1978). Sie lieferten aber keineswegs eine Geschichtsphilosophie, die fern von einer konkreten Analyse etwas über den Verlauf künftiger Geschichte voraussagen wollte.<sup>71</sup> Marx wandte sich klar gegen den „Universalschlüssel einer geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein“ (MEW 19, 112; MEW 13, 616). Zwar hatte der junge Marx spekulative Einsprengsel in seiner Geschichtsbetrachtung nicht unterdrücken können (MEW 1, 370, 391; MEW 40, 536 f.). Doch gerade die Einsicht in das Ungenügen solcher Konstruktionen hatte ihn zur Kritik der Hegelschen Philosophie und der politischen Ökonomie getrieben. Marxens frühe Schriften teilen mit den Kampfschriften von Kautsky den Charakter politischer Propaganda. Überzeichnungen der Rolle der hierin zum Handeln Ermunterten liegen zum guten Teil darin begründet.<sup>72</sup> Allerdings ging es bei Marx um die *Auf-forderung* zum koordinierten Handeln dadurch, dass er eine historische Möglichkeit freilegte, bei Kautsky um die *Verhinderung* eines überstürzten Handelns durch die Behauptung einer ohnehin sich einstellenden Notwendigkeit.

Damit musste sich der Charakter der Theorie ändern: Ist sie bei Marx bewusst zur Praxis hin offen, so deckt sie nach Kautsky Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ab und ist so in sich abgeschlossen. Wenn Marx auf ein kritisches Denken inmitten politischer Prozesse abzielte, welches diese analysierte und *korrigierte* (MEW 2, 37; MEW 3, 35), so Kautsky auf eine „Weltanschauung“, welche die ihren Mitgliedern problematisch gewordene Praxis der Sozialdemokratie *legitimierte*: der Kapitalismus gehe mit Naturnotwendigkeit seinem Untergang, der Sozialismus seinem Sieg entgegen. Doch diese Geschichtsphilosophie war selbst ungeschichtlich. Weil über das Eintreten des Endziels so große Sicherheit bestand, konnte auf die genauere Analyse der Verhältnisse und eine Justierung der politischen Strategie verzichtet werden.<sup>73</sup> Ökonomie wurde zum Ökonomismus, einer geschichtsphilosophischen Dogmatisierung heuristischer Prinzipien. An die Stelle der Analyse der Gesellschaft und ihrer kontingenten Geschichte

71 Die später dogmatisierten Sätzen aus dem „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1857 (MEW 13, 615-642) sind heuristisch-methodische Anleitungen, niedergeschrieben „zu eigener Selbstverständigung, nicht für den Druck“ (MEW 13, 7), kein geschichtsphilosophischer „historischer Materialismus“ (2.6.6, Exkurs).

72 Fleischer 1993 sieht hierin „politische Rhetorik“. Ein rechtes Marxverständnis bedarf einer Hermeneutik der Textsorten (Fn. 69; 2.2.3, Fn. 37; 2.4.6, Fn. 109; 2.6.6, Fn. 180). Die präsentische Form in Ausblicken zur politischen Zukunft („Die Expropriateure werden expropriert“, MEW 23, 791) gleicht einer Regieanweisung. Wird sie eindimensional als Prognose gewertet, sieht es aus, als handle es sich um einen vorherbestimmten Prozess, von dem nur Ausgewählte ein Wissen haben. Auf ein solches berief sich auch Lenin – bis 1914 ein Bewunderer Kautskys –, ohne es noch zu begründen („Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“, Lenin Werke 19, 3).

73 Vgl. Groh 1973, Fetscher 1973, 680 ff.; cf. 99 ff. Kritische Theorie bejaht die Geschichtsphilosophie bis heute (Horkheimer 1930, Negt 1972, Behrens 1997; 2.6.3).

tritt bei Kautsky die Natur. Er leitet die Ethik (Kautsky 1906) und noch die Demokratie aus sozialen „Trieben“ ab. Kautsky war Darwinist, bevor er Marxist wurde, und ist es geblieben.<sup>74</sup>

Kein Geringerer als Engels hatte dem Vorschub geleistet (Coletti 1971, 25). Schon er sah die „materialistische Geschichtsauffassung“ (MEW 19, 209; cf. MEW 22, 287 ff.) als ideologische Stütze an, und berief sich dafür auf eine „Naturdialektik“ (MEW 20). Seine populären Breviers zeichneten den Weg vor, den der „Sprung der Menschheit in das Reich der Freiheit“ zu nehmen habe (MEW 19, 226). Zunächst verkündet er: Die „Zwangsgesetze der Konkurrenz [...] setzen sich [...] durch [...] als blindwirkende Naturgesetze“ (215). Dies formulierte er noch in Einvernehmen mit Marx, die „Anarchie der Produktion“ (216) ist damit nicht geleugnet. Hier geht es um ökonomische, nicht um historische Gesetze. Sie determinieren nicht den Geschichtsverlauf, sondern beschreiben den Spielraum, den die Politik hat: Die Gesetze „setzen sich durch, trotz der Anarchie, in ihr, durch sie“ (215). Der Satz: „Es ist der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein, aus der Natur mit potenziertem Wut übertragen in die Gesellschaft“ (216), beschreibt nur die kapitalistische Grundsituation.<sup>75</sup> Engels Aufhebung der Herrschaft der Natur geschieht jedoch mittels fatalistisch-spinozistischer „Einsicht in die Notwendigkeit“: wie die Naturwissenschaft die destruktiven Naturkräfte in einen Segen verwandelt habe, so müsse der wissenschaftliche Sozialismus nur die ohnehin bestehenden Sachverhalte und Entwicklungen erkennen. Geschichte wird zum Bestandteil der Naturgeschichte, deren Verlauf vorherbestimmt ist.<sup>76</sup>

Engels sah den Verlauf im beständigen Wachstum des Proletariats (223) und im politischen und intellektuellen „Bankrott der Bourgeoisie“ (225) *vorgezeichnet*. Was sollte nun die „Dialektik“ in dieser geschichtsphilosophischen Prophetie leisten? Kautsky meinte: „Die Methode ist das Entscheidende am marxistischen Sozialismus, nicht die Resultate“ (1899, 17). Dies sah noch Lukács als Kennzeichen des „orthodoxen Marxismus“ an (1923, 13 ff.), auch wenn er zugleich „zu-

74 Kautsky 1880, 1895, 1921, 21 ff.; Häupel 1993, 60. Löwits Ersetzung der Geschichte durch Natur (1951) übersah, dass schon Darwin, der Marxismus und die Völkischen die Geschichte in die Natur verlegt hatten (2.6.6, Fn. 191).

75 Darwin konnte das „survival of the fittest“ schon bei Adam Smith finden: „It was in the discussion of such social formations as language and morals, law and money, that in the eighteenth century the twin conceptions of evolution and the spontaneous formation of an order were a last clearly formulated, and provided the intellectual tools which Darwin and his contemporaries were able to apply to biological evolution“ (Hayek 1973, 23).

76 „Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsere Zwecke zu erreichen“ (Engels, MEW 19, 222). Doch wenn Marx sagte: „Die Geschichte ist die wahre Naturgeschichte des Menschen“ (MEW 40, 579), meinte er damit vielmehr, dass die Natur über den vergesellschafteten Menschen nur wenig verrät (Callinicos 1995, 95 ff.).

rück zu Marx“ wollte und Engels ausgrenzte (145). Bei Marx belief sich die Rolle der Dialektik auf die Nutzung eines gängigen Schemas, mit dem sich der Umstand beschreiben ließ, dass zwei einander entgegengesetzte Phänomene sich auf dieselbe Ursache zurückführen lassen.<sup>77</sup> Engels hingegen meinte, mit Hilfe ihrer auch in der Geschichte „Gesetze“ auffinden zu können. Anders als Marx, dessen Verständnis von Dialektik sich auf die scharfe Darstellung sozialer Phänomene beschränkte, deutete Engels sie gegen Ende seines Lebens als Lehre von den Prozessen in der Natur, von denen die der Geschichte nur einen Teil darstellten: „Die Natur ist die Probe der Dialektik“, in ihr gehe es „dialektisch und nicht metaphysisch“ zu (MEW 19, 205). Kautsky beruft sich also zurecht auf Engels, wenn er die Dialektik mit den Worten definiert: „Die Triebkraft aller Entwicklung aber ist der Kampf der Gegensätze“ (Kautsky 1899, 23).<sup>78</sup> Unübersehbar ist bei Kautsky wie bei Lukács allerdings die Unsicherheit darüber, worin genau diese Methode bestehen soll. Die Formeln der „Totalitätsbetrachtung“ und der „Beziehung zum Ganzen“ (1923, 25 f.) bleiben solange Phrasen, wie sie nicht in konkreten Analysen eingelöst werden (2.5.4).

Der Streit zwischen Kautsky und Bernstein drehte sich um die Deutungshoheit von Engels. Trotz aller Naturalisierungen aber sah noch der späte Engels die Revolution als unvermeidlich an („das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt“, MEW 19, 228), da der vorliegende Staat „der offizielle Repräsentant [...] der Bourgeoisie“ (223) sei. So konnte der Diadochenstreit erst nach dessen Tod im Jahre 1895 ausbrechen. Die weitere Geschichte der SPD spielte sich dann weitgehend unabhängig von der Marx'schen Theorie ab. Zwar nahm man noch Bezug auf Marx, aber meist nur, um eigene Gedanken und Strategien darzustellen. Die Argumente folgten meist den Weichenstellungen von Bernstein und Kautsky. Kurt Schumacher (1920) etwa rehabilitierte den Staat theoretisch, wie ihn Ebert praktisch vereinnahmt hatte, oder sich von ihm hatte vereinnahmen lassen. Einige Parteiprogramme wie das von 1925 nahmen noch im Geist von Erfurt Bezug auf Marx, und unterstützten weiter den gewerkschaftlichen Kampf (Abendroth 1964). Doch durch die Spaltung der Arbeiterbewegung seit 1914 und die feindliche Politik der Kommunisten waren anfängliche Bestrebungen, auf deutschem Boden eine „Wirtschaftsdemokratie“ zu errichten (Naphtali 1928), schnell erlahmt. Erneut war man zur Bündnispolitik mit liberalen und nationalen Kräften gezwungen. Auch wenn das institutionelle Design der Weimarer Republik größere politische Gestaltungsspielräume ließ, so hatte die Sozialdemokratie hier weder eine Mehrheit, noch je ein entschiedenes Konzept. Nach der Katastrophe des Dritten Reiches nahm sie bald revisionistische Programme an. Verlassen wir da-

77 Sie ist Darstellungsmethode, nicht Gesetz des Denkens oder gar des Seins (MEW 23, 27; Steinvorth 1977, Hunt 1993). Das Erbe Kautskys trat Lenin an, indem er in der Erkenntnistheorie am Naturalismus orientierte (1908), seine Politik allerdings an Hegels Dialektik (1914).

78 Engels (MEW 21, 286) zitierend sagt auch Kautsky, „dass die Welt nicht als ein Komplex von fertigen Dingen zu fassen ist, sondern als ein Komplex von Prozessen“.

her die Theoriegeschichte der Sozialdemokratie und fassen ihre Ergebnisse zusammen. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden noch verschiedene funktionale Auswirkungen dieser Weichenstellung begegnen.

Die verschiedenen Positionen im Marxismus der zweiten Internationale haben ihre Wurzel in einem eindimensionalen Verständnis von Wissenschaft. Verschiedene Weisen zu Wissen werden auf einen Faden aufgefädelt und nur zeitlich gestaffelt nach „Voraussetzung“, „Bewegung“ und „Endziel“. Das naturalistische Erfurter Programm wusste weder die verschiedenen Elemente der Marx'schen Theorie zu ordnen, noch die außerwissenschaftliche politische Praxis an ihr zu orientieren. Bernstein meinte Marx daher *ablehnen* zu müssen, Kautsky glaubte ihn mit den Fakten *versöhnen* zu können, und Lenin fühlte sich als *Vollstrecker* der Marx'schen Theorien. Letztere teilten die Auffassung, dass man es mit einem „Wissen“ zu tun habe, das den Verlauf der Geschichte vorhersage, und welches ein Mittel zum politischen Erfolg sei. Auch die Strategien, diesen Objektivismus mit Kant als Komplement zu ergänzen, wie es die Neukantianer taten, oder mit Hegel als „Gegengift“ aufzubrechen, wie es kommunistische Dissidenten und unorthodoxe Westmarxisten dann versuchten (2.5.4, 2.5.7), verewigten das Missverständnis des „wissenschaftlichen Sozialismus“ als eines geschlossenen Systems von Aussagen, wie es durch den späten Engels und Kautsky aufgekommen war. Als Marx diese Dogmatisierung bemerkte, sagte er, er sei kein Marxist.<sup>79</sup>

Die entökonomisierte Dogmatisierung des Marxismus stellte allerdings theoretisch zentrale Weichen. Bernstein etwa wurde der Gründervater der Nachkriegssozialdemokratie (Fn. 44). Er, nicht Lukács oder Lenin (Milner 1999, 31), war der Vater des westlichen Marxismus, dessen Anflüge zu Verbalradikalismus meist auf *philosophischen* Überlegungen beruhten. Aus Marx' kritischer Theorie (Bolte 1995) wurde ein moralisches Bekenntnis, dass sich nun „normative Fundamente“ suchen musste. Die diskursive Verschmelzung von Marxismus und Dialektik hingegen geht auf die Orthodoxie zurück (Kautsky 1899a, Rees 1998). Besonders wo materiale Analysen unterblieben, verkam Dialektik in Ost und West zum Fetisch (2.5.7). Sie wurde mangels adäquaterer Konzepte der eigenen theoretischen Grundlagen zur Ausflucht.<sup>80</sup> Zudem wurde Marx' Ökonomie sinnwidrig als Geschichtsphilosophie gedeutet (2.6.6) – meist als eine technizistische (2.5.4). Diese Naturalisierung hinterließ einen Glauben an die moralische „Evolution“ der Gesellschaft und ein unproblematisches Fungieren der parlamentarischen Demokratie (3.1.5). Sie provozierte eine Korrektur in Richtung „Ethik“. Das Denken verlor sich so zwischen totaler Determination und totaler Freiheit.<sup>81</sup>

79 Engels kolportierte den Ausspruch: „je ne suis pas marxiste“ (MEW 22, 69).

80 Eine Rezeption von Marx ist indes unabhängig von Fragen der Dialektik möglich, die eher Ablenkungsmanöver waren (Anderson 1978, cf. 2.3.5, 2.5.7, 2.6.3). „Aber eine solche Wortverdrehung ist eine bloß sophistische Ausflucht, um einer beschwerlichen Frage auszuweichen“ (Kant, KrV, A 257).

81 „Critique of reductionism has apparently resulted in the notion of society as a totally open discursive field“ (Stuart Hall, in: Milner 1999, 53; siehe 4.3.2).

## 2.1.5 Systematische Kernpunkte I: Die Reproduktionsschemen

Die Betrachtung der Entwicklung nachMarx'schen Denkens in der deutschen Sozialdemokratie ist hier beendet. Der Vorbegriff der Marx'schen Theorie (1.3) ließ sich ex negativo an einer zentralen Weichenstellung konkretisieren, nämlich an der der Marx'schen Theorie zuwiderlaufenden Aufspaltung in eine reduktiv naturalistische Lesart bei Kautsky und ihres überfliegend normativen Komplementes bei Bernstein. Die theoretischen Vergegenwärtigungen am Ende der Kapitel sollen systematische Punkte aus dem Marx'schen Opus vertiefen, die für die Thematik der jeweiligen Unterkapitel von Belang ist, deren Entwicklung aber aus dem ideengeschichtlichen Rahmen fällt und daher separat zu betrachten ist. Dies dient einem doppelten Zweck: zentrale Teile des Marx'schen Werkes werden so auf neue Weise entwickelt, nämlich orientiert am Kontext ihrer theoretischen Wirkungsgeschichte. Zudem werden die benannten Abweichungen des theoretischen Marxismus von der Marx'schen Theorie noch einmal systematisch – und das meint im Falle von Marx unweigerlich *ökonomisch* – sichtbar.

Wie ist der Gewinn des genuin Marx'schen Denkens systematisch einzuordnen? Im Kontext der neuzeitlichen Philosophie, die sich bis dato in den beiden cartesianischen Regionen von Natur und Geist bewegte, ist der neue Aspekt des Marx'schen Denkens die sachliche und kategoriale Durchdringung des Gegenstandsbereiches der bürgerlichen Gesellschaft (cf. Haltern 1985).<sup>82</sup> Sie ist für Marx „der wahre Herd und Schauplatz aller Geschichte“ (MEW 3, 36).<sup>83</sup>

82 Bis in die philosophische Anthropologie im 20. Jahrhundert schwankten die Bestimmungen des Menschen zwischen Tier und Gott. Die moderne Gesellschaft wurde übersprungen: noch Plessner 1928 sucht einen „Begriff“ des Menschen, der Natur und Geist vereint, erwähnt aber die Gesellschaft nicht. Marx, den er oft nennt (5, 10, 17 etc.), wird naturalistisch gelesen (zu Plessners Idealismus Petrowicz 1992, 49 ff.). Schon Aristoteles hatte die Gesellschaftlichkeit des Menschen reflektiert (MEW 13, 616), doch haben sich die Strukturen der Polis seit der Antike grundlegend geändert.

83 „Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, dass Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen ‚bürgerliche Gesellschaft‘ zusammenfasst, dass aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei“ (MEW 13, 8). Von einem „neuen Objekt“ bei Marx sprechen Althusser 1965, 195 ff.; 1974, 47 ff. und Brentel 1989. In den „drei Quellen des Marxismus“ (Lenin 1913) deutete sich dieser neue Gegenstand bereits an: Der französische Sozialismus untersuchte die Gesellschaft vorrangig unter politischem, die englische Political Economy unter ökonomischen, und die deutsche Philosophie unter prinzipiellen Gesichtspunkten. Kants Autonomie verallgemeinerte das durch Rousseau bekannt gewordene „Prinzip“ der bürgerlichen Gesellschaft: die Selbstgesetzgebung, Hegel unterfütterte es institutionell. In der Schwerpunktverlagerung gegenüber vorbürgerlicher Philosophie ist die Differenz zwischen Kant und Hegel durch die Bestimmung der Grenzbereiche „Natur und Geist“ bestimmt: Kant zieht eine Grenze, während Hegel sie für „identisch“ erklärt (2.5.2, 3.4.2, 4.2.2). Über den neuen Gegenstand ist damit wenig gewonnen. Polanyi 1944 zeigt den Naturalismus

Vielleicht weil die deutsche Gesellschaft gegenüber den westlichen Demokratien politisch „verspätet“ war (Plessner 1935), war dieser neue Gegenstand für das deutsche Denken nicht leicht zu erfassen. Es rieb ihn oft zwischen *Natur und Geist* auf. Jede Abweichung vom *Geistmodell* droht bis heute, bevor es überhaupt zur Kenntnis genommen wird, von Anhängern dieses Paradigmas vor-schnell als „Naturalismus“ oder „Objektivismus“ gebrandmarkt zu werden, während die Gegenseite Abweichungen vom Naturparadigma reflexhaft als Moralismus oder Utopismus kennzeichnet und damit für erledigt hält. Der Gegenstand „bürgerliche Gesellschaft“ mit dem Zentrum „Kapitalismus“ fällt durch dieses binäre Raster allerdings hindurch. Die Marxphobie droht so zu einem theoretischen Gegenstandsverlust zu führen (siehe dazu 2.4.1).

Marx nutzte zur Kennzeichnung seines neuen Gegenstandes zwar Ausdrücke, die dem alten Dualismus entstammen – dieser wird durch den neuen Gegenstandsbereich ja keineswegs „aufgehoben“.<sup>84</sup> Doch hat seine Rede von einem ‚Geist‘ oder einer ‚Natur der Sache‘ eher anzeigende Funktion, da das Thema gerade *nicht* „die Natur“ oder „der Geist“ selbst ist.<sup>85</sup> Verfehlte Naturalisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse wehrt er ebenso ab wie die umgekehrte Auflösung der politischen Ökonomie in eine bloße Kritik der Kategorien.<sup>86</sup> Marx meint in

---

der klassischen Ökonomie: „Als die Gesetze, die die Marktwirtschaft beherrschen, langsam erkannt wurden, führte man sie direkt auf Gesetze der Natur zurück. Das Gesetz der abnehmenden Erträge war ein Gesetz der Pflanzenphysiologie“ (175). Marx kritisierte dies, ohne erneut zu vergeistigen.

- 84 Natur und Geist sind zu unterscheidende Regionen, daran ändert keine Erkenntnistheorie oder Dialektik etwas. Selbstverständlich gibt es eine Perspektive, unter der sie als „Eins“ erscheinen: die spekulative oder mystisch-theologische. Sie ist an Abstraktionsleistung kaum mehr zu überbieten (vgl. die Artikel „Einheit“ und „Übergegensätzlichkeit“ im Historischen Wörterbuch der Philosophie). Allerdings ist aus dieser Perspektive über keine von beiden Bereichen mehr eine gehaltvolle Aussage zu treffen: die Gesetze der Logik und jeder Referenzbereich lösen sich hier buchstäblich in „Nichts“ auf (vgl. den Artikel „Nichts“, a.a.O.; und 2.5.2).
- 85 „Nichts charakterisiert den Geist des Kapitals [!] besser als die Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung von 1833 bis 1864“ (MEW 23, 295; cf. Derrida 1995, 142). „Mit der Konzentration der Zahlungen an demselben Platz entwickeln sich naturwüchsig eigne Anstalten und Methoden ihrer Ausgleichung“ (MEW 23, 15). „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“ (MEW 23, 57). „Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte [...] als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“ (MEW 19, 15).
- 86 Marx löste den naturalistischen Schein auf, „als ob die kapitalistischen Verhältnisse Naturverhältnisse jeder Produktionsweise seien“ (MEW 25, 883). „Die Natur produziert kein Geld, so wenig wie Bankiers oder einen Wechselkurs“ (MEW 13, 130; cf. Schmidt 1960, Schmied-Kowarzik 1984 und Dahmer 1994, die allerdings kaum auf die Ökonomie eingehen). Gegen verfehlte Vergeistigungen (Backhaus 1997, Bensch 1997, ISF 1999; 2.3.5, Fn. 105) wandte Marx ein: Wer „diese Verhältnisse als Prinzipien, als Kategorien, als abstrakte Gedanken nimmt, hat nur diese Gedanken in eine

seinen Anspielungen stets die bürgerliche Gesellschaft. Sie wird durch „Natur“ (etwa die Produktivität des Bodens) und „Geist“ lediglich *umgrenzt*.<sup>87</sup>

Angesichts der Fülle und Exaktheit der Bestimmungen, die Marx seinem neuen Gegenstand gibt, kann Marx keineswegs eine „Begriffslosigkeit“, Konfusion oder Unklarheit unterschoben werden.<sup>88</sup> Dass die Seinsart jener Sache dennoch schwierig zu erfassen war, zeigte sich schon in den betrachteten Anfängen der deutschen Rezeption: Kautsky glied die gesellschaftlichen Bestimmungen Marxs der „Natur“ an, Bernstein reagierte darauf mit einer Ethisierung. *Beiden* Fraktionen entgeht der spezifische Charakter des Marx'schen Gegenstandes, indem sie ihn den klassischen philosophischen Seinsarten, Natur oder Geist, angliedern. Beide Fraktionen waren für die weitere Marxrezeption paradigmatisch. Die „Naturalisierung“ etwa hängt eng mit der Krisentheorie zusammen. Die Plausibilität des Erfurter Programms hing davon ab, *dass* es weiterhin Krisen geben würde. Es stützte sich dafür neben dem kommunistischen Manifest vor allem auf die „historischen“ Passagen des ersten Bandes des *Kapitals*, in denen die Tendenz zur gesellschaftlichen Polarisierung und der ökonomischen Konzentration als Auslöser (nicht automatisch als Ursache) für einen möglichen politischen Umsturz aufgerufen werden. Zwar hatte Marx das Wort „Naturgesetz“ gebraucht, aber nicht, um einem naturalistischen Fatalismus zu frönen, sondern um die politische Arbeit in richtige Bahnen zu lenken.<sup>89</sup>

---

bestimmte Ordnung zu bringen, die sich bereits in alphabetischer Reihenfolge am Schlusse jeder Abhandlung über politische Ökonomie vorfinden. Die Materialien der Ökonomen sind das bewegte und bewegende Leben der Menschen; die Materialien des Herrn Proudhon sind die Dogmen der Ökonomen“ (MEW 4, 126). „Die Menschlichkeit der Natur und der von der Geschichte erzeugten Natur [!], der Produkte des Menschen, erscheint [bei Hegel fälschlich, CH] darin, dass sie Produkte des abstrakten Geistes sind und insofern also geistige Momente, Gedankenwesen“ (MEW 40, 573). Die kategoriale Durchdringung (und in ihrer Verlängerung die erkenntnistheoretische) kann der sachlichen nur folgen, nicht vorausgehen. Wird der deutsche Marxismus zur Erkenntniskritik, verdreht er Grund und Folge (Habermas 1968a, Sohn-Rethel 1972, Behrendt 1993, cf. Kallscheuer 1986).

- 87 „Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur [sic!] sind, sind sie relativer Natur“ (MEW 6, 412; vgl. MEW 8, 559 f.). Umgekehrt enthält u.a. „die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element“ (MEW 23, 185). Das entspricht der heute etwas überstrapazierten Rede von „embeddedness“ (Polanyi).
- 88 In Folge von Althusser unterstellen einige, Marx habe den „Status seiner eigenen Theorie nicht vollständig erfasst“ (Heinrich 2001, 46; cf. Schmidt in Euchner 1972, 30 ff.; Lohmann 1980, 201; Reichelt 2002). Dem ging die Mode voraus, etwas Unverstandenes als „Dialektik“ hinzustellen (Reichelt 1970). Statt an der „Methode“ muss sich das Verständnis an der Sache ausweisen. Diese deutschen Unklarheiten sind Ausläufer der obigen Probleme (siehe 2.3.5).
- 89 „Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation“ (MEW 23, 791). Man bemerke, dass diese „Negation“ in Gestalt des Proletariats einerseits, der Vergesellschaftung der Produktion unter dem Kapital andererseits bereits vorhanden ist. Kaum lässt sich daraus ableiten, dass der

Es gibt einen wichtigen Abschnitt, an dem die „Natur“ der kapitalistischen Produktion und ihre Krisenanfälligkeit zur Debatte steht: die Schemen der Reproduktion (MEW 23, 591 ff.; MEW 24, 391 ff., 485 ff.; MEW 30, 362 ff.; MEW 42, 421 ff.). Als Bernstein den Revisionismusstreit lostrat, waren diese bereits Gegenstand einer weitreichenden marxistischen Debatte. Auslöser war die Frage der möglichen Entwicklung des Kapitalismus in Russland, wo es aufgrund des Übergewichts des Agrarsektors kaum zahlungskräftige Nachfrage gab, damit verbunden die Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt.<sup>90</sup> Umstritten war dabei vor allem, was die Implikationen des Marx'schen Modells des dynamischen Gleichgewichts seien. An dieser Debatte lassen sich sowohl die Naturalisierung wie auch die gegenläufige Ethisierung paradigmatisch aufzeigen. Eine Ontologisierung von Modellen, ihre unmittelbare Projektion in die Realität, führt schnell zu Missverständnissen. Eine solche lag in *beiden* Polen der Schematismusauslegung vor, bei den naturalistischen Disproportionalisten wie bei den Harmonisten, die eine revisionistische Ethisierung sozialistischer Theorie für nötig hielten. Auf diese Debatte müssen wir kurz eingehen.

Eine beliebte Argumentation zur Erklärung der periodischen Wirtschaftskrisen vor Marx war die Unterkonsumtionstheorie. Sie nahm an, Ursache der Krisen sei eine chronisch mangelnde Nachfrage. Malthus hatte daraus die Notwendigkeit einer unproduktiven, aber verzehrenden Klasse gefolgert, Luxemburg den Imperialismus erklärt, und noch die keynesianistisch-wohlfahrtsstaatliche Stimulierung der Nachfrage in der Politik des 20. Jahrhunderts folgte diesem Gedanken (Bleaney 1976). Marx hingegen war der Auffassung, dass das Phänomen eines unabsetzbaren Warenstocks nicht *Ursache* einer Krise, sondern Bestandteil des normalen Fungierens des Kapitalismus, und im Falle einer Krise selbst ein Symptom sei. Um dies zu belegen, zeigte er zunächst anhand des Modells der „einfachen Reproduktion“ die prinzipielle Absetzbarkeit aller Waren in einer geschlossenen, statischen Wirtschaft. Dieses Modell ist weitgehend fiktiv: es will keinen

---

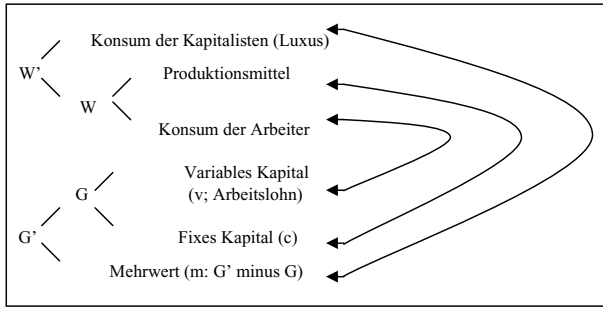
Versuch der politischen Umwälzung „notwendigerweise“ erfolgreich sein muss. Marx wollte der für ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse ein Licht aufstecken (Helmut Fleischer). Dabei grenzte er subjektive Faktoren keineswegs aus: „Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse“ (MEW 23, 316). Allerdings zeigte er auch die Grenzen des Wollens auf: „Sicher ist es der Wille des Kapitalisten, zu nehmen, was zu nehmen ist. Uns kommt es darauf an, nicht über seinen Willen zu fabeln, sondern seine Macht zu untersuchen, die Schranken dieser Macht und den Charakter dieser Schranken“ (MEW 16, 105; cf. 2.4.6, Fn. 133).

90 Ausgehend von den russischen Werken von Tugan-Baranowski 1894 und Bulgakow 1897 wurde das langfristige Verhalten der dynamischen Akkumulation zum Streitpunkt – wichtig in dieser Debatte waren Lenin 1899, Hilferding 1910, Luxemburg 1913, Bauer 1913, Bucharin 1926 und Grossmann 1929. Noch Pollock ist von hier aus zu deuten (vgl. 2.6.2). Dokumentiert ist diese Debatte bei Rosdolsky 1969, 524 ff. (auch 86 ff., 327 ff.); Gustavson 1972; Kühne 1976, 192-286; Shaikh 1978 und 1988; Heinrich 1988, Howard 1989, 106 ff., 165 ff., 269 ff.; Mandel 1991, 127 ff.

historischen Zustand statischer Reproduktion beschreiben, sondern die grundlegende Geschlossenheit der Reproduktion zunächst an einem möglichst einfachen Modell zeigen. Ausgehend davon wird dann die Möglichkeit eines permanenten kapitalistischen *Wachstums* aufgezeigt. Um den Grundcharakter des als möglich aufzuweisenden permanenten Reproduktionsflusses darzustellen, abstrahiert Marx von langfristigen Tendenzen des Kapitalismus.<sup>91</sup>

Marx teilt die Gesellschaft hier nur in Arbeiter und Kapitalisten ein, und die Wirtschaft in zwei Abteilungen, von denen eine Produktionsmittel (I), die andere Konsumtionsmittel erzeugt (II). Soll kein krisenanfälliger Überschuss oder Mangel an Gütern oder Geld entstehen, muss sich das Jahresprodukt zwischen diesen vier Parteien restlos verteilen, und zwar so, dass die Arbeiter einen Lohn beziehen und für die Kapitalisten ein zu verzehrender Mehrwert anfällt. Die Frage ist, ob eine solche Reproduktion, in der alle Waren losgeschlagen werden, in einer Wirtschaftsform, die anarchisch, also ohne ein festes Vorherwissen vonstatten geht, überhaupt dauerhaft möglich ist. Schließlich produzieren die Produzenten auf Grundlage von bloßen *Schätzungen* der künftigen Nachfrage. Marxens Antwort lautet: ja, unter bestimmten Bedingungen. Dann nämlich, wenn die Wertsumme der Löhne und der von den Kapitalisten verzehrte Mehrwert der Produktionsmittel herstellenden Industrien (Abteilung I) der benötigten Wertsumme für Produktionsmittel in der Konsumtionsmittel herstellenden Industrien (Abteilung II) gleicht, und sie sich tatsächlich gegeneinander realisieren.<sup>92</sup> Dieser Kreislauf lässt sich zur Veranschaulichung illustrieren wie folgt:<sup>93</sup>

- 
- 91 Die Raten des Mehrwerts ( $m/v$ ), der organischen Zusammensetzung des Kapitals ( $c/v$ ) und des Profits ( $m/c+v$ ) werden als konstant und in beiden Abteilungen gleich gesetzt (anders als in der Diskussion der Profitrate, wo genau diese Größen ausschlaggebend sind). Weiter wird angenommen, dass der Geldwert stabil bleibt („Geldkrisen“ sind damit ausgeschlossen, auf sie geht erst der dritte Band ein, 2.3.5) und die Werte sich zu ihren Preisen verkaufen (zum sog. „Transformationsproblem“ 2.3.2). Auch die Kreditfinanzierung und damit der Bankensektor fehlt. Marx blendet diesen hier ab, weil er nicht die Reproduktion mit dem Finanzsektor, sondern diesen auf der Grundlage jener erklären wollte. Banken agieren auf der Grundlage der Reproduktion, nicht umgekehrt (Foley 1986a). Für den Unternehmer wären solche Ausgangsbedingung paradisiisch, dennoch werden schon hier Möglichkeiten gravierender Krisen sichtbar. Deren Grund aufzuzeigen ist der Sinn der Abstraktion (Fn. 102).
- 92 Diese Realisierung impliziert, dass die produzierten Tauschwerte für die Käufer Gebrauchswerte darstellen. Marx quantifiziert Werte hier unter der Voraussetzung, dass sich die Waren zu ihren Werten verkaufen. In Verschleppung des Positivismusstreites sehen manche deutschen Marxisten Werte für nicht quantifizierbar an. Dahinter steckt wohl am ehesten eine Art lebensphilosophische Abneigung gegen Zahlen (Fn. 86). Die umstrittenen Passagen des ersten Kapitels (MEW 23, 49-98), die oft isoliert betrachtet und so mystifiziert wurden (Reichelt 1970, 1996, 2002; Backhaus 1997, Haug 1978, Wolf 1985), sind für das ganze *Kapital* (MEW 23-25) wichtig und erst aus ihm voll zu begreifen.
- 93 Die Variablen bedeuten wie üblich: W = Ware, G = Geld, c = Anteil des konstanten Kapitals am Gesamtkapital (die Verauslagung für Produktionsmittel, darunter fixe Elemente wie Maschinen und zirkulierende wie Rohstoffe), v = Anteil des variablen,



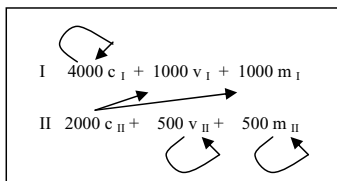
**Abbildung 1: Einfache Reproduktion**

Die Formel dieser Gleichgewichtsbedingung der einfachen Reproduktion lautet  $v_I + m_I = c_{II}$  (in der Literatur meist als  $I (v+m) = II c$ ), was anhand des Beispiels für die einfache Reproduktion schnell erhellt (MEW 24, 396, 401):

Abteilung I (Produktionsmittelindustrie):  $4000 c_I + 1000 v_I + 1000 m_I = 6000$

Abteilung II (Konsumtionsmittelindustrie):  $2000 c_{II} + 500 v_{II} + 500 m_{II} = 3000$

500  $v_{II}$  und 500  $m_{II}$  sowie 4000  $c_I$  tauschen sich jeweils gegen das in der *eigenen* Industrie erzeugte Wertprodukt aus: Arbeiter und Kapitalisten der Konsumtionsmittelindustrie kaufen von ihrem Einkommen Konsumtionsmittel, die Kapitalisten der Abteilung I kaufen innerhalb der eigenen Industrie Produktionsmittel. Übrig vom Wertprodukt bleiben je 2000 Werteinheiten. Diese werden realisiert, indem Abteilung II Produktionsmittel im Werte von 2000 von I bezieht, und die Abteilung I dafür Konsumtionsmittel im Werte von 2000 von II. Das Ergebnis dieses Ringtauses lässt sich so veranschaulichen:



**Abbildung 2:  $v_I + m_I = c_{II}$**

für Löhne ausgelegten Kapitals,  $m$  = der erwirtschaftete Mehrwert (die Differenz zwischen dem neugeschaffenen Wert des Produktes und seinem Produktionspreis, den Kosten für Materialien, Maschinen und die Arbeitskraft. Es überkreuzt sich der Strom: Ware gegen Geld (W-G) mit dem umgekehrten: Geld gegen Ware (G-W; MEW 13, 69 ff.; MEW 24, 31 ff.; nach Shaikh 1984, 54). Die Produktion (P) fasst Marx als  $P \dots W' - G' - W \dots P$  (MEW 24, 69). Sie wirft einen Mehrwert ab ( $G'$  minus  $G$ ; Umsatz minus Kosten für den Neueinstieg), von dem sich der Kapitalist ernährt, und geht unverändert in die zweite Runde. Der Mehrwert entstammt dem Faktor Arbeit, denn die Arbeitskraft verkauft sich nicht nach dem von ihr geschaffenen Wert, sondern zu ihrem eigenen Wert, welcher der zu ihrer Reproduktion notwendigen Warenmenge entspricht (cf. 2.3.1).

Dieses Modell besagt, dass sich das Wertprodukt einer Produktionsperiode restlos auf die beteiligten Parteien aufteilen kann. Es meint nicht wie neoklassische Gleichgewichtsmodelle, dass ein solches Gleichgewicht zu jeder Zeit besteht, sondern nur, dass es prinzipiell bestehen *kann*. Selbst wenn kontrafaktisch eine statische Wirtschaft vorausgesetzt wird, können Krisen entstehen, da die Gleichgewichtsbedingung sich aufgrund der anarchischen Marktmechanismen nur durch ein permanentes Ungleichgewicht herstellt: es treten *immer* „Disproportionalitäten“ auf, allerdings in beiden Richtungen, nicht nur in Richtung einer Unterkonsumtion (eines unabsetzbaren Warenrests in Abteilung II), sondern auch einer Unterinvestition (eines Überangebotes an Investitionsgütern, sprich Produktionsmitteln). Erst im steten Ausgleich der Ungleichgewichte stellt sich ein Gleichgewicht her. Ausgesagt ist damit eine langfristige Stabilität, die sich in der permanenten Unordnung und Krise durchsetzt, keineswegs ein idyllisches statisches Gleichgewicht, wie es Neoklassik und Monetarismus vorschwebt (2.3.1).<sup>94</sup>

Für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise fehlt in diesem Modell noch das Wichtigste: die Akkumulation. Den Kapitalismus zeichnet ja insbesondere sein Wachstum aus. Für dieses Modell heißt das, dass die Kapitalisten einen Teil ihres Mehrwertes nicht direkt konsumieren, sondern reinvestieren. Orientiert man sich an dem Beispiel aus dem Modell der einfachen Reproduktion, so kann hieraus eine Unterkonsumtion gefolgert werden: es gibt *in diesem einen Jahr* eine Nachfragerücke („demand gap“) bei den Konsumgütern, da die Kapitalisten das, was sie zusätzlich investieren, nicht mehr für Konsumgüter ausgeben können. Das didaktische Modell der einfachen Reproduktion würde so allerdings fälschlich als historisches „Stadium“ interpretiert, aus dem nicht herauszukommen wäre. Nach den vormarxistischen Unterkonsumtionisten, die so oder ähnlich argumentierten (Malthus und Sismondi, cf. Bleaney 1976, Wright 1977, Shaikh 1978, 1983b), war es vor allem die linke Sozialdemokratin Rosa Luxemburg, die diesen Gedanken aufgriff. Ihrer Ansicht nach ergab sich aus der Mehrwertfinanzierung der Akkumulation eine *ständige* Nachfragerücke, die nur

---

94 „Aber diese beständige Tendenz der verschiedenen Produktionssphären, sich ins Gleichgewicht zu setzen, betätigt sich nur als Reaktion gegen die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts. Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori als innere, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare, die regellose Willkür der Warenproduzenten überwältigende Naturnotwendigkeit“ (MEW 23, 377). Der Austausch ist geldvermittelt, es ist kein Naturaltausch. In seiner Funktion als Zahlungsmittel ist das Geld noch „neutral“ (MEW 23, 148 ff.). Dies ist zentral gegenüber monetaristischen Theorien (von Keynes, Friedman, Proudhon oder Gesell), die dem Geld eine gegenüber der Produktion primäre Bedeutung zuerkennen. Bei Marx werden Geld, Zins und Kredit aus ihrer Rolle für die Produktion und Distribution verständlich, nicht umgekehrt. Die Agenten verfügen über Geld, bevor sie ihrerseits welches beziehen (die Kapitalisten bezahlen ihre Arbeiter in Geld, bevor sie ihr Produkt gegen Geld verkauft haben etc.). Aus der Verzögerung lassen sich weitere Geldfunktionen erklären, ohne sie von der Produktion „abzukoppeln“ (MEW 25, 481 ff.; 2.3.5).

über „dritte Personen“ aufgefüllt werden könne – also von Bevölkerungsgruppen, die sich nicht den Polen Arbeit und Kapital zurechnen lassen.<sup>95</sup> Sie erklärt nun den Imperialismus als Beschaffer zusätzlicher Absatzmärkte (obwohl dort auch produziert wurde). Davon leitet sie auch den künftigen „Zusammenbruch“ ab: die kapitalistische Dynamik werde bald keine dritten Personen mehr übriglassen, und dann werde sich die Unterkonsumtion ungebremst auswirken (ähnlich argumentierten noch Sternberg 1926, Sweezy 1942 und 1966).

Anhand der Marx'schen Schemen der erweiterten Reproduktion lässt sich jedoch zeigen, dass diese Argumentation ebenso fehlgeht wie ihre Vorgänger. Dies leuchtet schon anhand der *begrifflichen* Bestimmung ein, dass für Marx auch die zusätzliche Investition ein „Konsum“, also eine Nachfrage ist, nur eben nach anderen Gütern – nach Produktionsmitteln („produktive Konsumtion“, MEW 13, 622; MEW 23, 591 u.ö.). Durch eine Vergrößerung der Nachfrage kann dieselbe schwerlich sinken. Die Unterkonsumtionisten begehen den Fehler, dass sie die „Natur“ zu früh ansetzen: sie setzen als Motiv des Wirtschaftens nur die Produktion und Konsumtion von Konsumgütern, weil dies scheinbar der „Natur“ des Menschen entspricht (Shaikh 1978, 220). Das Motiv *kapitalistischen* Wirtschaftens ist aber nicht unmittelbar die Bedürfnisbefriedigung, sondern des Erzielen von Profit – einerlei, ob er über Produktion und Verkauf von Konsumgütern oder von Produktionsmitteln erzielt wird. Luxemburgs (wie schon Hobsons) Unterkonsumtionismus entsteht daraus, dass sie die ganze Abteilung I nur als Mittel von Abteilung II sieht, und nicht als einen eigenständigen Sektor (Shaikh 1978, 225 und 229 – bei Bulgakov liegt das umgekehrte Extrem vor).

Die von Luxemburg und ihren Nachfolgern behauptete *chronische* Nachfrageleücke nach Konsumtionsmitteln übersieht zwei Charakterzüge des Marx'schen Modells: die Dynamik hinsichtlich des Werttransfers (1.) und die Dynamik hinsichtlich der Zeitdimension (2.).

Zu (1.): Wenn durch ein unvorhergesehenes Steigen der Nachfrage nach einem bestimmten Gut (Jodpräparate, Gewehre o.ä.) eine Akkumulation sehr plötzlich geschieht, wird bei den Kapitalisten die Nachfrage nach Konsumgütern *zurückgehen*.<sup>96</sup> Dies ist nur ein anderer Ausdruck dafür, dass die Nachfrage nach Produktionsmitteln und Arbeitskräften *steigt*. Die Disproportionalität wird sich im nächsten Jahr dadurch ausgleichen, dass Kapital aus der nun relativ unprofitablen Abteilung II in die attraktivere Abteilung I strömt.<sup>97</sup>

95 „Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts ist also direkte Lebensbedingung für das Kapital“ (Luxemburg 1913, 287).

96 Die Plausibilität von Luxemburgs Argument beruht darauf, dass sie von einem statischen Gleichgewichtsmodell ausgeht und diesem verhaftet bleibt. Fügt man eine plötzliche Akkumulation („Schock“) hinzu, gerät es zwangsläufig aus dem Gleichgewicht, wenn auch nur zunächst. Das heißt nur, dass die Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichtes andere sind, nicht, dass es sie nicht gibt (Mandel 1972, 26).

97 Mandel 1972, 27f. Marx erläutert den Ausgleich an einem Ungleichgewicht innerhalb der Konsumgüterindustrie: „Solange [...] dieser Ausgleichsprozess stattfindet, wird [...] der Produktion dieser letzten ebensoviel Kapital zugeführt, als dem

Wie schon in der einfachen Reproduktion, so wird sich auch hier in steten Ungleichgewichten im langfristigen Durchschnitt ein Gleichgewicht herstellen, nur dass es ein *dynamisches Gleichgewicht* ist (“turbulent dynamics”, so Shaikh 1994, 3). Erneut können auf *beiden* Seiten unrealisierte Warenreste übrigbleiben. Ein Werttransfer zwischen den Abteilungen ist jedoch keine bloße Verschiebung von Ziffern, da hinter den Ziffern spezifische Gebrauchswerte sitzen.<sup>98</sup>

Sie können nicht in *Naturalform* von II nach I verschoben werden, da sie im Falle ihrer Nichtrealisierung entwertet würden (Konsumgüter verderben, Produktionsmittel veralten). An der Nichtrealisierung des Warenüberschusses hängt Luxemburg ihr Argument auf. Dabei blendet sie allerdings die *Dynamik* der erweiterten Reproduktion aus. Der einzelne Kapitalist hat immer schon mehr disponibles Geld als das, was aktuell in der Produktion steckt, oder kann es sich notfalls leihen.<sup>99</sup> Eine andere Möglichkeit wäre die, dass die Kapitalisten aus II ihren Überschuss aus ihrem Mehrwert selbst kaufen, und die verauslagte Summe im nächsten Jahr aus der Produktion abziehen. Nehmen wir also an, Wertsummen *ließen* sich einfach zwischen den Abteilungen hin und her transferieren. Der Geldhandel sei noch ausgeblendet und nur postuliert, die Waren *ließen* sich noch im nächsten Produktionszyklus losschlagen (Lagerbildung), und allein die damit freigewordenen Auslagen würden verschoben. Die folgenden Zahlenbeispiele sollen das Argument keinesfalls beweisen (was sie gar nicht können, da sie will-

---

andren Zweig der Produktion entzogen wird, bis die Nachfrage gesättigt ist. Dann tritt wieder Gleichgewicht ein“ (MEW 24, 342). Marx behandelt dieses Phänomen später als Bildung einer Durchschnittsprofitrate (MEW 25, 151 ff.). „The most familiar type of transfer is that brought about by the formation of a general rate of profit. Industries with high organic compositions (C/Vs) will have prices of production above direct prices, while those with low C/V's will have prices of production below direct prices. Thus the formation of prices of production transfers surplus value from industries with low C/Y's to those with high ones” (Shaikh 1979, 48).

98 Die Wertsummen bestehen entweder aus *c* (d.h. sie stellen Angebot oder Nachfrage nach Produktionsmitteln dar) oder *v* (Quantum an Arbeitskraft/Lohn – der aber in diesem Modell nur für Konsumtionsmittel ausgegeben wird). Nur im Falle schon realisierten Mehrwertes liegen sie in disponiblem Geldkapital vor. Erneut begegnet hier eine Bedeutung der Gebrauchswerte für den weiteren Verlauf des Kapitals (cf. Fn. 93): es gibt Fälle, wo sowohl zuviel Geld wie auch zuviel Waren zur gleichen Zeit auftreten – verantwortlich ist der spezifische Gebrauchswert der jeweiligen Wertformen. So wird etwa überschüssiges Geldkapital bei einer hohen Arbeitslosigkeit sich nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen umlegen, wenn diese ihren Gebrauchswert für das Kapital: Erzeugung von Mehrwert, nicht im erwünschten Maße erfüllen, da die erwartete Profitrate zu niedrig ist (MEW 25, 261).

99 Luxemburg klagt von Marx die Berücksichtigung der „Geldform“ ein (1913, 94). Diese ist bereits integriert: „Die Tatsache, dass die Warenproduktion die allgemeine Form der kapitalistischen Produktion ist, schließt bereits die Rolle ein, die das Geld, nicht nur als Zirkulationsmittel, sondern als Geldkapital in derselben spielt“ (MEW 24, 491, cf. Fn. 94). Selbst wenn sich Kapital in einem schlechten Jahr entwertet, hindert dass die Kapitalisten nicht, im nächsten Jahr dennoch erneut welches anzulegen – ein Werttransfer ist somit möglich.

kürlich gewählt sind), sondern lediglich seinen Sinn erhellen. Das erste Beispiel zeigt die periodische Disproportionalität in *beiden* Abteilungen:

$$\begin{aligned} \text{(Jahr 1)} \quad \text{I: } & 1000 c_I + 500 v_I + 500 m_I = 2000 \text{ (+/- 0)} \\ & \text{II: } 1000 c_{II} + 500 v_{II} + 500 m_{II} = 2000 \text{ (+/- 0)} \end{aligned}$$

**Tabelle 1: Synchroner Proportionalität in Produktionszyklus 1**

Hier liegt noch ein proportionales Verhältnis der Abteilungen vor (da  $c_{II} = v_I + m_I$ ). Nehmen wir an, aus einem externen Grund bestehe nun die Erwartung einer zusätzlichen Nachfrage für Güter der Abteilung I, von der man aber nicht weiß, wann sie eintreten wird. Statt wie in der einfachen Reproduktion den gesamten Mehrwert „aufzuessen“ (MEW 23, 624), beginnen die Kapitalisten aus Abteilung I nun, einen Teil ihres Mehrwertes, sagen wir 60 %, in ihrer Industrie zu reinvestieren, und zwar in der gleichen organischen Zusammensetzung ( $2c = 1v$ ).<sup>100</sup> Da die Wirtschaft nicht „geplant“ ist, werden mehrere Kapitalisten diese Reinvestition vornehmen, jeder in der Hoffnung, den zusätzlichen künftigen Bedarf abschöpfen zu können. Da I m sich nun nicht mehr wie gewohnt ganz gegen Konsumtionsmittel austauscht, bleibt Abteilung II auf Waren in Werthöhe der in I akkumulierten Summe sitzen. Wir haben also in II einen Überschuss von 300 Werteinheiten zu verzeichnen, was wir auch schreiben können als:

$$\begin{aligned} \text{(Jahr 1)} \quad \text{I: } & 1000 c_I + 500 v_I + 200 m_I = 1700 \\ & \text{II: } 1000 c_{II} + 500 v_{II} + 500 m_{II} = 2000 \text{ (Warenüberschuss von + 300)} \end{aligned}$$

**Tabelle 2: Synchroner Disproportionalität in Produktionszyklus 1**

Nehmen wir weiter an, diese 300 unrealisierten Werteinheiten ließen sich in Abteilung I übertragen, Abteilung II würde sie also in der nun profitableren Abteilung I investieren. Daraus ergäbe sich im Folgejahr für Abteilung I ein Wachstum von 200  $c_I$  und 100  $v_I$  aus dem eigenen Mehrwert des ersten Jahres, und zusätzlich 200  $c_{II}$  und 100  $v_{II}$  aus Abteilung II. Das führt nun zu einer Umkehr der Disproportion, da nun Abteilung I auf seinen Waren sitzen bliebe und in Abteilung II die Nachfrage größer wäre als das Angebot (da gilt:  $c_{II} = v_I + m_I$ ):

$$\begin{aligned} \text{(Jahr 2)} \quad \text{I: } & 1400 c_I + 700 v_I + 700 m_I = 2800 \text{ (Warenüberschuss von + 600)} \\ & \text{II: } 800 c_{II} + 400 v_{II} + 400 m_{II} = 1600 \end{aligned}$$

**Tabelle 3: Diachrone Disproportionalität in Produktionszyklus 2**

Dies ist selbst dann der Fall, wenn wir aus I m erneut 60 % (420) für die Akkumulation abziehen: es bliebe noch immer ein Überangebot von 180 Werteinheiten auf Seiten von I. Um das Beispiel abzurunden nehmen wir weiter an, Abteilung I übertrüge im dritten Jahr aus seinem Mehrwert die „überflüssigen“ 600 Werteinheiten auf die wieder boomende Abteilung II, diese würde aber inzwi-

<sup>100</sup> Eine solche Akkumulation wäre eine bloße Extensivierung der Produktion, im Unterschied zur Intensivierung derselben, bei welcher sich die organische Zusammensetzung zugunsten von c verschöbe (MEW 25, 221 ff.).

schen selbst die Gelegenheit erkannt haben und 50 % ihres Mehrwertes akkumulieren (200). Die Wertzuwächse in II verteilen sich folglich so:

$$\text{(Jahr 3) I: } 1400 c_I + 700 v_I + 700 m_I = 2800 (+/- 0)$$

$$\text{II: } 1400 c_{II} + 700 v_{II} + 700 m_{II} = 2800 (+/- 0)$$

**Tabelle 4: Diachrone Proportionalität in Produktionszyklus 3**

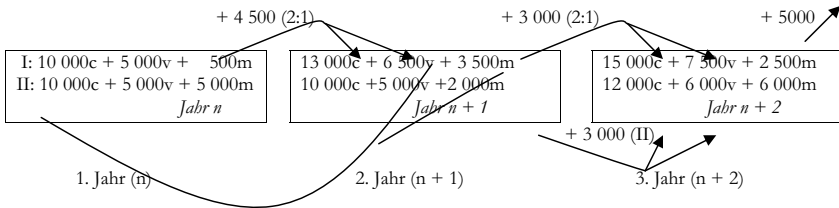
An diesem Punkt wäre wieder ein Gleichgewicht erreicht, welches aber gegenüber dem Ausgangszustand um 40 % gewachsen ist. Tritt in diesem Jahr nun erneut eine zusätzliche Nachfrage auf, etwa durch eine Grenzöffnung, wird es gleich wieder durcheinander gebracht. Solche Gleichgewichtszustände werden darum real nur als „Zufall“ (MEW 24, 491), als Durchgangsstadium auftreten. Dennoch erleichtern sie das Verständnis der Akkumulation: die Wachstumsraten und Disproportionalitäten sind nicht irrational, sondern sie schwanken turbulent um ein dynamisches Gleichgewicht. Dieses selbst ist selten *sichtbar* (daher ist dies auch keine Deskription), dennoch stellt es in dieser Analyse das Gesetz (oder „Wesen“) der Erscheinungen dar. In der realen Welt treten Abweichungen der Preise von ihren Werten, der internationale Handel sowie die relative Eigendynamik des Finanzsektors (Zinsen, Wechselkurse etc.) noch hinzu. Um so wichtiger ist es, zunächst den Grundmechanismus zu vergegenwärtigen.

(2) Eine weiteres Merkmal der Dynamik einer erweiterten Reproduktion stellt die bisher ausgeblendete zeitliche Streckung dar. Die Auslagen des Kapitalisten in einem Jahr speisen sich ja nicht aus den Einnahmen desselben, sondern des *vorigen* Jahres. Das Produkt der diesjährigen Investition wird dagegen erst am Ende des Produktionszyklus (hier: im *nächsten* Jahr) verfügbar und zu verkaufen sein. Es verschlingen sich also selbst in diesem einfachen Modell schon mindestens drei Produktionszyklen ineinander.<sup>101</sup> Dies ist eine weitere Fehlerquelle für Luxemburgs Rechnung: die scheinbar ‚überflüssigen‘ Konsumtionsmittel bei einer plötzlichen Akkumulation tauschen sich nicht gegen die Konsumtionsausgaben des gleichen, sondern erst des folgenden Jahres. Die Formel der Gleichgewichtsbedingung müsste also korrekt lauten ( $n$  bezeichne das Jahr):  $c_n^I = v_{n+1}^I + m_{n+1}^I$ .<sup>102</sup> Auch hierfür lassen sich Beispiele geben. Nehmen wir über drei Jahre

101 Current investments depend on past profits and future expectations.

102 Um das Modell nicht zu verkomplizieren, sei weiterhin angenommen, dass sich Ic und IIv und IIm gegen die Wertsumme des selben Jahres austauschen. Auch diese Daten können dynamisiert werden (und müssten es, wollte man das Modell perfektionieren). Dies zeigt die enorme Komplexität des Modells trotz aller Vereinfachungen. Ein Modell kann immer noch komplizierter gemacht werden – sein Sinn ist es aber, Dinge verständlich zu machen, indem man sie einfach ausdrückt. Luxemburg hat die Bedeutung der Zahlenspiele in der Diskussion um die Reproduktionsschemen zurecht dahingehend kritisiert, dass die bloß mathematische Möglichkeit noch keinesfalls die sozialen Bedingungen erfasst. Es geht jedoch um den Nachweise eben dieser Möglichkeit und der Beschreibung ihres Charakters („Die Gesamtbewegung dieser Unordnung ist ihre Ordnung“, MEW 6, 405).

zwei Abteilungen an, deren Austauschrelationen sich aufgrund der Akkumulation zwar nicht synchron, wohl aber diachron ausgleichen ( $c_{n+1}^I = v_{n+2}^I + m_{n+2}^I$ ):



**Abbildung 3: Diachroner Ausgleich der Disproportionalitäten**

Hier zeigt sich ein „dynamisches Gleichgewicht“: eine beträchtliche Unterkonsumtion innerhalb der Zahlen des 1. Jahres gleicht sich aus, sobald man einen größeren Zeitraum in Betracht nimmt. Dazu ist nicht einmal ein Werttransfer nötig. Hiermit ist nicht mehr und nicht weniger gesagt, als dass von der *Zirkulation* aus betrachtet ein langfristiges kapitalistisches Wachstum möglich ist. Mit dem Aufweis dieser prinzipiellen Möglichkeit wird aber zugleich klar, an welchen verschiedenen Stellen *Krisen* möglich sind. „Die Kompliziertheit des Prozesses selbst bietet ebensoviel Anlässe zu anormalem Verlauf“ (MEW 24, 491). Auftreten können Disproportionalitäten zwischen I und II mit den entsprechenden Kapitalvernichtungen und Engpässen; der Werttransfer kann genauso gut nicht gelingen, so dass Waren verderben; es können jederzeit Fehleinschätzungen in der Höhe der künftigen Nachfrage eintreten sowie eine Knappheit der im Notfall auszuliegenden Geldvorräte und resultierende Zahlungsstockungen und Bankrotte – alles schon auf der Grundlage des Kreislaufs des Kapitals.<sup>103</sup>

Dieses gesellschaftliche Modell einer grundsätzlichen Möglichkeit, die sich aufgrund verschiedenster Eventualitäten so oder so, immer aber krisenhaft durchsetzt, wurde in der Rezeption verkürzt auf einen Naturprozess, der entweder in die eine *oder* die andere Richtung hin ausschlägt. In den russischen Schriften wurde daraus ein automatisch ablaufender Mechanismus (Tugan-Baranowski 1894, Bulgakow 1897, Lenin 1899), bei Kautsky und Luxemburg ein automatischer Zusammenbruch. Der Zusammenhang von Krise und Wachstum wurde zerrissen. Bulgakow hatte die irrige Überlegung angestellt, dass im Laufe des kapitalistischen Wachstums Abteilung I auf Kosten von II wachse, sich von ihr ab-

103 „Die Tatsache, dass die Warenproduktion die allgemeine Form der kapitalistischen Produktion ist, [...] erzeugt gewisse, dieser Produktionsweise eigentümliche Bedingungen des normalen Umsatzes, also des normalen Verlaufs der Reproduktion, sei es auf einfacher, sei es auf erweiterter Stufenleiter, die in ebenso viele Bedingungen des anormalen Verlaufs, Möglichkeiten von Krisen umschlagen, da das Gleichgewicht – bei der naturwüchsigen Gestaltung dieser Produktion – selbst ein Zufall ist“ (MEW 24, 491; cf. Sweezy 1942, 187 ff.). Es gibt auch andere Krisentypen. Die Marx'sche Krisentheorie besteht nicht aus einer Theorie, sondern aus einem ganzen Set von Phänomenen (Mandel 1972, Wright 1977, Shaikh 1978, Perelman 1987).

koppele und daher die Konsumtion absolut *abnehme* (1897, 161f.; Rosdolsky 1969, 549; Luxemburg 1913, 227 ff.).<sup>104</sup> Tugan-Baranowskis folgende Vision einer *Produktion um der Produktion willen* wies auf die Technokratiethese vor (Tugan-Baranowski 1905; nach MEW 13, 111; MEW 23, 618, 621; cf. 2.4.5). Die Idee, dass Maschinen Maschinen oder gar Menschen produzieren, wird noch heute in der gesellschaftlichen Phantasie des Films als Horrorvision beschworen.<sup>105</sup> Richtig daran ist, dass sich im Laufe der Zeit die organische Zusammensetzung des Kapitals, also der Anteil des konstanten Kapitals, erhöht. Dies muss aber nicht zu einer verhältnismäßig größeren Abteilung I führen, da ähnliches auch in Abteilung II geschieht – die steigende organische Zusammensetzung wirkt sich auf beide Sektoren aus (Rosdolsky 1969, 560, 592; Shaikh 1989b). Das *Verhältnis* zwischen den Abteilungen bleibt stabil, solange sie in ähnlichen Raten akkumulieren. Im Ausgleich der Profitraten gleichen sich die Akkumulationsraten an.<sup>106</sup> Ein absolutes Zurückgehen der Konsumgüterproduktion ist darum nicht nur kontraintuitiv, sondern langfristig auch wenig wahrscheinlich.

Tugan-Baranowski vergisst zudem, dass die Maschinen neben ihrem Gebrauchswert, andere Maschinen wie auch Lebensmittel produzieren zu können, auch Träger von *Tauschwert* sein müssen. Vor einer Situation, in der ein Arbeiter alle Maschinen bedient und der Rest der Menschheit sich dem Müßiggang ergibt, läge eine Fülle von Absatzkrisen eben dieser Maschinen.<sup>107</sup>

104 Tugan-Baranowski 1894 experimentierte mit den Marx'schen Schemata und kam zu dem Ergebnis, das aus ihnen keine systemimmanenten Störungen abzuleiten seien, solange die Proportionen eingehalten würden. Er folgerte fälschlich, dass dem in der Wirklichkeit ein krisenfreies Wachstum entsprechen könne. Er hat damit nicht nur das Modell ontologisiert (Rosdolsky 1969, 546), sondern auch seine Rolle missverstanden: nur um die Ursache der Krisen zu erkennen ist es nötig, herauszustellen, worin sie von einem denkbaren störungsfreien Verlauf abweichen (siehe die Kritik von G. Eckstein, in Luxemburg 1913, 487). Dass ausgerechnet die russischen Marxisten die Zähigkeit des Kapitalismus zu beweisen suchten, verdankt sich ihrer Konkurrenz mit den Volkstümlern, die die Rolle des Kapitalismus im wenig industrialisierten Russland vernachlässigten (Rosdolsky 1969, 557 und 579).

105 Bis in die populärste Kulturindustrie lässt sich die Thematik der Reproduktions-schemen verfolgen: siehe die Filme *Terminator*, *Blade Runner*, *Matrix*, *I Robot*, *Star Trek: Contact* oder *Star Wars Episode II*, wo C3PO, selbst ein Roboter, in eine vollautomatisierte Fabrik gerät, in der Maschinen Maschinen herstellen. Das ist für ihn ein großer Schreck, denn er hat eine „menschliche“ Beziehung zu seinem Erbauer, Anakin Skywalker (siehe das Motto zu 1, auch die Figur „Cal“ in *Alien IV*).

106 Ein Ausbleiben der Akkumulation in Abteilung II würde dort zu einer relativ niedrigeren organischen Zusammensetzung führen, was wiederum ihre Profitrate im Vergleich zu I heben würde (da aufgrund des höheren Anteils an variablem Kapital auch die Mehrwertmasse einen höheren Anteil am Gesamtkapital einnimmt, s.u.), was schließlich zum Einstromen frischen Kapitals (aus II und I) und somit auch zur Akkumulation führen würde.

107 Problematisch an einem wachsenden Gewicht der Abteilung I wäre, dass das ganze Gebäude im Volk legitimatorisch über den Konsum verankert wäre, das vorgebliche Wirtschaftsmotiv der „Bedürfnisbefriedigung“ sich aber in dem immensen Ausmaß der Produktion von Produktionsmitteln nicht recht wiederfinden ließe. Und doch

Sie müssten ja nicht nur ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Gebrauchswerten erfüllen, sondern auch Mehrwert erwirtschaften, sonst ließen sie sich nicht in diesem Umfang *realisieren*. Ebendies tun die Maschinen aber nicht (MEW 23, 407 ff.). Tugan hält also nicht dem Kapitalismus den Spiegel vor, sondern malt die Dystopie einer Planwirtschaft. Seine Fehldeutung beruht auf einer Unterbestimmung des Marx'schen Gegenstandes: den „Doppelcharakter“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise (Produktion und Tausch, cf. MEW 23, 56) reduziert er auf die reine „Produktion um der Produktion willen“ (MEW 23, 618), auf ihren bloßen „Gebrauchswertcharakter“, ohne Blick auf die Tauschgesetze. Das mochte der russischen Außenbetrachtung geschuldet sein.

Die harmonistische Interpretation der Russen schien auf ein langfristig krisenfreies Fungieren des Kapitalismus hinauszulaufen. Für deutsche Sozialisten war dies allerdings problematisch, denn damit wurde die Erfurter Krisenrhetorik obsolet. Die *Naturalisierung* der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus erzwang nun, wie bei Bernstein, eine *Ethisierung* der Kapitalismuskritik – solange jedenfalls, wie man diese überhaupt noch üben wollte. Die Begründung der Forderung nach einer anderen Gesellschaftsform wurde entökonomisiert. In der Vorstellung nachfolgender Marxisten wie Hilferding, Bucharin, dem späteren Kautsky und Pollock konnte die „Naturfunktion“ einer proportionalen Produktion auch kompensatorisch vom *Staat* übernommen werden: nicht dem Kapitalismus an sich, wohl aber dem „Staatskapitalismus“ wurde so eine unbeschränkte Lebensdauer zugesprochen (cf. 2.2.7, 2.6.2).<sup>108</sup> Auch hier musste die politische Strategie an die vorgeblich neue Lage angepasst werden, und sei es resignativ-eskapistisch. Natürlich forderte dieser Harmonismus im marxistischen Lager auch Kritik her-

---

bliebe die Produktionsmittelindustrie auf den Absatz von Konsumtionsmitteln angewiesen, da auch deren Herstellung einen Anteil ihrer Produkte abnimmt. Daher spricht Marx von der „Konsumtionsbeschränkung der Massen“ als „letztem Grund aller wirklichen Krisen“ (MEW 25, 501; eine Stelle, die Bernstein 1899, 96/110 begeistert zitierte). Rosdolsky 1969 und Mandel 1972, die zum Unterkonsumtionismus neigen, zitieren daneben oft Stellen, aus denen hervorgeht, dass die Produktion von Produktionsmitteln sich nicht von der Produktion von Konsumgütern abkoppeln, sie also nur unter politischem Zwang (wie etwa unter Stalin) auf ihre Kosten ausdehnen kann: „Außerdem findet [...] eine beständige Zirkulation statt zwischen konstantem Kapital und konstantem Kapital (auch abgesehen von der beschleunigten Akkumulation), die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, indem die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur, weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehen“ (MEW 25, 317).

108 Das Modell „Staatskapitalismus“ war für Hilferding 1910, Bucharin 1926 und Pollock 1941a wichtig (2.2.6) Im Entwurf zum Erfurter Programm hätte die Disproportionalitätstheorie eine Stütze finden können: „Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit [!] erzeugt jene immer länger andauernden Krisen [...], welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern“ (MEW 22, 596).

aus.<sup>109</sup> Die Gegenvariante, prominent vertreten von Luxemburg und Grossmann, behob allerdings nicht die Naturalisierung, sondern nahm stattdessen eine inhaltliche Umbestimmung dieser „Natur“ vor: statt einer unbegrenzten Lebensdauer lieferten sie dem Kapitalismus nun das Gesetz seines Zusammenbruchs.

Auch Luxemburg thematisierte die Schemen der erweiterten Reproduktion, allerdings konnte nach ihrer Ansicht die Unterkonsumtion nicht durch die kapitalistische Dynamik aufgefangen werden. Die Marx'schen Schemata, die zumindest die Möglichkeit dessen aufzeigten, wies sie explizit zurück.<sup>110</sup> Ihr Verweis auf eine Unterkonsumtion war zwar berechtigt, sie fasste sie aber nicht – wie Marx – als eine *periodisch* auftretende Disproportionalität, die langfristig durch zyklische Unterinvestitionen ausgeglichen wird, sondern fälschlich als ein *chronisches* Defizit. Das stetige Wachstum von beiden Abteilungen wirft eine höhere Konsumtion für die Kapitalisten ab – das ist das im Kapitalismus so überaus zentrale Profitmotiv (MEW 24, 74; MEW 25, 267). Die Schemata erweisen so die Rationalität dieser Wirtschaftsweise für die einzelnen Kapitalisten.

Rosa Luxemburg (1913, 89) aber hält gerade dies für „absurd“: „Wir drehen uns offenbar im Kreise [!]. Lediglich deshalb mehr Konsummittel herstellen, um mehr Arbeiter erhalten zu können, und lediglich deshalb mehr Produktionsmittel herstellen, um jenes Mehr an Arbeitern zu beschäftigen, ist vom kapitalistischen Standpunkt eine Absurdität“. Die Möglichkeit genau dieses „Kreis“-Laufs, des Zirkulationsprozess des Kapitals, wollte Marx aufzeigen. Luxemburgs ökonomisches Denken ist, wie das der Neoklassik, in einem *statischen* Gleichgewicht befangen – nur dass ihm bei ihr der Untergang eingeschrieben ist.

Beide Naturalisierungen, die harmonische wie die katastrophische, übersahen zweierlei: beide nahmen an, dass *im Kapitalismus* bewusst proportional produziert werden könne und unterschoben ihm damit eine ‚Planwirtschaft‘. Das verharmloste die Disproportionalitäten auf bloße Mängel der politischen Planung. Zudem betrachteten sie lediglich die Produktion und kürzten um die Distribution. Das unterschlug das Realisierungsproblem. Auf dem anarchischen Markt ist es jedoch niemals sicher, dass Produkte überhaupt verkauft werden, geschweige denn zu ihren Werten. Beide Varianten endeten so letztlich aporetisch. Der Marx'sche Gegenstand der Gesellschaftsanalyse wurde zwischen einer *bejahenden* Naturalisierung, die höchstens ethisch kritisierte, und einer *katastrophisch verneinenden* Naturalisierung zerrieben.

---

109 „Nur [...] als Reaktion gegen die neoharmonische Auslegung der ökonomischen Lehren von Marx ist Rosa Luxemburgs Buch *Akkumulation des Kapitals* zu verstehen, dessen Zentralthema [...] in der energischen Hervorhebung des Zusammenbruchsgedankens [...] bestand“ (Rosdolsky 1969, 578).

110 Luxemburg 1913, 89 ff., 259. „Weil aber Rosa Luxemburg glaubte, dass aus dem Marx'schen Reproduktionsschema tatsächlich die Möglichkeit der schrankenlosen Akkumulation ad infinitum sich ergibt, dass Tugan und Hilferding und später Otto Bauer diesen Gedanken richtig aus dem Schema herausgearbeitet haben, hat sie das Marx'sche Schema preisgegeben, um den aus dem I. Band des ‚*Kapital*‘ sich ergebenden Zusammenbruchsgedanken zu retten“ (Grossmann 1929, 281 f.).

Erst Henryk Grossmann, das ökonomische Stiefkind der Frankfurter Schule und vehementer Kritiker Luxemburgs, löste diese Aporie auf, indem er die Krisenproblematik auf andere Gleise zu bringen erlaubte. Allerdings führte er das „Zusammenbruchsgesetz“ auf eine Ursache zurück, die erneut im Zusammenhang mit den Reproduktionsschemen stand. Otto Bauer und Nikolai Bucharin hatten eine Formel entwickelt, die die Gleichgewichtsbedingung für dynamisches Wachstum benannte. Pegelt sich das Wachstum auf diese Proportionen ein, wird es auch langfristig denkbar. Sie lautet:  $v_I + m_I^\alpha + m_I^\gamma = c_{II} + m_{II}^\beta$ .<sup>111</sup> Bauer 1913 gibt ein Beispiel (nach Grossmann 1929, 247; siehe Rosdolsky 1969, 590; Mandel 1972, 259):

$$\begin{aligned} \text{I:} & \quad 120\,000\,c_I + 50\,000\,v_I + 37\,500\,m_I^\gamma + 10\,000\,m_I^\beta + 2500\,m_I^\alpha \\ \text{II:} & \quad 80\,000\,c_{II} + 50\,000\,v_{II} + 37\,500\,m_I^\gamma + 10\,000\,m_I^\beta + 2500\,m_I^\alpha \end{aligned}$$

**Tabelle 5: Gleichgewichtsbedingung bei erweiterter Reproduktion**

Die Gleichgewichtsbedingung ist zumindest im ersten Jahr erfüllt, da nach Adam Riese  $50\,000\,v_I + 37\,500\,m_I^\alpha + 2\,500\,m_I^\gamma = 80\,000\,c_{II} + 10\,000\,m_{II}^\gamma$ . Diese Formel für das dynamische Gleichgewicht war nicht weiter zu formalisieren, da bei verschiedenen Ausgangsrelationen und in verschiedenen Jahren je andere Akkumulationsraten erforderlich wären, um die Bedingung exakt einzuhalten. Da diese Raten ohnehin nicht zentral geplant werden, sondern sich nur ex post und im langfristigen Durchschnitt berechnen lassen, ist dies kein Manko.<sup>112</sup> Diese Formel zeigt, wie die Struktur der Akkumulation in etwa vorzustellen ist, sofern es ein langfristiges Wachstum gibt. Die Akkumulation verliert dadurch ihren rätselhaften Charakter. Die Formel ließ sich allerdings auch „harmonistisch“ auslegen. Dies sagte zwar dem Austromarxisten Bauer zu, nicht aber Bucharin, dem Theoretiker der kommunistischen Internationale, der in Deutschland studiert hatte, oder dem deutsch-polnischen Kommunisten Grossmann. Es gab auf Grundlage der Annahme einer rein technisch und krisenfrei abrollenden Basis für Sozialisten nur noch die Option einer *moralischen* Kritik. Grossmann teilte Luxemburgs und Bucharins Einspruch gegen eine Ethisierung der Kapitalismuskritik.<sup>113</sup>

111  $m_I^\gamma$  meint den Teil des Mehrwerts aus I, der in zusätzliches  $v$  investiert wird,  $m_I^\alpha$  den, der von den Kapitalisten „unproduktiv“ konsumiert wird. Beide werden in Konsumgüter umgesetzt.  $m_{II}^\beta$  meint das in II akkumulierte, aus dem Mehrwert geschöpfte *zusätzliche*  $c$  (Mandel 1991, 127 ff., Bauer 1913; Bucharin 1926, 11f.).

112 Eckstein 1913, 491. Das generelle Missverständnis Grossmans wie Luxemburgs ist, dass die Akkumulationsrate nicht zuvor feststeht, da sie nur ein durchschnittliches und nachträgliches Resultat ist. Einzelne Kapitale können immer, etwa aufgrund hoher Gewinnaussichten, kreditfinanziert mehr Kapital in die Produktion hineinstecken als diese momentan abwirft, während andere, defensivere Kapitale stets nur einen gewissen Anteil ihres realen Mehrwertes reinvestieren. Es gibt keine sicheren Strategien, beide Kapitale können mit ihrem Konzept wirtschaftlich scheitern. Die Akkumulationsrate gibt nur einen nachträglichen Mittelwert wieder.

113 „Erhofft man den Sturz des Kapitalismus lediglich von dem politischen Kampf der zum Sozialismus herangeschulten Massen, so „wird der Schwerpunkt der ganzen

Da sich Luxemburgs Unterkonsumtionstheorie als verfehlt herausgestellt hatte,<sup>114</sup> war die schwierige Frage nun, wie sich ein „Zusammenbruchsgesetz“ mit Bauers Gleichgewichtsbedingung vermitteln ließ. Grossmann übernahm dafür Bauers Zahlen, die bei jenem ein stabiles Wachstum zeigen sollten. Die steigende organische Zusammensetzung war von Bauer (Marx erweiternd) so inkorporiert worden, dass  $c$  jährlich um 10 %,  $v$  aber nur um 5 % wachse. Ein „Zusammenbruchsgesetz“ ergab sich nun dadurch, dass Grossmann in seiner Berechnung die Akkumulation prozentual auf das *fixe Kapital* und nicht auf den Mehrwert wachsen ließ (1929, 117). Da der relative Anteil des Mehrwerts an der Wertsumme mit steigender organischer Zusammensetzung stets zurückgeht, reicht die Mehrwertmasse irgendwann nicht mehr zur Akkumulation aus (132) – der Punkt der absoluten Krise, der hier im 35. Jahr erfolgt. Realitätsgerechter wäre es jedoch gewesen, die Akkumulation anteilig am *Mehrwert* zu orientieren. Rechnerisch kann es so niemals zur einer Überausschöpfung kommen. Noch Grossman naturalisiert die Reproduktionsschemen, indem er den Kapitalisten ein ‚naturgesetzliches‘ Handeln unterschiebt, durch welches sie sich ihrer eigenen Profitmasse berauben. Bei Marx dagegen nimmt trotz sinkender Profitrate die Profitmasse langfristig zu. Eine global sinkende Mehrwertmasse liefere dem kapitalistischen Profitmotiv direkt zuwider.<sup>115</sup> Nicht nur die Harmonisten, auch die Zusammenbruchstheoretiker naturalisieren also das Marx’sche Modell, und ihnen unterlaufen dabei ähnliche sachliche und Verständnisfehler wie jenen. Von den Zusammenbruchstheoretikern wird die Katastrophe in eine derart ferne Zukunft verlegt, dass auch sie für die politische Strategie auf die Ethik zurückgreifen müssten.<sup>116</sup>

*Politisch* haben sie also wenig gewonnen, und *theoretisch* ist bei beiden Parteien deutlich zu erkennen, dass sie sich nicht von der Sache leiten lassen, sondern ein politisch erwünschtes Ergebnis zu produzieren versuchen. Marx’ ökonomische Theorie wird so eher *verunklart*. Der Gegenstand „Gesellschaft“ geht

---

Argumentation aus dem Gebiete der Ökonomie in das des Bewusstseins übertragen’ [Bucharin]. Ähnlich schrieb [...] Luxemburg: ‚Nehmen wir [...] die ökonomische Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Akkumulation an, dann schwindet dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit unter den Füßen. Wir verflüchtigen uns alsdann in die Übel der vorMarx’schen Systeme und Schulen, die den Sozialismus aus bloßer Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit der heutigen Welt und aus der bloßen revolutionären Entschlossenheit der arbeitenden Klassen ableiten wollten“ (Grossmann 1929, 108, cf. 74. Er zitiert aus Tugan-Baranowski 1904, 274, sowie Luxemburgs Antikritik, 42).

114 Außer Sternberg folgte ihr niemand, selbst Mehring versagte die Gefolgschaft.

115 Wohl kein Unternehmer würde sich sehenden Auges selbst damit zugrunde richten – wie Grossmann zu unterstellen scheint –, dass er mehr ausgibt als er einnimmt. Das System ist irrational, nicht seine Elemente. Marx meinte: „die absolute Masse des von ihm [dem Kapital] produzierten Profits kann also wachsen, und progressiv wachsen, trotz des progressiven Falls der Profitrate. Dies kann nicht nur der Fall sein. Es muss der Fall sein – vorübergehende Schwankungen abgerechnet – auf Basis der kapitalistischen Produktion“ (MEW 25, 228).

116 So Kolakowski 1981 II, 88 zu Luxemburg; Mandel 1972, 29 zu Grossmann.

auch hier noch zwischen Natur und Geist verloren.<sup>117</sup> Grossmann hatte allerdings (wie vor ihm nur Preiser 1924, cf. Howard 1992, 316 ff.) wieder den Blick auf eine wichtige Marx'sche Thematik eröffnet: den tendenziellen Fall der Profitrate.

## 2.1.6 Systematische Kernpunkte II: Die Profitrate

Gesellschaftliche Phänomene, wie sie das Thema von Marx sind, geschehen zwar mit Bewusstsein, aber ihre Konsequenzen können den Intentionen entgegen wirken – folglich entschlüpfen sie der Teilnehmerperspektive.<sup>118</sup> Die Interpretation der Reproduktionsschemen wurde vor allem durch ihren Status erschwert: sie resultieren aus *aggregierten* individuellen Handlungen, werden also von niemandem beabsichtigt und setzen sich zudem nur anarchisch und langfristig durch (2.4.6, Fn. 133). Auch der tendenzielle Fall der Profitrate, wie er im dritten Band des *Kapitals* entwickelt wird (MEW 25, Kapitel 13-15), hat es mit einer solchen Dialektik von individuellen Absichten und gesellschaftlichen Folgen zu tun. Marx selbst hatte erst hier an sich verschärfende Krisen gedacht, während ihm die Disproportionalitäts- und Verwertungskrisen als leichter überwindbar galten. Waren jene bloß zyklische Phänomene, so handelte es sich beim Fall der Profitrate um eine sich von Zyklus zu Zyklus steigernde Entwicklung. Die Grundlage dieser Entwicklung ist die bereits im ersten Band entwickelt Mechanisierung und Kapitalisierung der Produktion (MEW 23, 391 ff., 650 ff.; Shaikh 1983d, 1987f), welche sich in einer höheren „organischen Zusammensetzung des Kapitals“ manifestiert – die Rate  $c/v$  wächst.<sup>119</sup>

Zwar hat der Einzelkapitalist durch die Investition in zusätzliche und neue Maschinerie (konstantes Kapital) zunächst höhere Kosten. Er spart jedoch an Lohnkosten, und zugleich verbilligt er sein Endprodukt, das nun massenhafter produziert werden kann.<sup>120</sup> Im Effekt kann der Einzelkapitalist damit eine *höhere*

117 Es gab übrigens revolutionäre und konservative Auslegungen sowohl von der Unterkonsumption (Luxemburg vs. Malthus) wie von der Harmonik (Hilferding vs. Lenin). Siehe auch in 2.3.3 (Dobb vs. Gillmann) sowie 2.4.4.

118 MEW 13, 21; vgl. Adam Smith's „unsichtbare Hand“ (Binswanger 1998, 47 ff.; Koslowski 1982, 38; Hong 2002).

119 Zu unterscheiden sind die „technische Zusammensetzung“ (das stoffliche Verhältnis von Maschinen zu Arbeiten); die „Wertzusammensetzung“, also der Ausdruck derselben in den Arbeitswertvariablen ( $c/v$ ); die „organische Zusammensetzung“, welche einen Zeitindex trägt, sowie die materialisierte Zusammensetzung ( $c/L$ , Shaikh 1986f). In Geld ausgedrückt bedeutet ein Steigen der letzteren eine steigende capital/output-Rate ( $K/Y$ ). Anhand dieser kann gezeigt werden, dass  $c/v$  steigt, da der Geldausdruck  $K/Y$  steigt. Die Preise der beiden Abteilungen entwickeln sich nahezu parallel, mit Abweichungen von 5 % (Shaikh 1989b, 3, nach Juillard 1981, s.o., Fn. 135; vgl. Howard 1989, 316 ff.; 1992, 128 ff., 316 f.).

120 Oder: „on average new methods of production embody higher amounts of fixed capital per unit output (at normal capacity). In microeconomic terms, this translates into the familiar proposition that more advanced methods have higher average fixed

Mehrwertmasse erwirtschaften. Kann durch diese Entwicklung die Profitrate *sinken*? Marx geht davon aus, dass die erweiterte Reproduktion, also eine permanente Akkumulation, der Normalfall ist – die einmal etablierte kapitalistische Wirtschaft *muss* wachsen.<sup>121</sup> Dieser Wachstumsprozess stößt allerdings schnell auf Grenzen, lange bevor die ökologischen Grenzen des Wachstums (Meadows 1972) sichtbar werden, nämlich auf die Begrenztheit der Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte einerseits,<sup>122</sup> die begrenzte Absetzbarkeit ihrer Produkte zu gegebenen Preisen andererseits. Diese Grenzen bringen für das Kapital zwei Nachteile: zunächst kann bei einer „Vollbeschäftigung“ und bei gegebenem Stand der Technik nicht mehr oder kaum noch weiter akkumuliert werden. Außerdem können die Arbeiter sich bei einem Überangebot an Arbeitsplätzen ihre Arbeitskraft *teurer* bezahlen lassen. Gewerkschaften verfügen in dieser Situation über eine große politische Macht (wenn das auch nicht die *Ursache* von Krisen ist, wie die Theorie des „profit-squeeze“ will, s.u., Fn. 137).

Die Akkumulation hat neben der bloßen Extensivierung der Produktion auch die Möglichkeit, sich in arbeitssparende Maßnahmen umzusetzen („Intensifikation“, MEW 23, 431; MEW 24, 261; MEW 25, 242), und zwar immer, nicht nur in der Krise. Diese verbilligen das Produkt, da an den Löhnen gespart werden kann. Sie vergrößern die absetzbare Summe an Waren und machen das Kapital zugleich unabhängiger von der Gewerkschaft.<sup>123</sup> In einer kapitalistischen Wirt-

---

costs, lower average variable costs, and lower average total cost (i.e. lower unit cost-price in the sense of Marx), at normal capacity utilisation“ (Shaikh 1989a, 1).

- 121 Für den einzelnen Kapitalisten ergibt sich der Zwang zum Wachstum aus der Konkurrenz: akkumuliert er nicht, wird er gegen seine Konkurrenten Marktanteile verlieren, da er mit der Zeit teurer produzieren muss als jene. Vergrößert er sich nicht, wird er sich bald verkleinern (sein Einkommen aus dem Mehrwert nimmt ab, bis er irgendwann das Stammkapital zum Verzehr antasten muss; daneben entwertet sich das Geldvermögen durch Inflation, das Produktivvermögen durch Veralten), und dies stets auf die Gefahr hin, ganz vom Markt gefegt zu werden. Für eine Gesellschaft hätte eine stationäre Wirtschaft, da auf dem Weltmarkt die Warenpreise weiter fallen, ein stetes Sinken der disponiblen Mehrwertmasse zur Folge, was sich wiederum auf den gesellschaftlichen Konsum (Dienstleistungen, Infrastruktur, Kultur) auswirken würde. Dies bedeutete Abbau von Arbeitsplätzen etc. Das Ziel einer Statik hätte so ein Schwinden zum Ergebnis. Folglich muss Wachstum das Ziel jedes einzelnen Kapitalisten sowie der bürgerlichen Politik sein (MEW 23, 605 ff., 640 ff.; cf. Fn. 139).
- 122 Diese Situation war in der Bundesrepublik in den frühen 1960er Jahren gegeben, was zu einer Einfuhr von zusätzlicher Arbeitskraft aus dem Ausland führte – den „Gastarbeitern“. Eine andere Möglichkeit in einer solchen Situation besteht in der Proletarisierung weiterer Teil der Bevölkerung, etwa von Bauern (im 17. Jahrhundert in England), Kindern (im 19. Jahrhundert in England, und im 21. Jahrhundert fast überall im Trikont), Frauen (in Deutschland geschah dies vor allem im zweiten Weltkrieg) oder neuerdings Geisteswissenschaftlern.
- 123 Die höhere Produktivität erlaubt zunächst etwas höhere Löhne. Aber die gleichzeitige Freisetzung von Arbeitskräften verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern und kann so zu einer Herabsetzung des Lohnniveaus führen, welches wiederum die Mehrwertrate erhöht. Die Lohnhöhe ist weniger Ursache als selbst eine Wirkung.

schaft ist es darum *normal*, dass im Sinne der Erhöhung der Profitmasse die Kapitalintensität der Produktion stets erhöht wird. Diese Erscheinung ist nicht auf die Industrialisierung des dunklen 19. Jahrhunderts begrenzt, sie lässt sich noch heute täglich erleben: auf jedem Bahnhof stehen statt Schalterhallen Automaten.

Nicht irgendeine spezifische historische Konstellation wie die Stärke der Arbeiterbewegung, sondern das Grundmotiv des kapitalistischen Wirtschaftens *selbst*, die Erlangung stets höheren Mehrwertes, führt zur steigenden organischen Kapitalzusammensetzung. Das Problem an dieser Kapitalisierung der Produktion ist allerdings, dass die Maschine nicht mehr Wert an ihre Produkte abgibt, als in ihr selbst steckt (MEW 23, 407 ff.; in den Reproduktionsschemen war dies bezeichnet durch die jährliche Erneuerung von c). Der Anteil der mehrwerterzeugenden Arbeit, vom variablen am gesamten Kapital  $v/(c+v)$ , *sinkt* also (MEW 23, 650 ff.). Diese Entwicklung hat den Effekt, dass auch der Anteil des Mehrwertes (m) sinkt, selbst wenn die Ausbeutungsrate (m/v) sich vergrößert. Die Profitrate  $m/(c+v)$  wird also mit der ständigen Vergrößerung des Anteils von konstantem (c) gegenüber dem variablen Kapital (v) sinken (MEW 25, 221 ff.). Da es auch entgegenwirkende Ursachen gibt wie das Steigen der Mehrwertrate oder die Entwertung des konstanten Kapitals durch den technischen Fortschritt (MEW 25, 242 ff.), setzt sich dieses Gesetz nur als Tendenz durch – ein ständiges auf und ab ist zu erwarten, doch mit *langfristigem* Abwärtstrend (251 ff.).

Die Komplexität dieses Gesetzes besteht darin, dass es sich um ein Verhältnis von zwei Verhältnissen handelt: auf der einen Seite die Rate des Mehrwertes (m/v, in den vorangegangenen Beispielen stabil mit 100 % angesetzt), auf der anderen die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit, von konstantem zu variablem Kapital (c/v). Nach Marx steigen *beide* Verhältnisse über die Zeit, da sie miteinander zusammenhängen: bei gegebener Ausschöpfung des absoluten Mehrwertes (MEW 23, 531) wird eine höhere Mehrwertrate ermöglicht durch eine höhere Produktivität, welche wiederum durch die Mechanisierung und Kapitalisierung erreicht (und darum auch durch diese begrenzt) wird. Wäre es nicht denkbar, dass sie sich ausgleichen? Viele Marxisten nahmen dies an und haben die „Tendenz“ zur fallenden Profitrate so als eine historische aufgefasst, für die letztlich die *Politik* verantwortlich sei. Insbesondere der von Lassalle gestiftete, von Bernstein kanonisierte und von Keynes rationalisierte Glaube an eine *politische Steuerung* (Regulation) des Kapitalismus ist eine Ethisierung, die auf dieser ökonomischen Grundlage beruht. Die gewöhnliche marxistische Auslegung (nicht die Marx'sche) der Formel für die Profitrate lautet, in Worten ausgedrückt:

$$p = \frac{m}{c + v} \quad \text{wo p: Profitrate, m: Mehrwert, c: konstantes,} \\ \text{v: variables Kapital.}$$

Teilt man nun Zähler und Nenner durch v, so erhält man:

$$p = \frac{m/v}{(c/v) + 1} \quad \text{wo m/v die Mehrwertrate, c/v die} \\ \text{Wertzusammensetzung des Kapitals meint.}$$

**Tabelle 6: Konventionelle Lesart der Tendenz der Profitrate**

Hieraus scheint hervorzugehen, dass die Bewegung, entgegen Marxens Gesetz, *nicht* determiniert ist: wenn beide Verhältnisse steigen, ist es nicht ausgemacht, dass die Profitrate fällt – steigen sie gleichmäßig, so bleibt sie nach einem anfänglichen Steigen in etwa gleich (mit dem Grenzwert Eins),<sup>124</sup> steigt aber der Zähler schneller, so *steigt* die Profitrate sogar. Dies war eine selbst im Marxismus weit verbreitete Auffassung, die sich noch heute hält.<sup>125</sup>

Doch in dieser formal zunächst richtigen Gleichung stecken mehrere Illusionen. Die beiden Entwicklungen: Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals und Wachsen des Mehrwerts, scheinen sich nur dann gegenseitig ausgleichen zu können, wenn man ihren internen, näherhin ihren spezifisch *kapitalistischen* Zusammenhang ausblendet. Rein rechnerisch scheint der Ausdruck m/v (die Ausbeutungs- oder Mehrwertrate) ins Unendliche wachsen zu können – eine der Tugan-Baranowskischen Vision vergleichbare Illusion. Tatsächlich aber ist die Mehrwertrate gebunden, und zwar durch die Länge des Arbeitstages, welcher nicht länger als 24 Stunden sein kann,<sup>126</sup> und zudem durch die *Konkurrenz* zwischen den Kapitalisten, welche jeden Einzelnen dazu zwingen kann, seine Preise zu senken, wenn er dies nicht aus eigenem Anlass tut.

124 Steigen in der Formel der Profitrate  $p = m / (c+v)$ , bei stabilem v, c und m gleichermaßen, so scheint die Profitrate sogar kontinuierlich zu steigen: wenn alle Werte = 1, so ist  $p = 50\%$ , wenn c und m = 2, so  $p = 67\%$ , wenn c und m = 100, so erreicht p den Grenzwert  $100\% = 1$ . Allerdings eliminieren wir mit synchron steigenden m und c nur die Variable v aus der Gleichung, was bedeutet, dass die ursprünglich Relation von m/c immer reiner heraustritt (in diesem Falle:  $1/1 = 1$ ). Diese Relation ist aber eine Reflexion der organischen Zusammensetzung (v/c), da m an das Vorhandensein von v gebunden ist, welche über die Zeit ja gerade sinkt.

125 Sweezy 1942, 123 ff., Robinson 1942, Gillman 1958, Rolshausen 1970, Ott 1989, 24; jüngst Heinrich 2001, 330, 339; 2004, 140 ff., cf. Henning 2004a; vgl. insgesamt Howard 1989, 316-336 sowie Howard 1992, 128-145, 316-318.

126 Der Mehrwert (m) führt sich zurück auf den Abzug des zur Ersetzung der verbrauchten Ressourcen (Maschinerie, Rohmaterialien, Arbeitskraft) notwendigen Anteils vom Gesamtprodukt, oder auf den Abzug der zur Produktion der zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen Produkte erscheinenden („notwendigen“) Arbeitszeit von der Gesamtarbeitszeit. Setzt man die notwendige Arbeitszeit auf das Minimum nur einer Stunde an (eine Arbeitsstunde sei die minimale Arbeitseinheit, so dass angefangene Minuten als Stunde zählen), so kann die Mehrwertrate im Extremfall auf 23 steigen (bei 24 Stunden Arbeit am Tag).

Niedrigere Verkaufspreise bei gleichen Produktionspreisen bedeuten natürlich eine geringere Gewinnspanne.<sup>127</sup> Auf folgende Weise lässt sich nun formal zeigen, dass die Mehrwertrate zwar steigt, dass sie aber das Steigen der organischen Zusammensetzung nicht auffangen kann, da sie ja im wesentlichen erst durch letzteres *induziert* ist, oder mit anderen Worten: dass die Profitrate langfristig fällt, weil das Anwachsen der organischen Zusammensetzung die *dominante* Tendenz ist (Shaikh 1983a, 139; vgl. 1983 b, 1989a und b). Wiederum in einer Formel ausgedrückt, kann man schreiben:

$$p = \frac{m}{K} \quad \text{wo } K = c + v = \text{gesamtes vorgeschossenes Kapital} \\ \text{(konstantes und variables).}$$

Teilt man Zähler und Nenner durch L, wo L = m + v (gesamte lebendige Arbeit), erhält man:

$$p = \frac{m \cdot L}{L \cdot K} \quad \text{wo } L/K = (m + v) / (c + v): \\ \text{organische Zusammensetzung des Kapitals.}$$

Teil man erneut Zähler und Nenner von m/L durch v, erhält man (da L = m + v):

$$p = \frac{m/v}{(m/v) + 1} \cdot \frac{L}{K}$$

**Tabelle 7: Alternative Lesart der Tendenz der Profitrate**

Die Mehrwertrate kann die Gleichung zwar beeinflussen, aber nicht ohne Grenze; je höher sie steigt, desto *weniger* Einfluss hat sie sogar. Sie kann gegen Unendlich steigen, ohne dass sie die dominante Tendenz noch beeinflussen würde, da (m/v) / (1 + m/v) bei steigendem m/v den Grenzwert 1 erreicht.<sup>128</sup> Die Profitrate *ist* also abhängig von der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Da K/L aber steigt, sinkt L/K und somit auch p, die Profitrate. Auf die Realität bezogen heißt das nicht, dass ein „Zusammenbruch“ die unmittelbare Folge wäre, wie Grossman – damit indirekt Kautsky verteidigend – wollte, denn die *Profitmasse* kann nach wie vor steigen.<sup>129</sup> Genauer gesagt: sie wird dies *zyklisch* tun.<sup>130</sup>

127 Die Bindung der Mehrwertrate wird formal reflektiert, wenn der Anteil von m an der Gesamtarbeitszeit betrachtet wird, also statt m/v nun m/(v+m). Ein steigender Mehrwert führt hier zum Grenzwert Eins.

128 Ein einfacher Beweis setzt m = L – v (der Mehrwert ist der verbleibende Anteil der zugesetzten Gesamtarbeit nach Abzug der Löhne) in die Profitrate (m/c+v) ein. Man erhält: (L-v) / (c + v). Eine steigende Mehrwertrate (m/v) bedeutet, dass m auf Kosten von v wächst, wobei das Maximum wäre: m = L, da hier v = 0. Selbst in diesem für die Kapitalisten günstigsten Fall ergibt sich also p = L/c. Wenn c/L steigt, sinkt L/c. Die Profitrate wird also langfristig durch die Zusammensetzung des Kapitals (hier die materialisierte) determiniert.

129 Es gibt mithin keine naturhafte Endkrise: „There is no final crisis until workers are sufficiently class conscious and organized to overthrow the system itself“ pointiert Shaikh 1983a mit Verweis auf G. Cohen 1978, 201 ff.

130 Marx’ Theorie des Wirtschaftszyklus hängt mit der Profitrate eng zusammen (Shaikh 1987, 117 f.; 1989b, 4 f.; 1992, 178 f.). Ein Zyklus lässt sich idealtypisch wie folgt beschreiben: in einer boomenden Wirtschaft wird wegen der aussichtsreichen Profit-

Wohl aber heißt es, dass die *Krisenanfälligkeit* sich mit der Zeit verstärkt: immer größere Kapitalmassen müssen investiert werden, um einen adäquaten Profit zu erzielen. Dies kann für kleine Kapitalisten (den sog. „Mittelstand“) zunehmend schwieriger werden, wie periodische Fusionswellen zeigen. Immer tiefer müssen die Löhne gedrückt werden, um den Fall der Profitrate aufzuhalten, immer nötiger wird eine innovativere Technologie, um im Wettbewerb bestehen zu können. Diese forciert den tendenziellen Fall der Profitrate aber nur noch weiter. Zwar kann sich die Profitrate in der Krise wieder erholen, aber sie wird aufgrund der sich verändernden organischen Zusammensetzung nur auf ein im Vergleich zu vorigen Zyklen stets niedrigeres Niveau steigen können, so dass zu einer *zusätzlichen* Erhöhung der Profitrate eine Verschärfung des Klassenkampfes erforderlich wird; etwa, indem die Reallöhne und Sozialleistungen kontinuierlich gesenkt werden. All dieses entspricht Phänomenen, die in der heutigen Zeit keine Unbekannten sind – im Gegenteil: Eine hohe Arbeitslosigkeit, ein rasantes technisches Wachstum, eine immer größere Mobilität von kurzfristig angelegtem Kapital bei einem steten Abbau von sozialen und ökologischen Standards sind zweifelsohne die Regel. Auch der Augenschein spricht diesmal also ganz unzweideutig *für* das Marx'sche Gesetz.

Obwohl dieser Gedanke von so verblüffender Klarheit und starker Erklärungskraft ist, wurde er selten adäquat rezipiert. In den meisten Fällen, so in der oben beschriebenen Wende zum Revisionismus, die bis heute anhält, wurde das Gesetz allenfalls als ein historisches verstanden, welches sich, ebenso wie die proportionale Reproduktion, *politisch* manipulieren lasse.<sup>131</sup> Mit dem Verweis darauf, dass dies bereits geschehen sei und in der Zukunft noch verstärkt praktiziert werden könne, wurde *reformistische* Politik oft legitimiert. Wie aber lässt sich diese Abkehr von der Marx'schen Theorie begrifflich machen? Ein erster Grund ist natürlich darin zu sehen, dass Marx nicht dazu gekommen war, seine Theorie in einer adäquaten Form zu veröffentlichen (Rosdolsky 1969, Schwarz 1978, Rojas 1991). Allerdings sind die wichtigsten Gedanken gegeben, sie hätten nur weiterer Ausarbeitung bedurft (MEW 30, 639). Das Beharren auf einer „Na-

---

rate viel investiert, bis, aufgrund des Falls der Profitrate, die Profitmasse stagniert (auf 500 000 c + v im Jahr n kommen bei einer Profitrate von 10 % 50 000 m, auf 525 000 c + v im Jahr n + 1 bei einer Profitrate von nur 9,5 % aber wiederum nur 50 000 m, die Akkumulation hat sich nicht ‚gelohnt‘). Ab diesem Punkt wird weniger investiert (oder Kapital in andere Sektoren, etwa die Spekulation, verschoben), und durch das überflüssige Kapital wird eine „reinigende“ Krise möglich (2.3.3, Fn. 92). Bricht sie aus, wird die Profitrate weiter fallen, Firmen müssen Geld leihen, um über die Runden zu kommen, was zu hohen Zinssätzen führt, die eine Krise noch anheizen können, bis hin zum Zusammenbruch von Banken. Die Arbeitslosigkeit steigt, womit auch die Löhne sinken. Zusammen mit der Entwertung von ‚überflüssigem‘ Kapital und dem Ausscheiden vieler Konkurrenten lässt dies die Profitrate wieder gesunden. Das Spiel beginnt von vorn, allerdings mit einer gegenüber dem Vorzyklus höheren organischen Zusammensetzung.

131 Shaikh 1983a, 139 unterscheidet „possibility“ und „necessity theories“ der Krisen.

turnotwendigkeit“ des Zusammenbruchs, ohne Gründe dafür angeben zu können, und dessen ebenso unbegründetes Leugnen waren nur wenig hilfreich.

Dass die „bürgerliche“ Ökonomie dies nicht übernahm, bedarf wohl keiner Erklärung, wohl aber, dass auch die marxistischen Ökonomen hierin so wenig Elan an den Tag legten (2.3.3). Speziell bei diesem Gesetz kommt hinzu, dass Marx selbst eine Fülle von „entgegenwirkenden Ursachen“ benennt (MEW 25, 242 ff.), deren Zusammenhang mit dem Gesetz nicht auf den ersten Blick klar wird – der Gedanke, dass diese es aufwiegen könnten, liegt ja zunächst auf der Hand. Ein letzter Grund mag darin liegen, dass periodische empirische Beobachtungen die Marx'sche Theorie zu „widerlegen“ schienen, wenn sie ihr unvermittelt gegenübergestellt wurden, wie dies schon an Bernstein zu beobachten war.

Erst bei einem genaueren Hinsehen zeigt sich, dass solche Beobachtungen Marx in vielen Fällen nicht widerlegen müssen, sondern auch bestätigen können. Gehen wir mögliche Einwände einmal durch. Die erste mögliche Frage ist die, ob es eine solche Entwicklung überhaupt gibt. Schon die Klassiker gingen von dem *Fakt* aus, sie rätselten nur über seine Erklärung. Es ist wichtig zu beachten, was dieses Gesetz bei Marx besagt: nicht etwa, dass die Profitrate niemals steigen könnte, sondern dass sich in ihrem zyklisches Steigen und Fallen eine langfristig fallende Tendenz bemerkbar macht. Schon dies wurde von vielen Kritikern nicht bedacht, wenn sie in einem kurzfristigen Ansteigen der Profitrate sogleich eine Widerlegung von Marx sahen. Die Mehrzahl der Ökonomen geht davon aus, dass die Profitrate langfristig fällt. Der Streit dreht sich um die Erklärung.<sup>132</sup>

Weiterhin ist bei der Beurteilung der Frage, ob die Profitrate langfristig sinkt, von Interesse, was genau als „Profit“ verstanden wird. Davon nämlich hängt die Erhebung und Interpretation empirischer Zahlen (auf die keinesfalls zu verzichten ist) entscheidend ab. So ist zunächst zu unterscheiden zwischen dem marxistischen Mehrwert *vor* aller Aufteilung in Zins, Akkumulation, Unternehmergewinn etc. (MEW 25, 224) und dem Profit, wie ihn der *einzelne* Unternehmer versteht: als Reingewinn nach Abzug aller Kosten, auch solcher für Vertrieb, Steuern etc. Berücksichtigt man nicht, dass diese Abzüge bei Marx selbst Teil des Mehrwertes sind, nur dass er nicht beim produktiven Kapitalisten verbleibt, sondern weitergegeben wird an handeltreibendes Kapital, Banken, Dienstleister und den Staat, so verändern sich die Aussagen der Zahlen erheblich, und der Sinn der Marx'schen Kategorien wird verfehlt (Shaikh 1978, 238f; Shaikh 1998).<sup>133</sup>

132 Die Klassik „sah das Phänomen und quälte sich in widersprechenden Versuchen ab, es zu deuten“ (MEW 25, 223; Shaikh 1978, 235). Der „Fall der Profitrate ist Tatsache“ (Bernstein 1899, 74/84). Keynes nannte es „Grenzproduktivität des Kapitals“ (1936, 135). Vgl. die „Brenner-Debatte“ in *Historical Materialism* 4/5 (1998).

133 Dies berührt die komplexe Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit (MEW 23, 532; MEW 24, 131 ff., 26 I, 135f., 181 etc.; Mandel 1991, 142 ff.). Gemeint ist damit, dass vom kapitalistischen Standpunkt nur solche Produktionsarbeit, die gegen Lohn für das Kapital arbeitet, (Mehr-) Wert schafft. Andere Arbeit ist entweder nicht (wert-)produktiv (wie Dienstleistungen, die aus dem Mehrwert bezahlt werden, daher der Konsumtion zuzurechnen sind), oder nicht unter dem

Diese Unachtsamkeit verstärkt sich noch, wenn nicht nur die unmittelbar kontextrelevanten mit den theoretischen Begriffen vermengt werden, sondern zudem noch bei den theoretischen Begriffen marxistische und neoklassische Kategorien durcheinander geworfen werden.<sup>134</sup> Weiter kann eingewandt werden, dass die Wertzusammensetzung des Kapitals sich *nicht* erhöht, da sich das fixe Kapital durch eine konstante Verbilligung entwertet, wie Marx selbst gesehen hatte (MEW 25, 245; bekannt geworden als „Harrod-Neutralität“ des technischen Fortschritts). Diese Entwertung kann den Fall der Profitrate zwar dämpfen, aber nicht langfristig aufheben, denn durch diesen Effekt werden auch die *Waren* verbilligt. Die Geldform der organischen Zusammensetzung, die *capital/output*-Rate, steigt so dennoch. Daneben sorgt die Verbilligung speziell der Konsumgüter dafür, dass auch die Kosten für die notwendige Arbeit (*v*) sinken. Die Verbilligung betrifft also beide Terme der Gleichung *c/v*.<sup>135</sup>

Eine weitere populäre Kritik lautet dahingehend, dass kein der Akkumulation eingeschriebener Mechanismus, sondern ein *externer* Einfluss den Fall der Profitrate verursache. Hierbei wird von der eigentlichen Bewegung der Profitrate abgesehen, und die Diskussion auf ein Nullsummenspiel zwischen Mehrwert und Lohn eingeschränkt. Aus dieser Perspektive ist ein Sinken der Profitrate nur dadurch möglich, dass die durch die Stärke der Arbeiterbewegung erreichten Lohnsteigerungen einen „zu hohen“ Teil des Produktivitätszuwachses eingenommen haben, auf Kosten der Profite, deren Rate dadurch unweigerlich sinken müsse. Diese Argumentation ähnelt zwar den aus Unternehmerkreisen periodisch vernehmbaren Klagen, kommt aber erstaunlicherweise auch aus marxistischen Federn.<sup>136</sup> Wie in der Fehlinterpretation der Kategorien „produktive Arbeit“ und „Profit“ wird auch hier der Kapitalismus neoklassisch verharmlost. Da die Produktion weitgehend ausgeblendet wird, entfällt der interne Zusammenhang der „Produktionsfaktoren“. Lohnhöhe wie „Kapitalrente“ werden zu einander isoliert gegenüberstehenden Variablen, die nur noch *politisch* bestimmt werden. So entsteht der Eindruck, die Löhne seien nicht nur aus der Sicht des einzelnen Unternehmers, sondern auch aus der Sicht der Wirtschaft als ganzer „zu hoch“. Bei Marx können die Löhne nur steigen, wenn und weil die Produktivität sich aufgrund der steigenden Zusammensetzung erhöht. Lohnsteigerungen sind ein An-

---

Kapital (wie die Hausarbeit), oder beides (Shaikh 1996, 20 ff.). Das heißt nicht, dass sie nicht moralisch anerkannt wird. Es ist ja gerade die Welle der Privatisierungen vormals staatlicher Sicherheitssysteme, die ‚freiwillige‘ Sozialarbeit so nötig macht. Die „recognition“ in einer solchen *civil society* liegt damit gerade im Interesse des Kapitals, das von der Privatisierung profitiert. Die vermeintlich radikalere, weil pluralistischere Sozialkritik ist letztlich prokapitalistisch (Fraser 1997; 3.2.3, Fn. 46).

134 Siehe 2.3.3, Fn. 84; insgesamt 2.3.2. Shaikh 1978, 235; Shaikh 1996, 38 ff.

135 Es muss keine langfristigen Disproportionalitäten zwischen den Abteilungen geben. Nach Juillard 1981 betragen die Abweichungen der Produktivität 5 % (Fn. 119).

136 Glyn 1972, Himmelweit 1974, Boddy 1975, Bowles 1983, Howard 1992, 318 ff.; vgl. die Debatte um Shaikh 1978a in: Cambridge Journal of Economics, 1980/4.

teil der Produktivitätssteigerung und werden durch sie erst ermöglicht. Sie können die Produktivität nicht derart stark aufsaugen, ohne mit dem spezifisch *kapitalistischen* Verwertungsinteresse, wegen dem die Mechanisierung ja veranstaltet wird, in Konflikt zu geraten (MEW 23, 631, 647 f.). Diesen internen Zusammenhang der Faktoren, obzwar basal, übersieht auch noch Michael Heinrich, der ansonsten wohl kompetenteste deutsche Marxinterpret der letzten Jahre.

Der Sinn der Kapitalisierung der Produktion ist das Erzielen eines höheren Profites. Zwar wird durch die damit verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität auch ein höherer Reallohn möglich, doch die Ausbeutungsrate ( $m/v$ ) kann zugleich genauso gut steigen, und wird dies im Normalfall auch tun. Der Reallohn wächst im Regelfall langsamer als die Produktivität. Im Falle der Krise wird zwar die Mehrwertmasse zurückgehen, aber ebenso auch die Löhne – beides als *Symptom* der Krise. Der Eindruck, steigende Löhne *verursachen* eine Krise, entsteht aus der Vernachlässigung der Marx'schen Theorie der fallenden Profitrate, die eben durch die steigende organische Zusammensetzung bedingt ist.<sup>137</sup>

Ein letzter und verwandter Einwand hat es mit der angesprochenen Dialektik von individueller Intention und gesellschaftlicher Wirksamkeit zu tun. Das oft gegen Marx angeführte „Okishio-Theorem“ besagt, dass der einzelne Kapitalist nur dann eine neue Technologie einführen wird, wenn diese *seine* Profitrate erhöht, und dass, wenn *alle* Kapitalisten so handeln, eine neue Technologie auch im gesellschaftlichen Gesamteffekt nur eine Erhöhung der Profitrate zur Folge haben kann.<sup>138</sup> Dieser die Logik von Gesellschaft überspringende Fehlschluss beruht auf der harmonisierenden Vorstellung von Wettbewerb, die der Neoklassik eigen ist: Firmen sind hier passive Nehmer von Preisen, welche sich auf dem Markt „naturwüchsig“, durch Angebot und Nachfrage, ergeben. Blieben die Marktpreise tatsächlich stabil, würde der Einzelkapitalist mit einer billigeren Fertigungsmethode einen höheren Profit erzielen. Allerdings wird hier der von Marx (und den Unternehmern) inaugurierte Sinn technischer Neuerungen unterschlagen – die Verringerung nicht nur des Produktions-, sondern auch des Verkaufspreises, um damit in der Konkurrenz besser bestehen zu können. Der Produzent

137 Die „profit-squeeze“-Theorie beobachtete vor dem Ausbruch von Krisen ein Fallen der „Profit/Lohn-Rate“, verstand dies aber als Ursache, nicht als Symptom (Shaikh 1978, 237; „Profit“ meint hier Gewinn). Die Steigerung des Reallohns holt die der Produktivität nicht ein. „Das tendenzielle Sinken der Profitrate ist verbunden mit einem tendenziellen Steigen in der Rate des Mehrwerts, also im Exploitationsgrad der Arbeit. Nichts alberner daher, als das Sinken der Profitrate aus einem Steigen in der Rate des Arbeitslohns zu erklären [...] Die Profitrate fällt nicht, weil die Arbeit unproduktiver, sondern weil sie produktiver wird“ (MEW 25, 250).

138 Okishio 1961, vgl. Nakatani 1979, Roemer 1979, Bowles (in: *Cambridge Journal of Economics* 5/1981), Parijs 1980, Howard 1992, 138 und 145; cf. Heinrich 2001, 339; King 1990 III; 2.3.3, Fn. 85.

mit dem niedrigeren Kostpreis wird seinen Marktpreis senken, um *mehr* von seinen Produkten losschlagen zu können.<sup>139</sup>

Damit streicht er zwar einen Extraprofit ein, aber dieser ist nur von kurzer Dauer, da die konkurrierenden Kapitale schnell nachziehen und eine ähnliche Technologie anwenden werden (notfalls durch Industriespionage), um ebenso billig oder noch billiger produzieren zu können. Diese werden den Verkaufspreis der Ware *weiter* senken. Damit senkt sich aber nicht nur der beobachtbare Preis dieser Ware, sondern auch das Gravitationszentrum der Fluktuationen dieser Preise, ihr Produktionspreis – und damit ihr Wert, der durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird, die hier zurückgegangen ist. Aus gesellschaftlicher Perspektive wird sich darum nach einiger Zeit die *Profitrate* senken, weil die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals durchschlägt, auch wenn einzelne Kapitale ihre *Profitmasse* kurzzeitig vermehren konnten.

Auf diese ökonomischen Zusammenhänge ist in Kapitel 2.3 zurückzukommen. An dieser Stelle dienen sie nur dazu, die im Zusammenhang mit der frühen Sozialdemokratie grassierenden „Zusammenbruchsgesetze“ und ihre Widerlegungen mit der Marx’schen Theorie zu konfrontieren. Wirklich verständlich wird Marxens fundamentale Krisentheorie, das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“, nur unter Berücksichtigung ihrer komplexen gesellschaftlichen Verursachung und Wirkungsart. Symptomatischerweise weisen sowohl Luxemburg (1913, die meinte, die Kapitalisten würden sich eher aufhängen als wegen der sinkenden Profitrate aufzuhören zu akkumulieren) wie Grossmann (1929, 110, 197) die fallende Profitrate als Krisenursache zurück. Die nachträglichen Naturalisierungen und ihre spiegelverkehrten Ethisierungen im Marxismus lassen sich auf das Verfehlen des eigentlich gesellschaftlichen Gegenstandes zurückführen: Luxemburg und Grossmann haben etwas härteres, *natürlicheres* gesucht. Anderen dagegen war schon dieses langfristige Gesetz zu hart, zu wenig *geistig* – es wurde in Richtung ethischer Kriterien „aufgehoben“ (cf. Shaikh 1978, 236), aber auch, dem gar nicht so fern liegend, wie man heute meint, in Richtung rassistischer (2.3.1, Fn. 20).<sup>140</sup> Die Marx’sche Instanz der politischen Ökonomie fehlt hier wie dort. Bereits in diesem frühen Stadium der Parteipublizistik und ihren ökonomietheoretischen Hintergründen lag also eine gravierende Abweichung von der Marx’schen ökonomischen Theorie.

---

139 „Der Konkurrenzkampf wird durch Verwohlfeilerung der Waren geführt. Die Wohlfeilheit der Waren hängt, caeteris paribus, von der Produktivität der Arbeit, diese aber von der Stufenleiter der Produktion ab. Die größeren Kapitale schlagen daher die kleineren. Man erinnert sich ferner, dass mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Minimalumfang des individuellen Kapitals wächst, das erheischt ist, um ein Geschäft unter seinen normalen Bedingungen zu betreiben“ (MEW 23, 654; vgl. Shaikh 1978a, 47 ff.; siehe 2.3.3).

140 H. Heidegger 1956 gab „ausländischen“ Elementen in der Partei, speziell den „Ostjuden“ (59 f., nach Noske 1947, 27), die Schuld an der Entfernung vom „gesunden Gefühl“ des deutschen Arbeiters für „seinen“ Staat (20).

Die beiden systematischen Vergegenwärtigungen konnten zeigen, dass die Marx'schen Texte durchaus gehaltvolle und sinnvoll zu interpretierende Theorien über die bürgerliche Gesellschaft enthalten. Sie beschreiben Gesetze, die sich in der und durch die bürgerliche Gesellschaft durchsetzen und ihr dynamisches Erscheinungsbild stark prägen. Sie determinieren sie zwar nicht bis in jede Einzelheit, doch sie stecken einen Rahmen von Möglichkeitsspielräumen ab, der sich in Analysen der politischen Ökonomie nachweisen lässt. Ihr politischer Sinn war der, dass sich Politik – sozialistische Politik – nun wohlinformiert betreiben ließ. Es zeigte sich jedoch, dass der Charakter solch ökonomischer Gesetze im Laufe speziell ihrer deutschen Rezeption theoretisch zerrieben wurde zwischen der Behauptung einer naturhaft ablaufenden Determination einerseits (eines „naturgesetzlichen“ Zusammenbruchs durch Unterkonsumtion oder Überakkumulation), und der Gegenthese einer „normativ“ beliebig gestaltbaren ethischen Überformung der Wirtschaft andererseits. Dieser Dualismus wird sich durch nahezu alle folgenden Kapitel ziehen.

In diesem Kapitel 2.1 war er noch in einer recht unmittelbar praxisrelevanten Sphäre zu konstatieren, nämlich in der parteipolitischen Publizistik des ethischen Revisionismus um Bernstein einerseits, der naturalistischen Orthodoxie um Kautsky andererseits. Das folgende Kapitel kehrt wieder zum ideengeschichtlichen Vorgehen zurück. Es betrachtet einen Sprössling der deutschen Sozialdemokratie, die bolschewistische Partei Lenins. Aus ihrem Kontext entstammen weitere Interpretationsmuster wie das „Primat der Politik“, die zwar nicht mehr aus Deutschland kommen, die für die deutschsprachige Theorieentwicklung aber zentral waren (Linden 1992). Hier zeigt sich, dass die Marx'sche Theorie, deren Sinnentfremdung bereits in 2.1 zu beobachten war, sich nicht nur weiterhin inhaltlich überformt, sondern dass es zudem auch zu einem „Funktionswechsel“ kommt (Lukacs 1923, 129 ff., cf. Negt 1969, 7 ff.). Das Denken in komplexen und dynamischen ökonomisch-sozialen Bedingungsstrukturen wird inhaltlich ersetzt durch ein vereinfachtes Herrschaftsdenken. Das wirkt sich funktional aus in einer Umwandlung der Theorie von einer die Politik begleitenden Kritikinstanz in ein Mittel der ideologischen Affirmation eines weitgehend reflexionslos praktizierten politischen Voluntarismus.